



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Kabinett beschließt Rekord-Doppelhaushalt 2019/2020:

Seriös und solide

Auf seiner Klausurtagung in St. Quirin hat das bayerische Kabinett den Rekord-Doppelhaushalt 2019/2020 beschlossen. Einen Schwerpunkt stellen Leistungen für Familien dar. Zudem werden der Abbau der Staatsverschuldung fortgesetzt und Haushaltsreserven gebildet.

Der Haushaltsentwurf, der noch vom Landtag zu beraten und zu beschließen ist, umfasst für beide Jahre 125 Mrd. Euro an Ausgaben, davon 65 Mrd. Euro für 2019 und 69 Mrd. Euro für nächstes Jahr. Somit wird der Ausgabenzuwachs – ohne Berücksichtigung des Länderfinanzausgleichs – im Jahresdurchschnitt 2019/2020 rund 4,5 Prozent betragen. Der bayerische Staatshaushalt kommt zum 14. und 15. Mal in Folge im allgemeinen Haushalt ohne neue Schulden aus. Der Abbau der Staatsverschuldung wird mit 1 Mrd. Euro fortgesetzt.

Das meiste Geld für Bildung

Mit insgesamt ca. 42 Mrd. Euro bilden die Bildungsausgaben den größten Ausgabenblock und übersteigen erstmals die Marke von 40 Mrd. Euro. Für die innere Sicherheit und Rechtsschutz sind insgesamt Ausgaben in Höhe von rund 13,5 Mrd. Euro vorgesehen. Der Kommunale Finanzausgleich 2019 ist mit 9,97 Mrd. Euro so hoch wie noch nie. Auf ein neues Rekordniveau, nämlich 17 Mrd. Euro, steigen die Investitionsausgaben. Im Doppelhaushalt 2019/2020 sind insgesamt 4.306 neue Stellen vorgesehen; insbesondere 2.200 zusätzliche Stellen für Schulen und 1.000 zusätzliche Stellen für die Polizei.

Stärkung der Familien

Beim Schwerpunkt Familienleistungen wies der Ministerrat auf folgende Maßnahmen hin: Die Ausweitung des Beitragszuschusses auf das erste und zweite Kindergartenjahr und ab dem Jahr 2020 die Beitragsentlastung in der Kinderkrippe führen

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



Generationswechsel und Stabübergabe: Beim jüngsten CSU-Parteitag in München wählten die Delegierten als Nachfolger von Horst Seehofer zum neuen Parteivorsitzenden Ministerpräsident Dr. Markus Söder, der versicherte, dass er diese Aufgabe „mit großer Leidenschaft und Entschlossenheit“ angehe. Nach Franz Josef Strauß ist Seehofer damit dienstältester Parteichef in der CSU-Geschichte. Zehn Jahre und drei Monate nach seiner ersten Wahl trat er aus der vordersten Reihe ab. Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat bleibt Seehofer.

kordbewilligungsrahmen von insgesamt ca. 910 Mio. Euro zu verzeichnen.

Bayerns Stärke sicherstellen

Wie Ministerpräsident Markus Söder betonte, solle der von „Seriosität und Solidität“ geprägte „Premium-Doppelhaushalt auch dann die Stärke Bayerns sicherstellen, wenn die Konjunktur sich abschwächen sollte. Der FW-Vorsitzende und stellvertretende Ministerpräsident Hubert Aiwanger bezeichnete es wiederum als „goldrichtig“, gegen die sich abschwächende Konjunktur jetzt ein Investitionssignal zu setzen. DK

Über zwei Milliarden Euro für den Wohnungsbau

Der Bewilligungsrahmen für die Wohnraumförderung wird insgesamt fast 1,7 Mrd. Euro betragen. Für die Bayerische Eigenheimzulage und das Baukindergeld BayernPlus sind insgesamt 375 Mio. Euro eingeplant. Damit stehen für den Bereich Wohnungsbau über 2 Mrd. Euro zur Verfügung. Bei der Städtebauförderung ist unter Einbeziehung aller Städtebauförderungsprogramme ein neuer Re-

Zukunftsforum Ländliche Entwicklung in Berlin:

Perspektiven für alle Generationen

„Ländliche Entwicklung – gemeinsame Aufgabe für Staat und Gesellschaft“ lautete das Thema des 12. Zukunftsforums Ländliche Entwicklung in Berlin, das an zwei Tagen begleitend zur Internationalen Grünen Woche stattfand. In diesem Jahr kamen mehr als 1300 Multiplikatoren aus dem ländlichen Raum zusammen, die alle dazu beitragen wollen, ein Auseinanderdriften von Stadt und Land und der Regionen untereinander zu verhindern.

Eröffnet wurde das Forum von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner. Letztere verwies auf die hohe Priorität des Themas. Gleichwertige Lebensverhältnisse wirkten Polarisierungstendenzen entgegen und beförderten den Zusammenhalt.

Bürger erwarten moderne Infrastruktur

„Das Staatsoberhaupt hier an unserer Seite zu wissen, ist ein wichtiges Signal“, fuhr Klöckner fort, betrafen die Herausforderungen doch die Mehrheit unserer Bevölkerung. 57 Prozent leben auf dem Land, 90 Prozent der Fläche in Deutschland sind ländlich geprägt. Nach Ansicht der Ministerin erwarten die Bürgerinnen und Bürger zu Recht, „hier nicht abgehängt zu werden, sie erwarten eine moder-

ne Infrastruktur, die Anbindung an schnelles Internet, eine gute Gesundheitsversorgung, attraktive Arbeitsplätze sowie kulturelle und schulische Angebote. Konkret geht es beispielsweise darum, dass regelmäßig ein Bus fährt, Schulen geöffnet bleiben, man die Möglichkeit hat, vor Ort mal eine Theateraufführung oder Ausstellung zu besuchen.“

Akteure vor Ort vernetzen

Mit Blick auf das Leitmotiv ging es um passgenaue Lösungen, nicht um Verteilung mit der Gießkanne. Grundsätzlich gilt es, die Akteure vor Ort zu vernetzen und Perspektiven für alle Generationen zu schaffen.

Im Mittelpunkt des 12. Zukunftsforums Ländliche Entwicklung im City Cube Berlin stand die Zukunft des Landlebens: Politiker, Wissenschaftler, (Fortsetzung auf Seite 4)

Spitzenstimmung im bayerischen Handwerk

Peteranderl: „Auslastung der Unternehmen kaum mehr steigerungsfähig“

Im bayerischen Handwerk herrscht weiterhin Spitzenstimmung. Dies zeigt die Konjunkturumfrage zum 4. Quartal 2018. Dort bezeichneten 59 Prozent der befragten Betriebe ihre Lage als gut, weitere 34 Prozent als mindestens befriedigend.

Damit verbesserte sich die Stimmung gegenüber dem Vorjahreszeitraum um drei Punkte. „Mit 93 Prozent wurde der beste Gesamtwert für ein 4. Quartal seit 1991 erreicht“, betont Franz Xaver Peteranderl, Prä-

sident des Bayerischen Handwerkstages (BHT).

Stabile hohe Auslastung

Mit 82 Prozent blieb die Auslastung der Betriebe im Berichtszeitraum stabil auf dem hohen Niveau des Vorjahres. Der Auftragsbestand hat sich im 4. Quartal 2018 noch einmal um 1,1 Wochen auf 9,1 Wochen erhöht. Die bayerischen Handwerksunternehmen verbuchten zwischen Oktober und Dezember 34,8 Milliarden Euro Umsatz, das sind 4,9 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum und inflationsbereinigt ein Plus von 1,8 Prozent. Im Gesamtjahr 2018 stieg der Umsatz auf 120,8 Milliarden Euro. Das ist ein Zuwachs von nominal 6,6 Prozent. Preisbereinigt bleibt ein Plus von 3,5 Prozent.

Nach Schätzung des BHT waren zum Jahresende etwa 935.700 Menschen im bayerischen Handwerk tätig. Das ist im (Fortsetzung auf Seite 4)

Bayerischer Städtetag und Bayerischer Gemeindetag:

Planungssicherheit gewährleisten

Das 2017 aufgelegte Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung 2017 – 2020“ ist bereits jetzt erschöpft. Dies wird von einzelnen Städten und Gemeinden moniert. Nach Auffassung des Vorsitzenden des Bayerischen Städtetags, Augsburgs Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl ist es jetzt wichtig, dass der Freistaat für Planungssicherheit sorgt und die Kontinuität der Förderung für neue Kitaplätze sicherstellt.

Bereits Ende November 2018 waren rund 85 Prozent der verfügbaren Mittel gebunden. In ersten Regierungsbezirken sind die Mittel bereits vollständig festgelegt. Städte und Gemeinden fürchten, dass der unverändert hohe Investitionsbedarf für den Ausbau von Kitas ins Stocken gerät, wenn sie keine Planungssicherheit bei der Finanzierung ihrer Bauprojekte haben.

Unverändert hoher Investitionsbedarf

Bereits im Januar 2019 zeichnet sich ab, dass die Mittel des bis 2020 laufenden Sonderprogramms erschöpft sein werden. Gribl zufolge setzt der Bayerische Städtetag darauf, dass die Staatsregierung im Doppelhaushalt 2019/2020 die Voraussetzungen schafft, um das Investitionsprogramm für Kinderbetreuung fortzuführen. So habe der Koalitionsvertrag von CSU und Freien Wählern versprochen, das Angebot der Kinderbetreuung weiter auszubauen und 42.000 neue Betreuungsplätze bis 2023 zu schaffen. Die Kommunen benötigten Planungssicherheit, damit sie die Erwartungen der Eltern auf verlässliche Kinderbetreuung erfüllen können.

2017 hatte der Bund ein Sonderprogramm zum Ausbau der Kinderbetreuung geschaffen. Noch bis 31. August dieses Jahres können Kommunen Anträge auf Mittel aus dem Sonderprogramm stellen; ausgelegt ist das Programm bis Ende 2020. Auf Bayern entfallen Bundesmittel in Höhe von 178 Millionen Euro,

die neben der Förderung nach Artikel 10 des kommunalen Finanzausgleichs einen wesentlichen Beitrag zur Schaffung neuer Betreuungsplätze leisten.

Bereits 2017 hatte der Freistaat den Förderbedarf bayernweit auf mehr als 500 Millionen Euro geschätzt. Im selben Jahr hatte der Bayerische Städtetag davor gewarnt, dass die Bundesmittel schnell ausgeschöpft sein werden und daher eine Ergänzung durch Landesmittel angeht.

Kommunen vollziehen bestehendes Recht

Mit Blick auf die aktuelle Diskussion in einzelnen bayerischen Städten und Gemeinden über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen für sogenannte Altstraßen erklärte der Geschäftsführer des Bayerischen Städtetags, Bernd Buckenhofer: „Bei Debatten um die Ab-

Sie lesen in dieser Ausgabe

250.000 Euro Preisgeld für „Klimaaktive Kommunen“	Seite 2
Plädoyer für einfache Grundsteuer.	2
Städte sind im Umbruch.	3
GZ-Kolumne Georg Huber: Mühlendorfer Geschichtstage im Zeichen der Wasserkraft.	3
Der Münchner Trinkwassergewinnung auf der Spur	3
Kommunale Bauthemen.	5-8
Kommunale Finanzthemen.	9-13
Wasser • Abwasser	13-16
Tourismus • Freizeitanlagen	17
Aus den bayerischen Kommunen.	18-20



Lieber eine Extrastunde Physik oder Mathe statt einfach nur die Schule zu schwänzen, empfiehlt der Bürgermeister, der selbstverständlich auch Krisenhelfer in die Schneekatastrophengebiete geschickt hatte. Seite 19

Bundeswettbewerb „Klimaaktive Kommune 2019“ gestartet:

250.000 Euro Preisgeld für „Klimaaktive Kommunen“

Der Bundeswettbewerb „Klimaaktive Kommune 2019“ läuft. Städte, Landkreise und Gemeinden sind deutschlandweit aufgerufen, sich mit ihren vorbildlichen Projekten zum Klimaschutz und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels zu beteiligen. Bewerbungsschluss ist der 31. März 2019. Für die Auszeichnung der Gewinner stehen insgesamt 250.000 Euro Preisgeld und damit 25.000 Euro je Preisträger zur Verfügung. Die gesuchten Klimaprojekte sollen andere Kommunen anregen, neue Ideen auf ihre eigenen Situationen zu übertragen und zu realisieren.

Initiatoren sind das Bundesumweltministerium und das Deutsche Institut für Urbanistik. Kooperationspartner sind der Deutsche Städtetag, der Deutsche Landkreistag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund. Die Gewinner werden auf der 12. Kommunalen Klimakonferenz im November 2019 in Berlin bekannt gegeben und ausgezeichnet.

Bewerbungen sind in vier Kategorien möglich:

1. „Ressourcen- und Energieeffizienz in der Kommune“

Vorbildliche Maßnahmen zur Minderung des Ressourcen- bzw. Energieverbrauchs in Kommunen, z.B. in den Bereichen Stadtplanung und -entwicklung, Mobilität und Fuhrpark oder Infrastruktur. Ebenso gefragt sind erfolgreich umgesetzte Projekte in der Abfall- und Abwasserwirtschaft, in Industrie- und Gewerbegebieten sowie durch Kopplung verschiedener Sektoren. Die Steigerung der Ressourcen- und Energieeffizienz kann dabei beispielsweise mit technischen, organisatorischen oder sozialen Maßnahmen verbunden sein.

2. „Klimaanpassung in der Kommune“

Erfolgreiche kommunale Ansätze, die das Querschnittsthema der Anpassung an die Folgen

des Klimawandels – wie stärkere und häufiger auftretende Starkregenereignisse, Stürme, Hitzewellen oder Trockenperioden – vor Ort voranbringen. Eingereicht werden können z.B. konkrete Maßnahmen, handlungsfeldbezogene oder fachübergreifende Strategien, planerische Instrumente oder Modellprojekte, um den Schutz der Bevölkerung sowie die Robustheit von Gebäuden, Infrastruk-

turen, Natur- und Erholungsräumen gegen zukünftige Extremwetterereignisse zu stärken. Synergien von Klimaanpassung und Klimaschutz sind wünschenswert.

3. „Kommunale Klimaaktivitäten zum Mitmachen“

Vorbildliche Aktionen, um Menschen zur Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen und/oder Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels zu motivieren, z.B. kommunale Kampagnen oder spezifische Angebote.

Sonderpreis „Klimafreundliche kommunale Beschaffung“

Erfolgreich umgesetzte Projekte, rund um das Thema kommunale Beschaffung: Hier kann die Verankerung im öffentlichen

Kommission „Nachhaltige Baulandmobilisierung und Bodenpolitik“:

Grundstücke vergünstigt an Genossenschaften übertragen

Anlässlich der Sitzung der Kommission „Nachhaltige Baulandmobilisierung und Bodenpolitik“ in Berlin haben die Kommissionmitglieder beschlossen, eine Arbeitsgruppe zu bilden, die Lösungsvorschläge zur Frage der Kostenabsenkungen für Grundstücke aus dem Vermögen des Bundeseisenbahnvermögens (BEV) und für extrem teure Grundstücke aus dem Vermögen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) erarbeiten soll.

Dazu Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW: „Wir begrüßen die Einsetzung einer Arbeitsgruppe innerhalb der Kommission für Baulandmobilisierung ausdrücklich. Hohe Grundstückskosten sind ein immenses Hindernis für bezahlbaren Wohnraum in Deutschland. Derzeit treten verstärkt Situationen auf, in denen Wohnungsgenossenschaften ihre Erbbaurechtsgrundstücke, die an das Ende ihrer Laufzeit gelangen, in einigen Hotspots zu immens hohen Preisen vom Bundeseisenbahnvermögen (BEV) erwerben

müssen. Eine Gefahr nicht nur für die Wirtschaftlichkeit der Genossenschaft, sondern auch für die Genossenschaftsmitglieder, die in diesen Wohnungen leben. Denn ihre Mieten müssten deutlich steigen, da die Genossenschaften nur so die teuren Grundstückskäufe refinanzieren können.“

Appell an den Bund

Gedaschko appelliert daher an den Bund, auch die Grundstücke des Bundeseisenbahnvermögens in die Überlegung zur verbilligten Abgabe von Grundstücken einzubeziehen. Es dürfe hier nicht nur um die Grundstücke der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) gehen. Die nun dafür eingesetzte Arbeitsgruppe sollte Lösungen finden, um Grundstücke vergünstigt an die Genossenschaften abgeben zu können. Auch die BIMA sollte darauf achten, dass nicht nur Grundstücke für den öffentlich geförderten Wohnungsbau verbilligt abgegeben werden, sondern auch

Planungssicherheit...

(Fortsetzung von Seite 1) rechnung von Erschließungsbeiträgen für Altstraßen steht sehr schnell der Vorwurf im Raum, eine Kommune würde ‚abkassieren‘. Dieser Vorwurf ist falsch. Die betroffenen Kommunen vollziehen bestehendes Recht.“

Mit dem Begriff Altstraßen werden Erschließungsstraßen bezeichnet, deren Beginn der erstmaligen technischen Herstellung zum 1. April 2021 mindestens 25 Jahre zurückliegen wird.

Gemeinden dürfen nicht auf Einnahmen verzichten

Der Bayerische Gemeindetag wies seinerseits nochmals darauf hin, dass die Gemeinden, Märkte und Städte weiterhin verpflichtet sind, Erschließungsbeiträge zu erheben, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen dafür erfüllt sind. Nach den Worten von Verbandspräsident Dr. Uwe Brandl dürfen sie nicht einfach auf ihnen zustehende Einnahmen verzichten – „sonst drohen ihnen rechtsaufsichtliche oder gar strafrechtliche Konsequenzen.“

Im Sinne einer Gleichbehandlung sei es nicht vertretbar, dass Grundstückseigentümer in bestehenden Baugebieten zu Lasten der Allgemeinheit die Erschließung „geschenkt“ bekommen, während in Neubaugebieten die Grundstückseigentümer die Erschließungskosten immer zu zahlen haben, betonte Brandl. **DK**

Vergabeverfahren ebenso im Mittelpunkt stehen wie zum Beispiel klimagerechte Standards bei Neubau und Sanierung, beim Mobilitäts- und Fuhrparkmanagement, beim Ausbau der IT-Infrastruktur oder der Verpflegung. Gefragt sind auch interkommunale Einkaufsgemeinschaften oder solche zwischen Kommunen und anderen Einrichtungen.

In allen Kategorien sind innovative Projekte von besonderem Interesse. Ausdrücklich gewünscht sind ebenfalls Kooperationsprojekte, bei denen die kommunale Verwaltung mit weiteren Akteuren (z.B. Vereinen, Verbänden, Kammern, Handwerk) und/oder mit anderen Kommunen sowie mit kommunalen Unternehmen zusammenarbeitet.

Bewerbungsformulare und weitere Informationen stehen unter www.klimaschutz.de/wettbewerb2019 bereit. Teilnahmeberechtigt sind Städte, Gemeinden und Landkreise. **□**

Staatsminister Füracker und Aiwanger:

Plädoyer für einfache Grundsteuer

Kritik am Mietenmodell von Bundesfinanzminister Olaf Scholz

Mit Ländervertretern hat Bundesfinanzminister Olaf Scholz in Berlin über die Reform zur Grundsteuer diskutiert. Scholz favorisiert ein wertabhängiges Modell. Die Höhe der Grundsteuer wäre dabei vom tatsächlichen Wert der Immobilie abhängig. Steigende Immobilienpreise würden damit auch einen Anstieg der Grundsteuer hervorrufen. Die Grundstückswerte sollen laut dem Vorschlag des Bundesfinanzministeriums alle sieben Jahre aktualisiert werden.

Bayerns Finanz- und Heimatminister Albert Füracker und Bayerns Wirtschaftsminister Aiwanger kritisieren dieses Modell: „Das Gespräch der Länderfinanzminister mit dem Bundesfinanzminister war ernüchternd. Alle Länder sind sich zwar einig, dass der vorliegende Mietenmodell-Vorschlag von Bundesfinanzminister Olaf Scholz so nicht bleiben kann, weil es nicht vollziehbar ist. Es ist aber auch keine Bereitschaft der Mehrheit der Länder für eine wirklich einfache neue Grundsteuer zu erkennen, die jeder versteht und nachvollziehen kann“, hob Füracker hervor.

Bayern wirbt für Einfach-Grundsteuer

Bayern werde weiterhin für eine Einfach-Grundsteuer werben, so der Finanzminister. Die Richtungsentscheidung für die neue Grundsteuer müsse aber Anfang Februar fallen. Andernfalls werde es schwierig mit der Umsetzung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts, dass bis Ende dieses Jahres die Grundsteuerreform Gesetz sein muss, damit die Städte und Gemeinden auch im Jahr 2020 Grundsteuer nach dem bisherigen Recht erheben können. Offen sei, wie die unterschiedlichen Positionen zusammengeführt werden können. „Denn man muss ja auch fest-

gesellschaften – aber grundsätzlich stets anhand der aktuellen Verkehrswerte der Grundstücke. Der Mindestwert dabei ist der Bodenrichtwert für das unbebaute Grundstück. Die Folgen sind zum Teil drastisch: Insbesondere in den Ballungsräumen wie München, Düsseldorf oder Frankfurt gehen die Kaufpreise, für diese Grundstücke, durch die Decke. Damit die Wohnungsgenossenschaften solche Preise überhaupt finanzieren können, sind sie gezwungen, dies auch über höhere Mieten auszugleichen. **□**

stellen, dass es den Befürwortern eines Wertmodells über Jahre hinweg nicht gelungen ist, ein für alle Länder konsensfähiges Modell zu entwickeln. Diese Länder sollten zudem auch anerkennen, dass sich die Grundsteuer als Objektsteuer, anders als die Einkommensteuer, nicht an der steuerlichen Leistungsfähigkeit orientiert“, erklärte der Politiker.

„Bei der Grundsteuer für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe ist für Bayern nur ein Ertragswertverfahren Zustimmungsfähig. Da darf es keine Experimente geben. Dass die Landwirtschaft, wie heute gemeldet, mit einer höheren Grundsteuer rechnen müsse, entbehrt jeglicher Grundlage. Das wird es mit Bayern nicht geben“, bekräftigte Füracker.

Zusatzbelastungen vermeiden

Wie Wirtschaftsminister Aiwanger erläuterte, „führt das von Scholz favorisierte Modell nicht nur zu einem hohen Verwaltungsaufwand. Vor allem müssen Bürger und Betriebe mit erheblichen Zusatzbelastungen rechnen. Diese Belastungen können wir vermeiden. Die Grundsteuer betrifft jeden: Mieter, Eigenheimbesitzer und Unternehmen. Daher brauchen wir ein Modell, das einfach, transparent und fair ist.“

„Mit dem bayerischen Konzept vermeiden wir eine fortlaufende Neubewertung von deutschlandweit rund 36 Millionen Grundstücken. Das spart nicht nur Aufwand, sondern schafft Planungssicherheit für Wirtschaft und Bürger“, machte Aiwanger deutlich. **DK**

Bayerisches Familiengeld

„Morgen werden wir die 250-Millionen-Euro-Marke überschreiten – unsere Familien profitieren sehr von dieser in Deutschland einmaligen Leistung!“, sagte Bayerns Familienministerin Kerstin Schreyer am 17. Januar 2019.

Zu diesem Datum waren über 250 Millionen Euro an die bayerischen Mütter und Väter ausgezahlt, über 275.000 Bescheide fertiggestellt. Schreyer betonte: „Das Bayerische Familiengeld ist transparent und unbürokratisch. Alle Mütter und Väter von ein- und zweijährigen Kindern bekommen 250 Euro pro Monat und Kind. Ab dem dritten Kind sind es sogar 300 Euro.“

Das Familiengeld wird seit September 2018 für alle ein- und zweijährigen Kinder in Bayern gezahlt. Wer Elterngeld bezieht, muss keinen eigenen Antrag stellen – das Familiengeld kommt automatisch. Die Idee hinter dem Familiengeld: Eltern wissen am besten, welche Betreuung, Bildung und Erziehung für ihr Kind in den ersten Lebensjahren richtig ist.

Ministerin Schreyer nutzte die Gelegenheit auch, um den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren vollen Einsatz für diese neue Leistung des Zentrums Bayern Familie und Soziales (ZBFS) als ausführende Behörde zu danken. **□**

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Franz Pestenhofer
93189 Reichenbach
am 10.2.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Bruno Schmidt
91244 Reichenschwand
am 8.2.

Bürgermeister Johann Pollinger
93155 Hemau
am 11.2.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Günther Rögner
91238 Engelthal
am 11.2.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Werner Roder
95519 Vorbach
am 4.2.

Bürgermeister Egon Klöffel
97711 Thundorf
am 13.2.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Markus Dollacker
92266 Ensdorf
am 2.2.

Bürgermeister Franz Ehgartner
84419 Obertaufkirchen
am 2.2.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Thomas Fischer
91096 Möhrendorf
am 11.2.

Bürgermeister Markus Dauch
92445 Neukirchen-Balbini
am 11.2.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

7. Kommunalforum Alpenraum:

Strategien gegen den Arbeitskräftemangel in den Kommunen

Talkrunde mit kommunalen Spitzenvertretern aus Österreich, Bayern und Südtirol

Ob in Österreich oder in Bayern: Der Fachkräftemangel hat an Dynamik zugelegt. Das merken nicht nur die Betriebe – in der Alpenregion spüren drei Viertel der Firmen den Fachkräftemangel stark – sondern auch die Kommunen. Für viele wird es immer schwieriger, geeignetes Personal zu finden. Das betrifft die Verwaltung genauso wie den Fuhrpark oder den Sozialbereich. Beim 7. Kommunalforum Alpenraum am 14. März 2019 im Lindner-Innovationszentrum in Kundl stehen Strategien gegen den Arbeitskräftemangel in den Gemeinden im Mittelpunkt.

Dr. Johannes Kopf, Vorstand des Arbeitsmarktservices wird in seiner Keynote u.a. aufzeigen, was auf lokaler Ebene gegen den Fachkräftemangel getan werden kann. Strategische Personalplanung in Zeiten des Fachkräftemangels beleuchtet Jochen Olbrich von LinkedIn.

Lösungsansätze stehen auch in der abschließenden Talkrunde mit den Spitzenvertretern der kommunalen Verbände auf der Agenda: Dort diskutieren die Präsidenten Mag. Alfred Riedl (Österreichischer Gemeindebund), Mag. Ernst Schöpf (Tiroler Gemeindeverband) und

Andreas Schatzer (Südtiroler Gemeindenverband) sowie Direktor Georg Große Verspohl (Bayerischer Gemeindetag) und NR Hermann Gahr (Obmann Forum Land). An mehreren Thementischen wird der direkte Austausch mit den Referenten groß geschrieben.

Kostenlos für kommunale Entscheider

Das Kommunalforum Alpenraum ist eine Initiative des Tiroler Fahrzeugherstellers Lindner. Premiumpartner ist das Tiroler Entsorgungsunternehmen DAKA. Kooperationspartner 2019 sind der Österreichische Gemeindebund, der Tiroler Gemeindeverband, der Bayerische Gemeindetag, der Südtiroler Gemeindenverband, Forum Land und Hasibeder Personalservice.

Kooperationspartner und deren Mitglieder (für Bayern: kommunale Entscheider aus dem Freistaat) nehmen kostenlos an der Veranstaltung teil. Frühbucher (bis 5. März 2019) bezahlen 85 Euro, danach beträgt die Teilnahmegebühr 155 Euro.

Info und Anmeldung:
www.kommunalforum-alpenraum.eu **□**

Innenstadt als begehbbare Geschichte:

Städte sind im Umbruch

Von Andreas Reiter, ZTB Zukunftsbüro Wien

Traditionelle Strukturen brechen auf, neue Möglichkeitsräume entstehen. Insbesondere zwei Megatrends – Digitalisierung und gesellschaftlicher Wandel – treiben dabei die Veränderung voran.

Die digitale Transformation der Städte, die flüssige Gesellschaft mit ihren fragmentierten, beschleunigten Lebensläufen sowie ein zunehmender Non-stop-Lebensstil (24/7) der Digital Natives verschieben Funktionen im städtischen Raum und schaffen neue Formate.

Flüssiger Lebensstil

Orte werden multifunktional und fließend, ganz im Sinn einer hypermobilen to-go-Gesellschaft. Die Digital Natives pflegen einen flüssigen Lebensstil (Work-Life-Blending), der sich zur Entfaltung ebensolcher Räume sucht. Multifunktionale Formate bestimmen das Werte-Set, aus Co-Working wird Co-Living.

Die einzelnen Lebensbereiche, vor allem Arbeits- und Wohnort, Konsum und Dienstleistungen verschränken sich künftig wieder: Von der Markthalle in Rotterdam über die High-End-Büroimmobilie Twenty Two in London bis zur Digital Church in Aachen – überall entstehen besondere Orte, die in sich die DNA der flüssigen Moderne tragen.

Während die Industrialisierung ja einst für klare Trennlinien zwischen Arbeits- und Wohnwelten gesorgt hatte, wird diese Trennung in der digitalen Moderne wieder aufgehoben. In der intelligenten Stadt von morgen überlagern sich analoge und virtuelle Sphären, alles fließt ineinander: Bricks und Clicks, Arbeit und Freizeit, Öffentliches und Privates.

„Die Digitalmoderne... hat ein Faible für das Hybride... sie privatisiert das Öffentliche, veröfflicht das Private, sie verunkelt den Ort und die Zeit und die Funktionen“, erkannte Hanno Rauterberg (Wir sind die Stadt!: Urbanes Leben in der Digitalmoderne, 2013).

Sehnsucht nach Emotion

Doch je mehr sich Daten und reale Räume überlappen, je geschmeidiger sich die Customer Journey des Nutzers gestaltet (on- wie offline), desto intensiver wird dessen Sehnsucht nach Emotion. Stadt-Nutzer sehnen sich nach realen Erfahrungen, nach multisensuellen Erlebnissen und nach magischen Orten, die eine tiefere Bedeutung in sich tragen. Innenstädte sind solche Epizentren der Emotion. Sie sind begehbbare Geschichte in 3D, Speicher der kollektiven Identität.

Suche nach Identität

Der aktuelle Trend zur Historisierung und zur Rekonstruktion (z. B. Frankfurter Altstadt, Berliner Schloss u. a.) hängt mit dieser Suche nach Identität zusammen – Menschen brauchen Orte, die sie einbetten in ein größeres Ganzes, die sie andocken an eine Zeitlinie (gestern-heute-morgen). Diese Orte vermitteln Beständigkeit (und damit Orientierung) in einer Zeit der Umbrüche. Eines der stärksten Shopping-Erlebnisse in Europa bietet derzeit ein 500 Jahre alter Palast, der Fondaco dei Tedeschi in Venedig. Dieser Palazzo – jetzt im Besitz des Luxus-Konzerns LVMH (Moët Hennessy Louis Vuitton) – wurde von Rem Koolhaas sehr achtsam und sehr mutig (Rolltreppen im Inneren) zu einem vierstöckigen Edel-Store mit raffiniertem Storytelling umgebaut – in den Säulenhallen überall großes „Mar-

ken-Theater“ und in der Mitte wertige Gastronomie.

Die Zukunft des Handels im Digital Battleground?

Da künftig die tägliche Versorgung zunehmend ins Netz wandert und/oder an nomadische Knotenpunkte (Bahnhöfe, U-Bahn-Stationen etc.), bedeutet Shopping von morgen: Magie der Dritten Orte, Entkopplung von Showroom und Verkauf, kurzum: Ritualisierung des Besonderen. Neue Ankerorte entstehen. Letztere vor allem im hybriden Mix von Kultur, Kommunikation und Inspiration – wie etwa Museen, Konzerthäuser oder größere Komplexe, letztere im Cross Development Handel-Tourismus (wie z. B. beim Bikini-Komplex in Berlin oder dem Goldenen Quartier in Wien, wo jeweils Retail-Konzepte und Hotel stimmig die Magie des Ortes erzählen). Der Händler wird zum Story Dealer, der den Kunden hineinzieht in spannende Erlebniswelten (die dieser im Netz nicht in der multisensuellen Tiefe bekommt). Aus dem Point of Sale wird der „Point of Emotion“. In der Ökonomie der Aufmerksam-

keit gibt es eine heimliche Leitwährung – Gefühle. Der Konsument wird zum Sammler von Erinnerungen, der in der analogen Stadt ungewohnte Erlebnisse sucht und daraus seinen Image-Gewinn erzielt.

Social Retail

Konsumenten, deren Alltag permanent von Algorithmen getrackt und überwacht wird, wollen morgen vor allem überrascht werden. Virtuelle und analoge Touchpoints werden sich da überlappen, z. B. in Mixed Reality-Stores, in denen der Kunde auf der Suche nach Bergschuhen einen virtuellen Berghang hochklettern kann, intelligente Umkleidekabinen, die den Partner in Form von Hologrammen zur Unterstützung bei der Kleiderauswahl hereinspielen u.s.w. Shopping-Formate werden künftig aber auch soziale Erlebnisse gestalten müssen – Social Retail. Bei diesen Konzepten geht es um gemeinsame Erlebnisse mit anderen (daher auch der unauffällige Vormarsch der Gastronomie in frühere Handelsflächen). Attraktive Geschäfte werden zur begehbaren Story, die den Nutzer mit starken Erinnerungen auflädt.

Infos: www.ztb-zukunft.com
blog-ztb-zukunft.com
Quelle: Cima.News

Der Münchner Trinkwassergewinnung auf der Spur:

Herzstück Mangfalltal

Das Münchner Trinkwasser (M-Wasser) gehört zu den besten in Europa. Beliefert wird die Landeshauptstadt von den Stadtwerken München (SWM) mit Quellwasser überwiegend aus dem Mangfalltal, aber auch aus dem Loisachatal und der Münchner Schotterebene, die allerdings nur als Reserve-Gewinnungsgebiet dient. Passend zum Thema Trinkwasser haben die Stadtwerke München den M-Wasserweg entwickelt. Der Wasserweg startet am Deutschen Museum in München und zieht sich mit 20 Stationen über 82 Kilometer bis nach Gmund am Tegernsee.

Bei den Wassergewinnungsanlagen handelt es sich im Wesentlichen um die Mühlthaler Hangquellfassungen im Gemeindegebiet Valley, die Reisacher Grundwasserfassung auf dem Gebiet der Stadt Miesbach und die Gotzinger Hangquellfassung im Gebiet der Gemeinde Weyarn. Diese liefern heute gut 80 Prozent des benötigten Wassers: etwa 2.800 Liter pro Sekunde, ca. 100 Mio. Kubikmeter Trinkwasser pro Jahr. Bei einem Ortstermin mit dem ehemaligen Leiter des Betriebshofs



Hans Niggel, langjähriger Leiter der SWM Wassergewinnung in Thalham.

der SWM Wassergewinnung in Thalham (Weyarn), Hans Niggel, konnte sich die GZ ein präzises Bild vom Aufbau der zentralen Münchner Trinkwasserversorgung machen.

Pettenkofers Weitsicht

1883 floss das erste Trinkwasser aus der Mühlthaler Hangquellfassung nach München. Bereits im Jahr 1900 verfügte die Stadt über das modernste Wasserversorgungs- und Kanalisationssystem Deutschlands. Verantwortlich hierfür war in besonderem Maße der bayrische Chemiker und Hygieniker Max von Pettenkofer. Er erkannte, dass die damals schlechten hygienischen Verhältnisse in München – die Stadt wurde immer wieder von Seuchen wie Cholera und Typhus heimgesucht – vor allem auf verunreinigtes Trinkwasser und eine fehlende Kanalisation zurückzuführen waren. Pettenkofer forderte daher, für das Trinkwasser neue Quellen außerhalb der Stadt zu erschließen, wo die Böden nicht verunreinigt waren, und eine Kanalisation zu bauen. Unter seinem direkten Einfluss startete die Landeshauptstadt den Umbau der Trinkwasserversorgung. Herzstück hierbei war die Fassung der Quellen aus dem Mangfalltal.

Vorläufer der modernen Horizontalfilterbrunnen

1902 wurde die Gotzinger Hangquellfassung in Betrieb genommen und entschieden, das Gewinnungsgebiet mit dem Bau der Grundwasserfassung Reisach zu erweitern. Diese wurde 1913 in Betrieb genommen. Bei beiden

Liebe Leserinnen und Leser!

„Wer die Vergangenheit nicht kennt, kann die Gegenwart nicht verstehen und die Zukunft nicht gestalten.“ Helmut Kohl beschrieb auf diese Weise eindrucksvoll die Bedeutung der Geschichtsbildung. Der Landkreis Mühldorf a. Inn setzt sich im Rahmen von Geschichtstagen, die alle zwei/drei Jahre stattfinden, intensiv mit den eigenen, historischen Wurzeln auseinander. Dabei geht es nicht nur um das Verstehen von Vergangenheit und die Gestaltung der Zukunft. Die Geschichtstage zeigen außerdem, dass Geschichtsforschung Spaß macht und die Menschen der Gegenwart untereinander und mit der Vergangenheit verbindet.

„Energie schläft nie“ war das Motto der Geschichtstage 2018. In fast 50 Projekten

Mühldorfer Geschichtstage im Zeichen der Wasserkraft

den mehr als 120 Akteure die Besucherinnen und Besucher zwei Wochen lang dazu ein, sich mit unterschiedlichen Facetten von Energie in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zu befassen.

Die Themen gruppieren sich um die Blöcke „Energie aus Wasserkraft“, „fossile Energie“, „regenerative Energie“, dazu „Energieversorgung und Energienutzung“ und schließlich „spirituelle Energie“.

Die Veranstaltungen fanden an 29 Orten im gesamten Landkreis statt. Am Ende haben mehr als 7.500 Besucher, auch aus benachbarten Landkreisen, die Geschichtstage 2018 besucht – ein großer Erfolg, für den Landkreis und die Region.

Die Akteure organisierten Ausstellungen, Vorträge und Diskussionen, unter anderem mit meditativen Momenten oder mit Theater-, Musik- und Kunstvergnügen angereichert. Bei den „Programmen vor Ort“ öffneten einige Betriebe ihre sonst oft verschlossenen Türen. Exkursionen wurden durchgeführt – zu Fuß, per Rad oder per Bus – und Experten boten Führungen an. Zeitzeugen berichteten über ihre mannigfaltigen und wertvollen Erfahrungen. Filmprojekte und Bücher entstan-

GZ

KOLUMNE
Georg Huber



den und werden nach wie vor geschaut und gelesen.

Die Mühldorfer Professorin Waltraud Schreiber war die Koordinatorin der Geschichtstage – und vor gut 10 Jahren auch deren Erfinderin. Ihr Anliegen, Verbindungen zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft auf eine Weise herzustellen, die Einheimischen und Neubürgern Identität und Orientierung gibt, griffen die Akteure mit hoher Kompetenz und großer Leidenschaft auf. Deshalb verfolgten die Geschichtstage nicht nur das Ziel zu zeigen, wie findig Menschen zu jeder Zeit dabei waren, sich mit Energie zu versorgen. Es ging immer auch darum, dass Energie und Leben eng verbunden sind und dass sich daraus Verantwortung ergibt. Heute und morgen ebenso wie in der Vergangenheit.

Wie vielfältig die Angebote waren, zeigt das Beispiel Wasserenergie: Exkursionen führten nicht nur an Orte, an denen schon seit dem Mittelalter verschiedene Mühlen, Getreide- und Sägemühlen, aber auch Steinmühlen, Ölmühlen oder Papiermühlen standen. U.a. konnten Denkmäler der frühen Industrialisierung besichtigt werden, in denen durch Transmission über Riemen mehrere Maschinen über ein Wasserrad betrieben wurden. Die Nutzung der Wasserkraft für den Antrieb von Turbinen und die Stromerzeugung mittels eines Generators ist der nächste Schritt der Entwicklung.

Besucht wurden Kleinkraftwerke an einem nur 10 km langen Bach ebenso wie das nun schon fast 100 Jahre arbeitende Großkraftwerk in Töging. Durch Ausstellungen, Theaterstücken und Zeitzeugenberichte wurden Zeiten lebendig, in denen „das Elektrische“ noch keine Selbstverständlichkeit war.

Die Besucher konnten sich aber auch davon überzeugen – und so landen wir wieder in der Gegenwart – dass die dezentrale Stromerzeugung ein Mosaiksteinchen bei der aktuellen Energiewende sein kann. Die Geschichtstage 2018 waren ein besonderer und hervorragender Ausdruck einer landkreisweiten Kooperation und des Zusammenhaltes! Sie zeigten, wie direkt und nahbar Geschichte sein kann, wie Geschichte Jung und Alt zusammenbringt und einer Region Impulse geben kann – auch für ihr Nachdenken über das Morgen.

Ihr Georg Huber

Landrat des Landkreises Mühldorf

Gewinnungsanlagen handelt es sich um sogenannte Freispiegelwerke, bei denen das Wasser ohne Einsatz von Pumpen in freiem Abfluss gewonnen wird.

Der 520 Meter lange Quellsammelstollen der „Hangquellfassung Gotzinger“ deckt ein Viertel des Trinkwasserbedarfs der Landeshauptstadt. In der Grundwasserfassung Reisach, verborgen in einem der imposantesten Bauwerke der Münchner Trinkwasserversorgung, dem sog. Reisacher Wasserschloss, wird das Wasser durch im Grundwasser liegende Sammelkanäle gefasst. Diese liegen in rund neun Metern Tiefe, haben einen Durchmesser von etwa zwei Metern und eine Länge von insgesamt ca. 1,8 Kilometern. In ihrer Bauweise gilt die Fassung als Vorläufer der modernen Horizontalfilterbrunnen.

Am „Spiralschacht Thalham“ wiederum macht die weitläufige Plastik „Tränen der Erde“ des Bildhauers Karl Jakob Schwalbach auf die hier beginnende, neue Zuleitung aus dem Wassergewinnungsgebiet nach München aufmerksam. Impassant ist auch der Spiralschacht Thalham selbst, der sich in einem eher unscheinbaren Holzstadel verbirgt. In einem runden Becken fließt hier das kristallklare Wasser spiralförmig in den Mühlthal-Mangfallstollen zur Verteilung.

Grundsätzlich sind die Quellgebiete im Mangfalltal durch Gesteinsschichten bestens geschützt. Da die Wasservorkommen aus dem regenreichen Rand des Gebirges gespeist und

ständig nachgebildet werden, sind sie außerdem sehr ergiebig und unerschöpflich.

Auch eine sichere Zuleitung ist von hoher Bedeutung. Durch mehrere unterirdische Leitungen wird das frisch gewonnene Wasser aus den Gewinnungsgebieten in die Hochbehälter im Süden der Stadt geleitet. Dabei kommt es darauf an, dass immer die richtige Wassermenge am richtigen Ort ist.

Versorgungssicherheit

Sowohl die Gewinnungsanlagen als auch die Wasserleitungen sind so ausgerichtet, dass sie sich jederzeit gegenseitig ersetzen können. Ein möglicher Ausfall einer Anlage kann kurzfristig durch eine Anlage an anderer Stelle aufgefangen werden. Somit ist die Versorgungssicherheit jederzeit gewährleistet. Die Wasserqualität zeichnet sich besonders durch ihren hohen Mineralstoffgehalt aus. Beim Versickern durch die einzelnen Erd- und Gesteinsschichten wird das Wasser gefiltert und mit zahlreichen Mineralien angereichert. M-Wasser kann man direkt aus dem Wasserhahn genießen. Denn das Münchner Trinkwasser hält nicht nur alle Grenzwerte der Trinkwasserordnung ein, es unterschreitet diese sogar um ein Vielfaches.

Unter dem Motto „Voraussehender Wasserschutz ist sinnvoller als aufwändige Reinigung und Aufbereitung“ soll die Münchner Trinkwasserqualität langfristig gesichert werden. Die Flächen im Besitz der Stadt-

werke und im Einzugsgebiet der Trinkwassergewinnung werden nach den Anforderungen des ökologischen Landbaus bewirtschaftet. Auf ihnen werden keinerlei chemisch-synthetische Düngemittel oder Pflanzenschutzmittel verwendet, sondern ausschließlich betriebseigene Naturdünger, die boden- und pflanzenverträglich aufbereitet worden sind. Gülle aus konventioneller Tierhaltung wird nicht eingesetzt, Düngehöchstmengen sind flächenbezogen festgelegt. Auf diese Weise konnte sich im Mangfalltal eine beeindruckende Flora und Fauna entwickeln. Seltene Pflanzen- und Tierarten haben hier einen Rückzugsraum gefunden.

SWM-Initiative „Ökobauern“

Eine Vorbildfunktion über die Grenzen Deutschlands hinaus hat die SWM-Initiative „Ökobauern“. Seit dem Start des Förderprogramms im Jahr 1992 haben rund 150 Bauern ihre Betriebe von traditioneller auf boden- und gewässerschonende Landwirtschaft und artgerechte Tierhaltung umgestellt – mit positiven Auswirkungen auf das Grundwasser und auf die dort produzierten Lebensmittel. Dafür erhalten die Landwirte – je nach Zone im Einzugsgebiet – eine Vergütung in Höhe von bis zu 300 Euro pro Hektar und Jahr. Gemeinsam bewirtschaften sie eine Fläche von rund 3.500 Hektar. Das ist die größte, zusammenhängende, ökologisch bewirtschaftete Fläche im Besitz der Stadt- (Fortsetzung auf Seite 4)

SchuldnerAtlas Deutschland 2018:

Bayern mit niedrigster Verschuldung

Im Vergleich zu 2017 hatten die Menschen hierzulande im vergangenen Jahr noch weniger Geld zur Verfügung. Dies geht aus der aktuellen Analyse des Schuldneratlas (Herausgeber: Creditreform Wirtschaftsforschung) hervor. Eine Ursache dafür sind die rasant gestiegenen Mietkosten. Aktuell sind es 6,9 Millionen Bürger – 19.000 mehr als in 2017 –, die unter dem wachsenden finanziellen Druck zu leiden haben. Somit ist nahezu jeder zehnte Erwachsene nicht mehr in der Lage, seine Rechnungen zu begleichen.

Die Überschuldungsquote liegt aktuell in den neuen Bundesländern mit 10,4 Prozent (- 0,02 Punkte, ohne Berlin) zum siebten Mal in Folge (wie auch bis 2008) über dem Vergleichswert im Westen (9,98 Prozent; + 0,01 Punkte). Insgesamt sind 2018 im Westen rund 5,8 Millionen Personen als überschuldet zu betrachten, im Osten Deutschlands sind dies rund 1,1 Millionen Personen. Allerdings hat sich der Grundtrend in Ost- und Westdeutschland umgekehrt: Die Zahl der Überschuldungsfälle geht im Osten zurück (- 8.000 Fälle), im Westen steigt sie weiter an (+ 27.000 Fälle). Bayern mit einer Quote von 7,4 Prozent und Baden-Württemberg mit 8,3 Prozent führen weiterhin das Ranking der Bundesländer an.

Nur Bayern auf den ersten 15 Plätzen

Die niedrigste Verschuldung bundesweit haben laut SchuldnerAtlas die Menschen im Landkreis Eichstätt. Dort sind lediglich 3,85 Prozent der Privatpersonen verschuldet. Auf den weiteren Plätzen folgen die Landkreise bzw. kreisfreien Städte Erlangen-Höchstadt (4,99 Prozent), Schweinfurt (5,1 Prozent), Neu- markt i.d.OPf., Straubing-Bogen, Neuburg-Schrobenhausen Würzburg, Roth, Landshut und Aichach-Friedberg. Auf den ersten 15 Plätzen befinden sich ausschließlich Landkreise und kreisfreie Städte aus Bayern.

Wachsende Altersüberschuldung

Die meisten überschulde-

ten Menschen in Bayern lebten vergangenes Jahr in den Städten Hof (14 Prozent), Nürnberg, Fürth, Straubing, Weiden in der Oberpfalz, Aschaffenburg, Augsburg, Kaufbeuren, Schweinfurt und Ansbach. Bundesweit war die Stadt mit der höchsten Überschuldungsquote (21,2 Prozent) erneut Bremerhaven. Auch im Ruhrgebiet waren viele Menschen überschuldet.

Rund 7,65 Prozent der Frauen

über 18 Jahre (2017: 7,6 Prozent) gelten in Deutschland als überschuldet und zumindest nachhaltig zahlungsgestört. Bei Männern sind dies aktuell 12,55 Prozent (2017: 12,6 Prozent). Weiter deutlich an Bedeutung gewonnen hat das Thema „Altersüberschuldung“: 2018 mussten rund 263.000 Menschen in Deutschland ab 70 Jahren als überschuldet eingestuft werden. Dies ist ein Plus von 35 Prozent.

Bei den Jungen sinkt die Schuldnerzahl

Die Überschuldungszahl und -quote in der jüngsten Altersgruppe ist 2018 weiter zurückgegangen. Die Überschuldungsquote beträgt hier 13,5 Prozent (- 0,6 Punkte). Weiterhin müssen rund 1,6 Millionen junge Menschen in Deutschland (unter 30 Jahre) als überschuldet eingestuft werden (- 73.000 Fälle). DK

Spitzenstimmung...

(Fortsetzung von Seite 1) Vorjahresvergleich ein Zuwachs von 0,9 Prozent. „Ein deutliches Plus wäre ohne Frage möglich gewesen, doch der leergelegte Fachkräftemarkt gab dies nicht her“, sagt Peteranderl. Dank der guten Konjunktur und den stabilen Aussichten für 2019 haben viele Handwerker im 4. Quartal 2018 noch einmal kräftig investiert: Die Investitionsneigung lag bei 38 Prozent, zwei Punkte mehr als im Vergleichsquartal des Vorjahres. Der BHT schätzt das Investitionsvolumen auf etwa eine Milliarde Euro. Dies ist ein Zuwachs von 8,0 Prozent.

Rund vier Prozent plus

Im Gesamtjahr summierten sich die Investitionen auf rund 3,6 Milliarden Euro, 4,3 Prozent mehr als 2017. Die Zahl der bayerischen Handwerksunternehmen lag zum Jahresende bei ca. 203.000 und damit auf Vorjahresniveau. Für 2019 rechnet das bayerische Handwerk mit einem Umsatzplus von nominal vier Prozent. Die Zahl der Be-

schäftigten dürfte um etwa 0,5 Prozent zulegen.

Grundsatz der Subsidiarität

Mit Blick auf die im Frühjahr anstehende Europawahl fordert der BHT von Brüssel, sich auf den Grundsatz der Subsidiarität zu besinnen: „Die EU soll sich um Dinge kümmern, die sie besser regeln kann als die Mitgliedsländer. Alles Weitere soll möglichst bürgernah in den jeweiligen Ländern gelöst werden“, so Peteranderl. Diese Maxime helfe auch beim Abbau von Bürokratie, die den Handwerksbetrieben „immer stärker die Luft zum Atmen nimmt.“

Bedürfnisse der KMU

Außerdem sollten die Bedürfnisse kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) zentraler Bestandteil der europäischen Politik sein. „Es kann nicht sein, dass KMU-Politik künftig unter europäischer Industriepolitik zusammengefasst wird. Das verkennt die Belange des Mittelstands und die Herausforderungen für das Handwerk“, kritisiert der BHT-Präsident.

Akzeptanz für die EU verbessern

Von der neuen Europäischen Kommission und dem neuen EU-Parlament erwartet Peteranderl eine einfachere Gesetzgebung und mehr Zusammenarbeit mit der mittelständischen Wirtschaft. Dies würde die Akzeptanz für die EU erhöhen. Die Idee einer europäischen Arbeitslosenversicherung oder eines europäischen Mindestlohns lehnt das bayerische Handwerk ab. „Wir befürchten zusätzliche Bürokratie für unsere Betriebe und die Verschwendung von deutschen Steuergeldern.“

Tarifautonomie beachten

Genauso zweifelt der Bayerische Handwerkstag am Sinn einer staatlich festgesetzten Mindestausbildungsvergütung. Diese könnte das duale Ausbildungssystem nachhaltig beschädigen, so Peteranderl. „Sie trifft vor allem kleine Betriebe in strukturschwachen Regionen, die sich dann keinen Azubi mehr leisten können“, warnt der BHT-Präsident und betont: „Eine Mindestausbildungsvergütung ist ein massiver Eingriff in die Tarifautonomie der Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften, die Ausbildungsvergütungen nach Regionen und Branchen differenziert aushandeln können.“ Die Vergütung stelle zudem kein Gehalt, sondern einen Zuschuss zur Deckung der Lebenshaltungskosten dar. □



Der Konkurrenz mit den besten Mineralwässern hält das Leitungswasser der Münchner Stadtwerke ohne Weiteres stand. Natürlich legt man bei den Münchner Stadtwerken Wert darauf, diese Qualität langfristig zu sichern. Dafür muss das Einzugsgebiet der Quellen von Schadstoffen frei bleiben. Eigentlich sollten alle Anwohner dankbar dafür sein, dass ihre Umwelt unbelastet bleibt. □

Herzstück Mangfalltal ...

(Fortsetzung von Seite 1) schaftete Fläche in Deutschland.

Neufassung des Wasserschutzgebietes

Damit das Grundwasser auch in Zukunft entsprechend der gesetzlichen Anforderungen geschützt ist, führt das Landratsamt Miesbach gegenwärtig ein Wasserschutzgebietsverfahren durch. Aus bislang 8,5 Quadratkilometern Schutzzone, die im Landkreis Miesbach allein rund um Thalham, Reisach und Gotzing liegen, sollen 15,9 Quadratkilometer werden. In die-

sem Einzugsbereich aber liegen die Höfe von 30 Landwirten und Grundstücke von insgesamt rund 60 Bauern in der Region. Um die Neufassung des Wasserschutzgebietes zu stoppen, haben sich betroffene Landwirte, Anwohner und Gemeinderäte im Sommer 2018 in der parteiweisen Initiative „Heimatswasser Mangfalltal“ zusammengeschlossen. Zu gravierend sind ihrer Meinung nach die negativen Auswirkungen auf Bürger und Gemeinden. Nach wie vor sind die Fronten in diesem langjährigen Streit verhärtet, eine Klärung ist nicht in Sicht. DK

Sozialministerin Schreyer:

Altersgerechte Initiativen

Nach dem erfolgreichen Start des Modellprogramms „Schulungsangebote für ältere Menschen im Umgang mit digitalen Medien“ gehen die seniorengerechten Bildungsangebote 2019 in die nächste Runde. Wie Sozialministerin Kerstin Schreyer in München erläuterte, sollen gerade ältere Menschen, für die der Umgang mit Online-Anwendungen noch keine Selbstverständlichkeit ist, besonders unterstützt und ihnen so Selbstvertrauen für einen sicheren Umgang mit dem Internet gegeben werden. „Online“ zu sein bietet schließlich bis ins hohe Alter viele Vorteile und echte Lebensqualität.

Etwa die Hälfte der 90 Mehrgenerationenhäuser in Bayern werden sich 2019 am Modellprogramm beteiligen, mit dem ältere Menschen umfassend bei der Nutzung digitaler Produkte und Dienstleistungen beraten und unterstützt werden sollen. Gefördert werden haupt- und ehrenamtlich geleitete Bildungsangebote zu verschiedenen digitalen Themen. Neben speziellen Fachkursen – etwa zur Benutzung von Messenger-Diensten oder dem Einkauf in Onlineshops – werden auch niedrigschwellige, offene Anlaufstellen, sog. Mediensprechstunden für die Senioren aufgebaut. Pro Mehrgenerationenhaus können für die neuen Bildungsangebote für ältere Menschen jährlich bis zu 5.000 Euro beantragt werden.

Wie sieht eine altersgerechte Wohnung aus? Und welche technische Unterstützung können ältere Menschen nutzen?

Künftig wird dies in sieben Musterwohnungen in Bayern erlebbar. „Wir zeigen, wie altersgerechtes Wohnen aussehen kann – praktisch und für jeden zugänglich.“

Altersgerechte Musterwohnungen

Dazu entstehen in ganz Bayern Musterwohnungen, so auch in Estenfeld bei Würzburg im Regierungsbezirk Unterfranken. Hier können sich Bürgerinnen und Bürger, Handwerker und andere Interessierte informieren. Denn die Mehrheit der älteren Menschen will so lange es geht in der eigenen Wohnung bleiben. An vielen praktischen Beispielen zum Ausprobieren und Anfassens zeigen die Wohnungen, wie das gut gelingen kann“, betonte Sozialministerin Schreyer.

Insgesamt werden sieben neue Musterwohnungen zum

Thema altersgerechtes Wohnen in ganz Bayern errichtet. Eine Musterwohnung in Tirschenreuth in der Oberpfalz ist bereits in Betrieb. Mit jeweils bis zu 100.000 Euro werden die neuen Musterwohnungen mit ihren Schauräumen gefördert. Träger in Unterfranken ist das Kommunalunternehmen des Landkreises Würzburg.

Interessierten sollen vor Ort Einblicke in die unterschiedlichen Möglichkeiten der altersgerechten Wohnungsanpassung gegeben werden. Besondere Beachtung werden dabei technische Assistenzsysteme, sog. Ambient Assisted Living-Lösungen (kurz: AAL) erfahren. Dazu gehören beispielsweise steuerbare Lichtsysteme, technigestützte Sturzmelder oder automatische Herdabschaltungen. „Technische Hilfsmittel sollen menschliche Zuwendung nicht ersetzen. Sie können aber eine ideale Ergänzung sein, wenn es darum geht, die Selbstständigkeit im Alltag zu erhöhen“, erläuterte die Ministerin.

Coaching von Familien

Stichwort Langzeitarbeitslosigkeit: Ist ein Familienteil lange Zeit arbeitslos, sind davon alle Angehörigen betroffen: der Partner ebenso wie die Kinder. Bayern nimmt deshalb mit dem Programm CURA (Coaching von Familien zur Bekämpfung urbaner Arbeitslosigkeit) nicht nur die Arbeitsmarktchancen von Langzeitarbeitslosen in den Blick, sondern stellt in ausgewählten Regionen auch der ganzen Familie zusätzliche sozialpädagogische Begleitung an die Seite.

Kerstin Schreyer zufolge fehlt es gerade Kindern oft an Orientierung, wenn ihre Eltern von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind. Mit zusätzlichen sozialpädagogischen Fachkräften in den Jugendämtern und der engen Kooperation mit den Jobcentern wird die gesamte Familie intensiv begleitet. „So stellen wir die Weichen, dass der Bezug von Sozialleistungen nicht von einer Generation zur nächsten weitergegeben wird.“

CURA ist im Jahr 2018 bereits in den Städten Straubing, Hof, Amberg, Schweinfurt, Aschaffenburg und Nürnberg sowie den Landkreisen Augsburg und Amberg-Regen erfolgreich gestartet. „2019 wollen wir CURA auf 20 Standorte ausbauen. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag, um Langzeitarbeitslosigkeit zu bekämpfen“, hob die Ministerin hervor.

Mit MotherSchools die Mütter sensibilisieren

Um weitere Standorte in Nürnberg und Augsburg erweitert der Freistaat Bayern heuer die MotherSchools. Dort werden Mütter für die Gefahren radikaler Ideologien sensibilisiert. Laut Schreyer sollen Mütter sensibilisiert und im Umgang mit ihren heranwachsenden Jugendlichen gestärkt werden. Denn starke und selbstbewusste Mütter seien unverzichtbare Partnerinnen, um extremistische Einflüsse abzuwehren.

Das Projekt basiert auf dem weltweit erfolgreichen Konzept der MotherSchools von Frauen ohne Grenzen, einer unabhängigen Nichtregierungsorganisation (NGO) aus Wien. Bisher gibt es die MotherSchools bereits in den vier unterfränkischen Standorten Schweinfurt, Erlenbach am Main, Würzburg und Aschaffenburg. Im Jahr 2019 stellt das Bayerische Sozialministerium hierfür Mittel in Höhe von 230.000 Euro bereit. DK

Perspektiven für alle...

(Fortsetzung von Seite 1) Unternehmer und Praktiker diskutierten hier gemeinsam über Herausforderungen der ländlichen Regionen, über ihr Potenzial als Wirtschafts- und Lebensraum sowie über erfolgreiche Ansätze für den Erhalt der Lebensqualität.

Nach der Eröffnungsveranstaltung griffen 24 Fachforen das breite Themenspektrum der ländlichen Entwicklung auf: Neben der Bedeutung von Bildung, Bürgerbeteiligung und Digitalisierung lag der Fokus u.a. auf sozialen Innovationen für die Zukunft der Regionen.

Kommuniqué für das Leben auf dem Land

Am Rande der Veranstaltung stellte das Aktionsbündnis „Leben auf dem Land“, bestehend aus dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL), dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK), dem Deutschen Landkreistag (DLT), dem Deutschen Städte- und Gemeindebund (DStGB) und dem Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH), sein Kommuniqué vor. Grundsätzlich will das Aktionsbündnis darauf hinwirken, dass politisch und gesellschaftlich Bedingungen so gestaltet werden, dass die ländlichen Räume auch in Zukunft prosperieren und ein attraktiver Lebens- und Wirtschaftsraum sind.

So sollte der Ausbau des Glasfasernetzes sowie der Aufbau der 5G-Mobilfunkversorgung in den ländlichen Räumen vorangetrieben werden. Hierzu sei eine Flächendeckung erforderlich. In Bezug auf 5G könne auch eine Auktion mit negativem Veräußerungserlös eine Lösung darstellen, um eine weitere und andauernde digitale Spaltung des Landes zu verhindern.

Mehrwert für ländliche Räume schaffen

Die Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ sollte aus Sicht der Bündnisakteure rasch zu ersten belastbaren Ergebnissen gelangen, um neben den bereits auf anderer Ebene politisch umgesetzten

Maßnahmen zugunsten städtischer Ballungszentren wie etwa im Zusammenhang mit der Bezahlbarkeit von Wohnraum nun auch für die ländlichen Räume einen echten Mehrwert zu schaffen. Hier erwartet das Aktionsbündnis insbesondere Festlegungen zur Weiterentwicklung von Fördermechanismen, zur Dezentralisierung von Verwaltung- und Hochschuleinrichtungen und zur nachhaltigen Finanzierung von Infrastrukturen in der Fläche.

Immer wichtiger werden Verkehrsangebote, die sich dem Mobilitätsverhalten der Bevölkerung flexibel anpassen. Die Anbindung an das überregionale Verkehrsnetz ist hier ebenso von Bedeutung wie ein moderner ÖPNV, der bedarfsgerechte Lösungen ermöglicht. Auch sollte der Ausbau des Glasfasernetzes sowie der Mobilfunkversorgung auf der Basis von 5G in den ländlichen Räumen gleichberechtigt zum städtischen Bereich vorangetrieben werden. Die Standortattraktivität der ländlichen Räume sollte seitens der öffentlichen Hand durch Investitionen in flächendeckend funktionsfähige schulische und berufliche Bildungseinrichtungen, Gesundheitsinfrastruktur sowie gute Wohn-, Kultur-, Freizeitangebote unterstützt werden. Von grundlegender Bedeutung sei hierbei eine entsprechende Finanzausstattung der kommunalen Ebene, die durch die Länder sicherzustellen ist.

Initiativen zur Rückwanderung

Um junge Menschen nach absolvierter Ausbildung und Studium zur Rückkehr in ihre Heimat zu bewegen, sollen entsprechende Initiativen zur „Rückwanderung“ und zur „Zuwanderung“ (z. B. „Welcome-Center“) unterstützt bzw. gegründet werden. Weiterhin brauche es Netzwerke zur Fachkräftesicherung, um Fachkräfte für die ländlichen Räume zu begeistern. Auch die Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf seien zu verbessern. Als ein wichtiger Baustein dazu wird der Ausbau flexibler Kinderbetreuung erachtet - auch in Randzeiten. DK

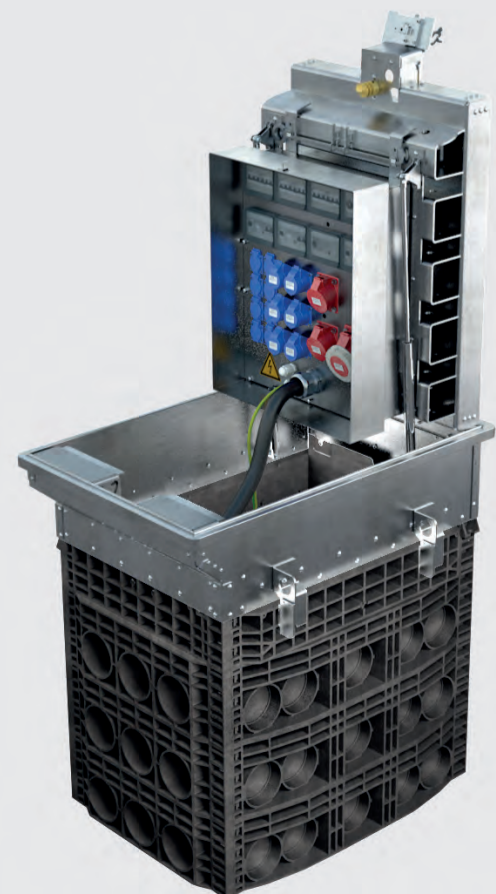


Kein Strom?

Vertrauen Sie unseren sicheren
Unterflurverteilern aus Kunststoff.

Entscheiden Sie sich für Unterflurverteiler von Langmatz. Wir haben moderne Verteilssysteme für Strom, Wasser und Telekommunikation zur kreativen Marktplatzgestaltung entwickelt. Durch eine überflutungssichere Tauchhaube geschützt, jederzeit zugänglich und trotzdem sicher vor unbefugtem Zugriff.

[langmatz.de/unterflurverteiler](https://www.langmatz.de/unterflurverteiler)



TechnicBox

Bayerischer Bauindustrieverband:

Höhere Baukosten treiben Baupreise nach oben

Die Baukonjunktur ist gut. Umsätze und Aufträge sind gestiegen, zuletzt auch die Baupreise. Weil Baupreise von den Bauunternehmen gestellt werden, im Öffentlichen Bau als Kalkulationspreis im Bieterverfahren, im privaten Wohnungs- oder Wirtschaftsbau als Angebotspreise, wird ihre Erhöhung oft vorschnell den Bauunternehmern zugerechnet. Vermutet wird, sie nutzten die Situation aus für einen „schnellen Gewinn“.

So ist es aber nicht. Für höhere Baupreise gibt es mehrere Gründe. Die Hauptursachen dafür sind: Höhere Arbeitskosten, gestiegene Materialpreise, Kosten staatlicher Regulierungen

Die tariflichen Arbeitskosten im Baugewerbe sind in den vergangenen Jahren stets gestiegen, ab Mai 2018 sogar um 5,7%.

Deutliche Anstiege bei Materialpreisen

Auch viele Materialpreise sind deutlich stärker gestiegen als die Baupreise. Markant waren die Preiserhöhungen bei Stahlprodukten: Betonstahl ist seit dem 1. Quartal 2016 um 48% teurer geworden, der Preis für Baustahlmatten stieg um 40%.

Im Verkehrswegebau sind Bitumen, Diesel und Energie dominante Einkaufsgüter. Der Preis für Bitumen aus Erdöl stieg vom 1. Quartal 2016 bis zum 2. Quartal 2018 um 62%, der Dieselpreis um 27% und der Strompreis um 16%.

Markant teurer ist die Baustellenentsorgung geworden. Weitere Kostenanstiege stehen bevor, weil der Platz auf den Deponien fehlt. In nur fünf Jahren haben sich die Gebühren bereits verdoppelt. Den Bodenaushub für ein durchschnittliches Einfamilienhaus zu entsorgen kostet

mittlerweile im Großraum Stuttgart mehr als 30.000 Euro.

Viele Kostenanstiege betreffen bereits abgeschlossene Bauverträge. Dann müssen die Bauunternehmer die höheren Kosten meistens selbst tragen.

Allerdings bleiben die Baupreise in der längerfristigen Betrachtung immer noch hinter der Inflationsrate zurück. Daran ändert auch der zuletzt beschleunigte Anstieg der Baupreise nichts. 2017 betrug der Vorsprung der Verbraucherpreise mehr als 12 Prozentpunkte. Im Jahresverlauf 2018 hat er sich verringert, ist aber nicht verschwunden.

Baupreise steht verkürzt für Bauleistungspreise. Es handelt

sich um Preise für einzelne Bauleistungen aus Abschlüssen zwischen Bauauftraggebern und Bauunternehmern.

Bauleistungspreise

Die Bauleistungspreise geben Auskunft über die Neubaupreise von Bauwerken, nicht aber über deren Verkehrs-, Ertrags- oder Mietwerte.

Die Bauleistungspreise werden vierteljährlich vom Statistischen Bundesamt erhoben. Die Bauleistungspreise für den Neubau konventionell gefertigter Wohngebäude in Deutschland stiegen im August 2018 gegenüber August 2017 um 4,6%. Die Preise für Rohbauarbeiten an Wohngebäuden stiegen um 5,8%. Die Preise für Ausbauarbeiten nahmen im August 2018 um 3,9% zu. Die Neubaupreise für Bürogebäude stiegen um 4,7%, für gewerbliche Betriebsgebäude um 4,8%. Im Straßenbau er-

höhten sich die Preise um 6,7%.

Von den Baupreisen zu unterscheiden sind die Baukosten und die Kaufpreise (für Gebäude, Wohnungen etc.), zu denen auch die Grundstückspreise beitragen.

Baukosten

Zu den Baukosten zählen:

Die Löhne (rund 28% der Gesamtkosten), die Materialkosten (rund 26%), Kosten für Nachunternehmer (33%), Kosten staatlicher Auflagen und Regulierungen (nicht generell bezifferbar).

Die Löhne haben eine Doppelrolle: sie sind einerseits ein (wesentlicher) Bestandteil der Baukosten, für die Baubeschäftigten sind Einkommen, Anerkennung für ihre Leistung.

Die Löhne am Bau werden durch die Tarifparteien festgelegt. Sie sind davon geleitet, eine Lohnpolitik des rechten Maßes zu finden, die beiden Anliegen gerecht wird.

Hohe Grundstückspreise verteuern das Wohnen in den Städten: Die Grundstückspreise in den Städten sind massiv gestiegen. Mittlerweile betragen die Kosten für das Baugrundstück rund 60 Prozent der Baukosten. Vor zehn Jahren waren es rund 30 Prozent.

Normalisierung am Baumarkt

Die Baupreise sind zum Teil auch gestiegen, weil der Baumarkt wieder normal geworden ist. In Krisenjahren waren die Bauunternehmen gezwungen, auch ertragsschwache Aufträge anzunehmen. Oftmals hatten sie nur dann die Chance auf einen dringend benötigten Auftrag, wenn sie Angebote unter ihren Kosten machten.

Insolvenzrisiko noch immer hoch

Das Insolvenzrisiko ist am Bau zwar gesunken, es ist aber immer noch höher als in vielen anderen Branchen - ein Beleg dafür, dass die Baupreise noch immer in keinem angemessenen Verhältnis zum Risiko stehen. Immerhin hat sich das Insolvenzrisiko auf das Doppelte des Durchschnitts aller Unternehmen reduziert. Vor gut zwei Jahrzehnten war es viermal so hoch. Ein niedriges Insolvenzrisiko ist nicht zuletzt auch im Interesse des Auftraggebers. □

Bau und Heimat angesiedelt, den Vorsitz hat der parlamentarische Staatssekretär Marco Wanderwitz.

Bis Mitte 2019 soll die Kommission konkrete Vorschläge für Maßnahmen zur Verbesserung der Baulandbereitstellung vorgehen. Die Expertenkommission will dabei auf die Empfehlungen der AG Aktive Liegenschaftspolitik des Bündnisses für bezahlbares Wohnen und Bauen aufsetzen und aktuelle Entwicklungen aufgreifen.

GdW Stellungnahme anlässlich der 3. Sitzung der Kommission „Nachhaltige Baulandmobilisierung und Bodenpolitik“

Der GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen vertritt als größter deutscher Branchendachverband bundesweit und auf europäischer Ebene rund 3.000 kommunale, genossenschaftliche, kirchliche, privatwirtschaftliche, landes- und bundeseigene Wohnungsunternehmen. Sie bewirtschaften rd. 6 Mio. Wohnungen, in denen über 13 Mio. Menschen wohnen. Der GdW repräsentiert damit Wohnungsunternehmen, die fast 30 Prozent aller Mietwohnungen in Deutschland bewirtschaften. □



Thomas Schmid, Hauptgeschäftsführer BBIV bei der Vertragsunterzeichnung mit den beiden SOBY-Vorständen Angelika Schlammerl (Schatzmeisterin) und Erwin Horak (stellvertretender Vorsitzender) in Reit im Winkl.

Bild: BBIV

Bayerischer Bauindustrieverband und Special Olympics Bayern:

Partnerschaft verlängert

Reit im Winkl. Der Bayerische Bauindustrieverband e.V. (BBIV) wird Special Olympics Bayern e.V. (SOBY) auch im Jahr 2019 als offizieller Partner unterstützen. Das besiegelten Thomas Schmid, Hauptgeschäftsführer des BBIV und die beiden SOBY-Vorstände Angelika Schlammerl (Schatzmeisterin) und Erwin Horak (stellvertretender Vorsitzender) mit der Vertragsunterzeichnung im Rahmen der Special Olympics Winterspiele Bayern in Reit im Winkl.

Thomas Schmid sieht das Engagement des BBIV als langfristige Aufgabe: „Inklusion ist ein wichtiges, gesellschaftliches Anliegen, das der Bayerische Bauindustrieverband auch durch sein Engagement bei Special Olympics Bayern positiv mitgestalten möchte. Gemeinsam mit Special Olympics Bayern konzentrieren wir uns vor allem auf den Breiten- und Inklusionssport. Denn hier findet man die Emotionen und Begeisterung, die im Leistungssport oftmals untergehen.“

Dank für vertrauensvolle Zusammenarbeit

„Wir sind dem BBIV sehr dankbar für das jahrelange Engagement und für das Vertrauen, die Zusammenarbeit fortzuführen“, freut sich Erwin Horak, stellvertretender Vorsitzender von SOBY. „Die Unterstützung der Bauindus-

Aiwanger auf der BAU 2019:

Digitalisierung bringt zusätzlichen Schub

Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger besuchte die Weltmesse für Architektur, Materialien und Systeme BAU 2019. Die überwiegend klein- und mittelständisch strukturierte Bauwirtschaft Bayerns ist ein wichtiger Arbeitgeber. Das Bauhauptgewerbe sowie das Bau- und Ausbaugewerbe beschäftigen über 600.000 Mitarbeiter in über 68.000 Betrieben.

Aiwanger: „Die Baubranche zeichnet weiterhin Wachstum bei Auftragseingang, Umsatz und Baugenehmigungen sowohl in Bayern als auch bundesweit. Nach dem Rekordjahr 2017 wird für das Bauhauptgewerbe für 2018 erneut ein Umsatzrekord von 121 Mrd. Euro prognostiziert, ein Plus von sechs Prozent gegenüber 2017, das auch für Bayern erwartet wird. Die Vorschläge für 2019 sind weiterhin positiv.“

Digitalisierung als Hauptthema

Eines der Hauptthemen der Messe ist die zunehmende Digitalisierung in der Baubranche. „Die Digitalisierung wird der Bauwirtschaft zusätzlichen Schub geben. Wir unterstützen unsere bayerischen Unternehmen und Betriebe bei ihren Digitalisierungsanstrengungen“, sagte Aiwanger. Mit jeweils drei Mio. Euro fördert das bayerische Wirtschaftsministerium am Zentrum Digitalisierung Bayern die beiden Themenplattformen „Digitales Bauen“ und „Smart Cities and Regions“. Ziel ist die weitere Steigerung

der Produktivität im Bauwesen. Aufgrund der guten Entwicklung der Baubranche besteht auch dort ein hoher Fachkräftebedarf. Damit sich die sehr hohe Nachfrage nach Fachkräften nicht zu einer Wachstumsbremse auswächst, müsse vor allem auch die berufliche Aus- und Weiterbildung wieder attraktiv werden, so der Minister.

Inklusive Begegnungen

Der Bayerische Bauindustrieverband e.V. und Special Olympics Bayern e.V. sind seit 2016 offizielle Partner. Im Rahmen der Partnerschaft unterstützt der BBIV die Arbeit, Veranstaltungen und Projekte finanziell und personell. Neben der Unterstützung des Gesamtverbandes sorgen auch weitere Aktivitäten der Verbandsbezirke und Unternehmen für inklusive Begegnungen und Gemeinschaft. So wurden in den vergangenen Jahren unter anderem zwei inklusive Charity Golf-Turniere des Bezirksverbands Ostbayern in Regensburg durchgeführt. □

Mehr bezahlbarer Wohnraum

Wohnungswirtschaft fordert intensivere Baulandaktivierung im Außenbereich

Berlin – „Ein entscheidendes Nadelöhr für mehr bezahlbaren Wohnraum in Deutschland ist die Bereitstellung von passenden Bauflächen“, erklärte Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW, anlässlich der dritten Sitzung der Regierungskommission „Nachhaltige Baulandmobilisierung und Bodenpolitik“ in Berlin.

„Allein im Innenbereich einer Stadt ist es nicht zu schaffen, durch Neubau und Nachverdichtung ausreichend bezahlbaren Wohnraum zu bauen“, so der GdW-Chef. Daher ist es notwendig, auch den Außenbereich in passendem Umfang zur Wohnraumaktivierung zu nutzen.

Dies kann nur gelingen, wenn

die Kommunen eine aktive Bodenpolitik betreiben. So ist beispielsweise die Entstehung von Wohnraum im planungsrechtlich als ‚Außenbereich‘ deklarierten Teil einer Kommune aufgrund verschiedener Regelungen des Baugesetzbuches stark eingeschränkt. Der GdW appelliert daher an die Kommu-

nen, bei der Bauleitplanung darauf zu achten, welche Gebiete sie als Innen- und Außenbereich deklarieren und dies den aktuellen Notwendigkeiten auf dem Wohnungsmarkt anzupassen.

Um aktive Bodenpolitik betreiben zu können, brauchen darüber hinaus Städte in ländlichen Räumen stärkere Eingriffsrechte bei der Stadtentwicklung als bisher, etwa um zu kleinen Grundstücken zusammenlegen zu können oder nicht mehr funktionsfähige Grundstücksflächen und Gebäudegrundrisse zu bereinigen.

Kommunale Wohnraumkonzepte

Zentrales Element einer passgenauen Boden- und Baulandpolitik ist weiterhin die Vergabe von Bauflächen auf Basis kommunaler Wohnraumkonzepte und nicht – wie vielerorts noch üblich – nach dem Höchstpreisverfahren. Zudem appelliert der GdW an die Kommission, auch die Baukosten, die Normen und das Bauordnungsrecht auf den Prüfstand zu stellen. „In diesen Bereichen liegen schon viele Ergebnisse bereit, deren Umsetzung aber noch auf sich warten lässt“, so Gedaschko. Das im Koalitionsvertrag verankerte Planungs- und Baubeschleunigungsgesetz muss zügig kommen. Aus Sicht der Wohnungswirtschaft seien alle Maßnahmen wichtig, die zu einer sinnvollen Nachverdichtung, Aufstockung von Gebäuden und zur Neuausweisung führen.

Expertenkommission

Die Expertenkommission „Nachhaltige Baulandmobilisierung und Bodenpolitik“ ist beim Bundesministerium des Innern, für

Startschuss für 42 Dorferneuerungsprojekte

Insgesamt 16 Millionen Euro für den ländlichen Raum

München – Insgesamt 41 Gemeinden aus ganz Bayern können mit der Umsetzung ihrer geplanten Dorferneuerungsprojekte beginnen: In Vertretung von Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber hat ihnen der Amtschef des Ministeriums, Ministerialdirektor Hubert Bittlmayer, am Montag in München die Förderbescheide überreicht.

„Mit dieser gezielten Förderung unterstützen wir die Kommunen aktiv dabei, sich weiter zu entwickeln und auf die Anforderungen der Zukunft einzustellen“, zitierte Bittlmayer die Ministerin. Damit leiste der Freistaat einen wichtigen Beitrag, die ländlichen Regionen attraktiv und vital zu erhalten. Insgesamt bekommen die ausgewählten Gemeinden mehr als 16 Millionen Euro aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des Ländlichen Raums (ELER) und der Förderoffensive Nordostbayern.

Zu den 42 Dorferneuerungs- und Infrastrukturprojekten gehören z.B. die Errichtung von Dorfgemeinschaftshäusern, die Neugestaltung von Straßen

und Plätzen sowie der Ausbau von Fußwegen und Ortsverbindungsstraßen. Die Förderoffensive Nordostbayern hat vor allem die Wiederbelebung von Leerständen und Ortskernen in vom demographischen Wandel besonders betroffenen Landkreisen Oberfrankens und der Oberpfalz zum Ziel.

Bewerbung für ELER-Projekte

Gemeinden, die dieses Mal nicht zum Zug gekommen sind, können sich im Sommer 2019 wieder für ELER-Projekte bei ihrem zuständigen Amt für Ländliche Entwicklung bewerben. Bewerbungsmöglichkeiten für die Förderoffensive Nordostbayern bestehen das ganze Jahr über. □

Unterflurverteiler von Langmatz:

Im Boden versenkt und jederzeit zugänglich

Neue Gesamtlösung für moderne Marktplatzgestaltung sowie sensible Innenstadtbereiche

Die Situation der Stadt München ist für viele Kommunen in Deutschland typisch: Die Verkaufsstände am Viktualienmarkt sollten endlich eine stadtbildkonforme Energieversorgung erhalten, Schluss mit dem sprichwörtlichen Kabelsalat. Der ist mittlerweile Geschichte. Und nicht nur hier, auch in weit über zwei Dutzend weiteren Gemeinden, von Bayreuth bis Hamburg, haben sich Stadtplaner für Unterflurverteiler von Langmatz entschieden. Jetzt hat das in Garmisch-Partenkirchen ansässige Unternehmen eine Gesamtlösung für die Gestaltung von Marktplätzen und Innenstädten im Programm, welche eine noch größere Flexibilität als bisher verspricht.

Praktisch in jeder Gemeinde gibt es Markt- und Festplätze sowie innerstädtische Bereiche, die eine stationäre Versorgung mit Strom sowie Frisch- und Abwasser benötigen. Diese Verteilstationen sollten im Rahmen zeitgemäßer Stadtplanung und Denkmalschutz möglichst harmonisch ins Stadtbild passen. Für diese Aufgabe entwickelt und produziert Langmatz bereits seit 2004 Unterflurverteiler, die unsichtbar und überflutungssicher im Boden versenkt werden können.

„Ein großes Plus unserer Unterflurverteiler ist, dass sie ein breites Anwendungsfeld durch verschiedene Standardvarianten, kundenspezifische Steckdosenkombinationen, Einbauten und Versorgungsmedien abdecken. Was viele unserer Kunden außerdem überzeugt hat ist die Tatsache, dass die Verteiler nicht nur auf Grund ihrer hochwertigen und durchdachten Bauweise eine hochverfügbare Versorgung gewährleisten, sondern wir uns durch die patentierte Verriegelungslösung und unserem Trittschutz von der Konkurrenz unterscheiden“, betont Stephan Wulf, Vorsitzender der Geschäftsführung bei Langmatz.

Gesamtlösung für die flexible Marktplatzgestaltung

Auf die Anforderungen an eine moderne Marktplatzgestaltung zugeschnitten, hat Langmatz eine komplett anschlussfähige Gesamtlösung entwickelt, welche den Vorteil bietet, dass es sich an die spezifischen Anforderungen der Örtlichkeit flexibel anpassen lässt. Gleich, ob beispielsweise nur an einer Stelle des Marktplatzes Strom bzw. Frisch- und Abwasser benötigt wird oder an

viele: Eine Auswahl verschiedener Unterflurverteiler und Satelliten-Kleinverteiler, die sich situationsgerecht kombinieren lassen, sorgt für eine optimale Versorgung. Als Basis des Lösungskonzepts fungiert der Unterflur-Hauptverteiler EK 880, der nach dem Netzanschlusspunkt die weiteren Abgänge sichert. Mit diesem können die Verteilertypen EK 800 und EK 600 verbunden werden, die vielseitige Anwendungen erlauben, unter anderem die weitere Absicherung der Satelliten-Kleinverteiler EK 602. Am Unterflurverteiler EK 800 können bis zu 8, am EK 600 bis zu 3 Kleinverteiler angeschlossen werden.

Unterflurverteiler EK 800/EK 600

Je nach Kundenwunsch stehen beim Unterflurverteiler EK 800 insgesamt 45 Ausbauprodukte zur Verfügung, beim EK 600 sind es 21. Der Schachtkorpus (EK 800 und EK 600) besteht aus modifiziertem Polycarbonat (PC), der zertifiziert Grundwasser verträglich ist. Am Korpus sind Kranösen angebracht, sodass dieser als Ganzes in die Baugrube gesetzt werden kann. Das Einsetzen ins Erdreich sowie der Anschluss des Unterflurverters sind in einem Arbeitsgang möglich – ein zu erstellender Unterbau ist nicht notwendig. Die einwandfreie, formschlüssige Passgenauigkeit von Schachtkorpus und Edelstahl-Abdeckung ist sichergestellt. Der Schachtdeckel lässt sich durch Gasdruckdämpfer komfortabel öffnen und besitzt eine Zuklapp-Sicherung, die ein unabsichtliches Schließen oder Zufallen verhindert. Weitere Vorteile sind innenlie-

gende Kabelauslässe links und rechts für den sicheren Betrieb im geschlossenen Zustand so-



Der Unterflur-Hauptverteiler EK 880 fungiert als Basis des Lösungskonzepts.

wie ein Trittschutz für den sicheren Betrieb in geöffnetem Zu-

stand. Auch an die Optik wurde gedacht, denn der ausplasterbare Deckel ermöglicht die optimale Integration ins Stadtbild. Die Prüfklasse DIN EN 124 D 400 bezieht sich auf die komplette Unterflurkonstruktion. Für den Winterbetrieb verfügen sie über eine integrierte und regelbare Deckelheizung sowie über eine Zwangsöffnungsfunktion, die zum aufplatzen des Eispanzers führt.

Satelliten-Kleinverteiler EK 602

Mit dem Kleinverteiler EK 602 von Langmatz ist die Energie direkt dort verfügbar, wo sie gebraucht wird – wie etwa an einem Marktplatzstand. Durch die zwei unterschiedlichen Aufbauhöhen kann der Satelliten-Kleinverteiler auch bei geringer Überdeckung verwendet werden. Das bewährte Tauchhauben-Prinzip schützt hier die Technik vor Überflutung. Der Verteiler (3 x Schuko oder 1 x CEE 32A möglich) ist modular aufgebaut, mit oder ohne Kabelauslass erhältlich und nach DIN EN 124 / B 125 belastbar. Wie bei allen Verteilern von Langmatz lässt sich die Verriegelung nur mit einem speziellen Bautenschlüssel öffnen.

www.langmatz.de

Neue Kleusberg-Broschüren pünktlich zur BAU 2019

Die neue, 92-seitige „Modulares Bauen“-Broschüre vermittelt dem Leser deutlich, was Kleusberg unter dem „Alles aus einer Hand Prinzip“ versteht bzw. welches Leistungsspektrum das Unternehmen bietet. Das neue, innovative Broschüren-Konzept bietet ein abwechslungsreiches Themenspektrum. Eine darauf abgestimmte App ergänzt diese Inhalte gekonnt durch Filme, Referenzen und andere Interaktionen. Diese steht in Kürze in den Apple- und Google-App-Stores zum Download bereit. Die Broschüre löst die quadratische Vorgängerversion ab, die sich in mehreren Auflagen seit 2009 großer Beliebtheit erfreut hat.

Die 72-seitige Broschüre „Mobile Mietgebäude - Mietsystem PLUS“ enthält gebündelte Informationen zu allen Vorteilen der bewährten PLUS-Mietgebäude-Lösungen. Neu wird darin auch das Kleusberg Rundum-Sorglos-Servicpaket vorgestellt. Von der Beratung bis zur Mietparkversicherung erhalten die Kunden ein noch umfassenderes Leistungsspektrum. Detaillierte Typengrundrisse, 3D-Darstellungen, Referenzbeispiele und technische Details runden das Informations-Portfolio ab. Die in der 40-seitigen „Halleneinbauten - Systemraum TREND-

LINE“-Broschüre finden sich umfassende Informationen zu den unterschiedlichen Ausführungsmöglichkeiten der Halleneinbauten und Trennwände in Produktionsnähe: ob 1-, 2- oder 3-geschossig, auf Bühnenkonstruktion oder mit Anbindung an bestehende Hallenwände.

Informiert wird u. a. darüber, welche Optionen das ausgeklügelte System hinsichtlich Brand- und Schallschutz bietet, warum sich eine Entscheidung für diese Raumlösung lohnt und welche Referenzkunden bereits auf Systemraum TRENDLINE setzen.

ERLUS Lotus air®:

Für eine nachhaltige Stickoxid-Reduzierung in Ballungsräumen

Neufahrn i. NB. Die ERLUS AG wird auf der BAU 2019 ein Verfahren vorstellen, das dazu beitragen kann, die Stickoxidbelastung in Ballungsräumen zu reduzieren. Bei ERLUS Lotus air® werden Tondachziegel mit einer Beschichtung aus Titandioxid versehen. Diese wirken dann photokatalytisch aktiv und somit luftreinigend gemäß der freiwilligen Selbstverpflichtung des Fachverbandes angewandter Photokatalyse (FAP).

„ERLUS Lotus air® kann dazu beitragen, politisch unpopuläre Fahrverbote für Dieselaautos zu vermeiden“ erklärt Peter Hoffmann, Vorstand der ERLUS AG. Der Grund: Dächer wirken mit ERLUS Lotus air® wie wirkungsvolle Luftfilter. Im ersten Schritt bietet ERLUS das neue Verfahren für den Ergoldsbacher E 58 S in Rot an.

Hohe Stickoxidabbauwerte der beschichteten Dachziegel

Im Rahmen des BMBF-geförderten Projekts „PureBau“-Untersuchung von Werkstoffsystemen für photokatalytisch hocheffiziente Baustoffe“ wurden mit ERLUS Lotus air® beschichtete Dachziegel durch das Fraunhofer-Institut für Schicht- und Oberflächentechnik (IST) in Braunschweig getestet. Mit einem Wert von ca. 1,1 cm/s für die Depositionsgeschwindigkeit (Geschwindigkeit, mit der Gase auf Oberflächen abgesetzt und damit aus der Luft entfernt werden) liegen die Stickoxidabbauwerte der beschichteten Dachziegel etwa viermal so hoch, wie sie für einen vernünftigen Einsatz in der Praxis notwendig wären. ERLUS Lotus air® ist somit eine weitere marktfähige Baustofflösung für die Stickoxidreduzierung in belasteten Städten.

Beeinträchtigte Lebensqualität

Stickoxide beeinträchtigen die Lebensqualität der Bürger vieler Städte. Der Grenzwert von 40 µg/m³ wird in einigen Städten deutlich überschritten. Ansätze, die Feinstaub- und Stickoxidbelastung zu reduzieren, gibt es viele. „Die meisten, wie z.B. die Elektromobilität, wirken aber nur langfristig, teilweise wohl erst in 20 bis 30 Jahren“, analysiert Hoffmann. Damit beiben den betroffenen Städten nach derzeitigem Stand nur Fahrverbote, die poli-

tisch aber gegen erhebliche Widerstände durchzusetzen sind.

Titandioxid-beschichtete Baustoffe haben enormes Potenzial

Dabei gibt es längst Alternativen zu den Fahrverboten: Dach- und Oberflächen für luftreinigende Baustoffe gibt es in den dicht bebauten Städten reichlich. Und diese können sehr effektiv genutzt werden. Die mit Titandioxid beschichteten Baustoffe sind bei Sonnenlicht in der Lage, Stickoxid in der Luft aktiv abzubauen.

Beitrag zu sauberer Luft

„Solche Baustoffe können einen nachhaltigen und kostengünstigen Beitrag zur Stickoxidreduzierung leisten – ohne dass es dadurch im Stadtbild zu Änderungen kommen muss“, betont Hoffmann. Neben Betonflächen, Plastersteinen und Fahrbahndecken, Farben, Fliesen, Solarmodulen oder Fensterscheiben kann nun auch die mit ERLUS Lotus air® beschichtete Dachfläche einen Beitrag zu sauberer Luft in den Ballungsräumen leisten.

Unverändertes Stadtbild

In deutschen Städten werden jährlich viele Quadratmeter Dachfläche mit Steildächern neu eingedeckt oder bestehende Dächer saniert. Wird ein Teil dieser Flächen zukünftig mit photokatalytisch aktiven Oberflächen ausgestattet, könnte die Luft in den Städten nachhaltig verbessert werden – ohne das Stadtbild zu verändern.

„Das Szenario ist keine Zukunftsmusik mehr. Durch gezielte Ausschreibungsvorgaben für den Bau oder die Sanierung öffentlicher Gebäude können Städte den Einsatz photokatalytisch aktiver Baustoffe bereits heute nachhaltig fördern“, schließt Hoffmann.

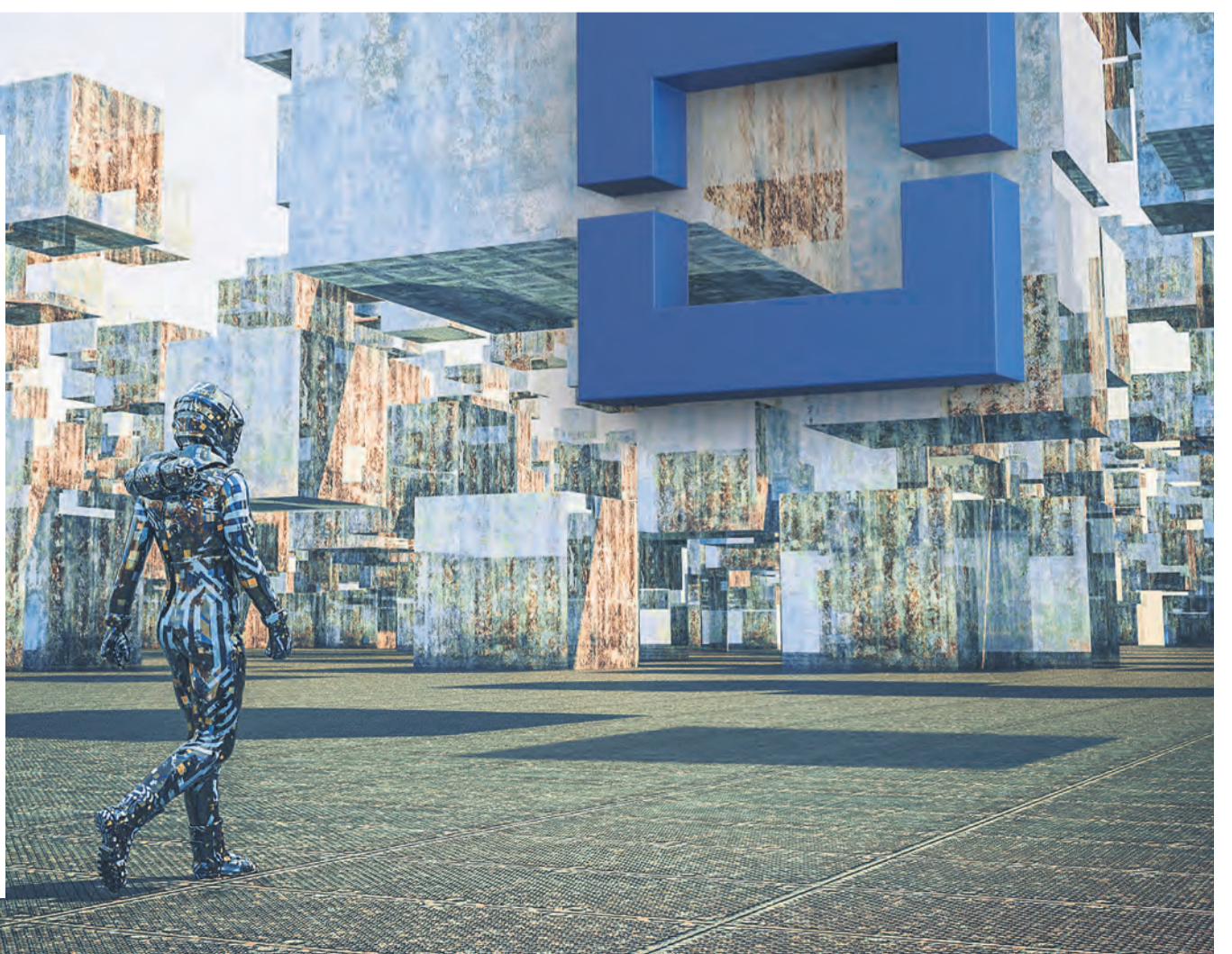
KLEUSBERG

Zukunft Raum.

Bauen. Visionen erschaffen.

Gemeinsam mit Ihnen, unseren Kunden, Partnern und Mitarbeitern, gestalten wir täglich ein Stück Zukunft – und das seit vielen Jahrzehnten. Dass wir die Zukunft des Bauens im Blick haben und innovativ gestalten, beweisen wir Ihnen auf:

zukunft-raum.info



Archivgebäude des Amtsgerichts Lichtenfels:

Angekommen in der Zukunft

1.600 laufende Meter Grundakten, 100 Jahre und mehr Aufbewahrungspflicht – als die Leitung des Amtsgerichts Lichtenfels feststellte, dass in dem im Keller untergebrachten Archiv über die Bodenplatte Feuchtigkeit eindringt, musste sie schnell reagieren. Binnen kürzester Zeit wurden die Dokumente ausgelagert und bald darauf mit der Planung eines Neubaus begonnen.

Zahlreiche Vorteile

Ein Gedankenspiel mit der Funktion „Archiv“ brachte die Architekten früh auf die Idee, den Neubau in Holzbauteile zu errichten: Akten bestehen aus Papier – und Papier wird aus Holz gemacht. Für die Holzbauteile sprachen aber natürlich noch weitere Vorteile: Der Holzrahmenbau ließ sich in kurzer Zeit errichten. Die bis zu zehn Meter langen Wandteile wurden in deren Werkhallen vorgefertigt und mit zwei Lkws auf die Baustelle geschafft, wo die Hauptkonstruktion in zwei Tagen zusammenmontiert war. Aufgrund der trockenen Bauweise konnte der Innenausbau dann sofort beginnen.

Der Verbindungstrakt dient als Erschließungsgang der neuen Räume und markiert gleichzeitig die Fuge zwischen dem Bestand und dem Erweiterungsbau. Wer ihn betreten will, muss erst die Personenkontrolle am Haupteingang des Gerichts passieren, um dann, ebenerdig – und barrierefrei – in das Archiv gelangen.

Büros mit Ausblick

Die Holzfassade des Neubaus läuft ebenso wie die Putzfassade und der Sandsteinsockel des Altbaus innerhalb des Glasverbindungsgangs durch und stellt so die Eigenständigkeit des historischen Bestands im Vergleich zur Erweiterung heraus. Zwei Deckschichten – ein UV-



In kurzer Zeit ließ sich der auf die Bedürfnisse der Mitarbeiter zugeschnittene Holzrahmenbau errichten. Bild: Staatliches Bauamt Bamberg

Fast Passivhausniveau

Die gute Wärmedämmung der Außenwand- und Dachkonstruktion lässt das Gebäude fast Passivhausniveau erreichen, so dass sich Temperaturschwankungen außen kaum auf das Innere auswirken. Eine Lüftungsanlage reicht aus, um die Raumtemperatur im Archivbereich konstant bei 18 Grad Celsius und in den vorderen Räumen bei 22 Grad Celsius zu halten. Eine spezielle Klimatisierung ist aufgrund der hochwärmedämmten Bauweise nicht notwendig.

Denkmal hat Vortritt

Als optimaler Standort hatte sich ein schmaler Geländestreifen zwischen dem Amtsgericht und dem nahen Nachbargebäude erwiesen. Ein ursprünglich hier stehender Gartenschuppen wurde zugunsten des als langgestreckter Riegel konzipierten Neubaus abgerissen. Um das Archivgebäude auf die Bedürfnisse der Mitarbeiter, des Kundenverkehrs und der Lagerhaltung maßzuschneidern, arbeitete Amtsgericht bei dessen Entwicklung eng mit den planenden Architekten des Staatlichen Bauamts Bamberg zusammen.

Barrierefreiheit

Diese rückten den Neubau einige Meter von der an der kurzen Seite angrenzenden Straße ab, sodass die dort wachsende Rosskastanie stehen bleiben konnte. Als Eingeschlossener mit 48 m Länge und 7,5 m Breite gewährt das Archiv dem in einem historischen Baudenkmal untergebrachten Amtsgericht den optischen Vortritt. Ein gläser-

nen Schutz und ein Graffitienschutz – schützen die mit Furnierholz beschichteten Platten vor Beschädigungen durch Sonneneinstrahlung und Vandalismus.

Verglaste Straßenfront

Die Straßenfront ist komplett verglast. Hier befindet sich der „öffentliche“ Teil des Grundbuchamts, die sogenannte Infothek, in der Grundstückseigentümer oder deren Vertreter Grundakten zur Einsicht anfordern können. Hinter diesem Bereich heißt es „Zutritt nur für Mitarbeiter“, die in den über einen Flur erschlossenen Büros an der Ostseite des Neubaus arbeiten. Fensteröffnungen in der Wand zum Flur und die als Glasfront gestaltete Westfassade dahinter gewähren den Mitarbeitern Ausblicke über den angrenzenden Parkplatz bis hin zur denkmalgeschützten Kirche im Ortszentrum.

Optimierung der Betriebsabläufe

Die hintere Hälfte des Neubaus nimmt schließlich das Archiv ein. Ein Fenster auf der Südseite lässt Licht in den ansonsten fensterlosen Raum, sodass die Sachbearbeiter ihre Aktenrecherchen nicht nur bei künstlichem Licht vornehmen können.

Die gewählte Aufteilung des Gebäudes und die Fassadengestaltung spiegelt den Wunsch der hier arbeitenden Archivare nach einer Optimierung der Betriebsabläufe wider. Sowohl kurze Wege innerhalb der Arbeitsbereiche als auch der barrierefreie Zugang durch das Hauptgebäude hindurch standen auf der Anforderungsliste.

Christine Ryll, München

Neue Holzbau-Datenbank macht Planung einfach

Viele Architekten und Bauherren mieden bisher die Holzbauweise, weil sie deren große Konstruktionsvielfalt irritierte und verunsicherte. Damit ist jetzt Schluss! Denn seit Sommer 2018 ist die dynamische Holzbau-Datenbank dataholz.eu online.

Sie stellt allen Interessierten kostenfrei eine praxisgerechte Auswahl von in Deutschland baurechtlich verwendbaren Baustoffen und Bauteilen zur Verfügung. Zu jeder Lösung sind verlässliche Kennwerte zum Brand-, Wärme- und Schallschutz sowie Öko-Daten aufgelistet – inklusive der entsprechenden Nachweisdokumente. Planungsprozesse und Genehmigungsverfahren werden dadurch deutlich effizienter.

dataholz.eu hatte ein Vorbild: die vor zehn Jahren in Österreich erschienene Holzbau-Datenbank dataholz.com. Im Rahmen eines großen Forschungsprojektes der Technischen Universität München wurde sie weiterentwickelt und an die deutschen baurechtlichen Anforderungen angepasst. Der Lehrstuhl für Holzbau und Baukonstruktion von Prof. Dr.-Ing. Stefan Winter und die Professur für Entwerfen und Holzbau von Prof. Hermann Kaufmann führten das Forschungsprojekt zusammen mit dem Kooperationspartner Holzforschung Austria durch. Finanziert wurde es von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) mit Unterstützung des bayerischen Zimmererhandwerks. □

UBA-Studie zur Städtebauförderung

Seit der Etablierung des Städtebauförderprogramms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ im Jahr 1999 besteht für Kommunen die Möglichkeit, für Quartiere mit komplexen Problemlagen in sozialer, städtebaulicher, wirtschaftlicher, kultureller und umweltbezogener Hinsicht unter Vorlage eines integrierten Entwicklungskonzepts Finanzhilfen zu erhalten. Die Verbesserung der Lebensqualität vor Ort ist das übergeordnete Ziel des Städtebauförderungsprogramms „Soziale Stadt“.

Vor diesem Hintergrund befasste sich das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) in Kooperation mit dem IfS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH und sociodimensions, Institute for Socio-cultural Research, mit der Frage, welche Synergiepotenziale zwischen Zielen des Umweltschutzes und sozialen Zielen im Rahmen von Städtebauförderungsprogrammen wie der „Sozialen Stadt“ vorhanden sind.

Eine Ausgangsthese lautete, dass in der Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“ bislang die gebaute Umwelt (Gebäude, Wohnumfeld, Grün- und Freiflächen) und die soziale Umwelt (Nachbarschaften, Teilhabe) im Zentrum stehen, während die natürliche Umwelt keine oder allenfalls implizit Berücksichtigung findet. Folgende Fragen standen im Zentrum der Untersuchung: Wo finden sich in Gebieten der Sozialen Stadt Ansatzpunkte für mehr Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung? Wie lassen sich in diesem Zusammenhang Teilhabe- und Zukunftschancen der Bewohnerinnen und Bewohner verbessern? Wie können nachhaltige Konsum- und Lebensstile stärker thematisiert werden? und: Welche Initiativen können im Sinne von Synergiepotenzialen mit den Förderstrukturen verknüpft werden?

Um diesen Fragen nachzugehen, wurden Programmstrukturen analysiert, Interviews mit an der Programmumsetzung Beteiligten und Quartiersbewohnern in vier Fallstudiegebieten geführt sowie good practice-Beispiele aus anderen Kommunen betrachtet. Ein zentrales Ergebnis lautet: Synergien zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit sind in den meisten Handlungsfeldern der Sozialen Stadt herstellbar, „in dem eine Aneignung der unmittelbaren nahen Umwelt durch die Quartiersbewohnerinnen und -bewohner ermöglicht wird“.

Für die Akteursgruppe Kommunen und Quartiere wurden folgende Empfehlungen abgeleitet: Um „harte“ Umweltprobleme (Lärm, Luft), die sozial benachteiligte Quartiere betreffen, anzugehen, bedarf es im Sinne des Konzeptes „Umweltgerechtigkeit“ einer stärkeren Sozialraumorientierung kommunaler Arbeitsbereiche (wie z.B. der Umwelt- und Verkehrsämter).

Dabei sollten kommunale Um-

weltfachplanungen und integrierte Quartiersentwicklung vermehrt miteinander gebündelt werden, indem beispielsweise Umweltfachplanungen stärker in die integrierten Handlungs- und Entwicklungskonzepte der Sozialen Stadt Einzug halten oder Maßnahmen zur Reduzierung von Umweltbelastungen gezielt in Sozialen Stadt-Gebieten umgesetzt werden. Die kommunalen Umweltämter und weitere relevante Fachämter wie Gesundheits- und Grünflächenämter sind daher gefordert, sich in die Prozesse der integrierten Quartiersentwicklung mit ihren jeweiligen Fachkenntnissen und Instrumenten einzubringen.

Für breites Spektrum an Akteursgruppen sorgen

In den Kommunen und benachteiligten Gebieten sollte generell sichergestellt werden, dass ein breites Spektrum an Akteursgruppen in die Entwicklung und Umsetzung der integrierten Handlungs- und Entwicklungskonzepte einbezogen wird. In den Kommunen sollte dafür Sorge getragen werden, dass in sozial benachteiligten Gebieten Quartiersmanagements zum Einsatz kommen. Diesen kommt in ihrer Anwaltsrolle für die Quartiersbevölkerung und als Mittlerinstanz zwischen Verwaltung und Quartier eine wichtige Bedeutung zu. Die Quartiersmanagements sollten die Quartiersbevölkerung dabei unterstützen, ihre Perspektiven und Interessen zur Verbesserung ihrer Lebenssituation und ihres Lebensumfeldes kenntlich zu machen und eigene Ideen umzusetzen.

Weitere Empfehlung: In den benachteiligten Quartieren sollten mit Hilfe der integrierten Handlungsansätze Gelegenheiten zur Begegnung und Beteiligung von unterschiedlichen lokalen Milieus geschaffen werden, damit Potenziale für neue Formen von Konsum und Lebensstilen entstehen können. Dabei können sich die Aktivitäten entweder unmittelbar auf die Natur und Umwelt beziehen und hierdurch einen Beitrag zu mehr ökologischer Nachhaltigkeit leisten oder indirekt über kulturelle oder sportbezogene Angebote zu einer Erweiterung des Interessen- und Tätigkeitshorizonts der Bewohner führen. DK

Neubau des Bezirksklinikums Obermain:

Verwaltungsrat gibt Planung für Jahrhundertprojekt frei

Es ist die größte Baumaßnahme in der Geschichte des Bezirks Oberfranken: der Neubau des Bezirksklinikums Obermain in Kutzenberg. Vor kurzem gab der Verwaltungsrat der Gesundheitseinrichtungen des Bezirks Oberfranken (GeBO) die Planungen zu diesem Jahrhundertprojekt frei. Vorgesehen sind Investitionen in Höhe von rund 143 Millionen Euro, verteilt auf zwei Bauabschnitte.

Es war eine Punktlandung, die Architekt Udo Lemke dem GeBO-Verwaltungsrat am vergangenen Donnerstag präsentierte. Noch in diesem Jahr müssen die Planungen bei der Regierung von Oberfranken eingereicht werden, um das Ziel, im nächsten Krankenhausbauprogramm berücksichtigt zu werden, zu erreichen.

„Wir stehen zu unserem Klinikstandort in Kutzenberg. Die Investitionen in einen Klinikneubau sind dringend notwendig, die Bausubstanz und die Wirtschaftlichkeit unseres Bezirksklinikums Obermain lassen uns hier keine andere Wahl“, eröffnete Bezirkstagspräsident Henry Schramm die Sitzung.

Für ein ansprechendes Umfeld

Gemeinsam mit GeBO-Vorstand Katja Bittner erinnerte er an die weiten Wege, die auf dem weitläufigen Gelände zurückgelegt werden müssen, und an die in die Jahre gekommenen Gebäulichkeiten. „Wir wollen unserem gesetzlichen Versorgungsauftrag nachkommen und dafür geeignete Klinikräume anbieten. Menschen mit psychischen Erkrankungen müssen teils länger in stationärer Behandlung bleiben. Gerade hier gilt es, ein ansprechendes Umfeld zu bieten“, unterstrich Schramm.

Auf gut 143 Millionen Euro ist die Gesamtbaumaßnahme nach aktuellem Planungsstand taxiert, verteilt auf zwei Bauabschnitte. Der Verwaltungsrat gab die Planungen für den ersten Bauabschnitt am Donnerstag einstimmig frei. Dort sollen zunächst die psychiatrischen Stationen untergebracht werden. In einem zweiten Schritt werden die somatischen Bereiche ergänzt.

Udo Lemke, der seit gut zwei Jahren an den Planungen für das Jahrhundertprojekt arbeitet, erläuterte den teils neuen Verwaltungsräten die aktuellen Entwürfe. Auf drei verschiedene „Finger“ (zwei für die Psychiatrie im ersten Bauabschnitt, einen für die Somatik inklusive

Medizinischem Versorgungszentrum MVZ im zweiten Bauabschnitt) sollen die Stationen verteilt werden. Jeder dieser „Finger“ umfasst vier sichtbare Stockwerke und ein Kellergeschoss, die auf der nordöstlichen Seite des Krankenhausreals in den Hang hinein gebaut werden. Somit sei gewährleistet, dass alle bettenführenden Stationen mit Tageslicht versorgt werden.

Die Kosten für den ersten Bauabschnitt bezifferte der Architekt auf rund 92 Millionen Euro. „Die Planungen sind mit der Regierung von Oberfranken und dem Bayerischen Gesundheitsministerium abgestimmt. Ich danke allen Beteiligten, allen voran unserer Gesundheitsministerin Melanie Huml für die gute Zusammenarbeit“, erinnerte Bezirkstagspräsident Schramm an die zahlreichen Abstimmungstermine im Vorfeld.

Rund 76 Prozent Förderquote

Nach ersten Schätzungen werden der Bezirk Oberfranken und seine Gesundheitseinrichtungen für den ersten Bauabschnitt wohl einen Eigenanteil von rund 25 Millionen Euro aufbringen müssen, verteilt auf mehrere Haushaltsjahre. Dabei sind gewisse Baukostensteigerungen in den kommenden Jahren bereits eingepreist. Dies entspräche einer Förderquote von rund 76 Prozent.

„Für GeBO und Bezirk sind 25 Millionen natürlich eine enorme Belastung, aber wir stehen gegenüber unseren Patienten und Mitarbeitern“, verdeutlichte Bezirkstagspräsident Schramm die Relevanz der größten Baumaßnahme in der Geschichte des Bezirks Oberfranken.

„Wir hoffen mit der rechtzeitigen Abgabe der Planungsunterlagen den Weg zu einer Aufnahme in das kommende Krankenhausbauprogramm geebnet zu haben“, wünschte sich Schramm eine zeitnahe Behandlung des Antrags durch den Krankenhausplanungsausschuss. □

Landkreis Schweinfurt:

Neue Broschüre zur Innenentwicklung

Eine neue Publikation des Landkreises Schweinfurt will Lust auf das Bauen, Wohnen und Leben im Ortskern machen. Die 22-seitige Informationsbroschüre „Innenentwicklung – Ihr Leben im Mittelpunkt“ enthält hierzu anschauliche Fotos von besonders gelungenen Beispielen, übersichtliche Checklisten und interessante Fakten. Landrat Florian Töpfer zufolge „wollen wir mit dieser Broschüre Mut machen und mit den baulichen Möglichkeiten im Ortskern überraschen“.

Vier Gebäude werden in der Handreichung genauer unter die Lupe genommen und dabei die wichtigsten Baukategorien der Innenentwicklung abgebildet: Sanierung, Neubau, Denkmal und Umbau eines landwirtschaftlichen Gebäudes.

Aufwertung der Innenstädte

Die unterschiedlichen Beispiele haben doch auch vieles gemeinsam: Schwierige Ausgangssituation, kreative Lösungssuche, starker persönliche Einsatz und letztlich die Belohnung durch eine sehr hohe Wohn- und Lebensraumqualität.

Nach Feststellung von Land-

kreischeff Töpfer „werten solche Objekte unsere Innenorte enorm auf. Ich hoffe, dass unter anderem mit den Fördermöglichkeiten auf Landkreis- und Gemeindeebene sowie im Rahmen laufender Städtebauförderungs- und Dorferneuerungsverfahren in den nächsten Jahren weitere tolle Hausprojekte in den Ortskernen entstehen.“

Die Broschüre steht in den Gemeindeverwaltungen und im Landratsamt Schweinfurt kostenlos zur Mitnahme bereit oder kann unter www.landkreis-schweinfurt.de/innenentwicklung heruntergeladen werden. DK

Repräsentative GVB-Umfrage:

Bevorzugte Zugangswege zu Finanzdienstleistungen

Bankkunden werden wählerischer und entscheiden bedarfsorientiert

Viele Verbraucher in Bayern bevorzugen zwar nach wie vor Filialen, um ihre Bankgeschäfte zu erledigen. Andere Zugangswege wie Online- oder Mobile-Banking gewinnen aber insbesondere bei den Jüngeren zunehmend an Bedeutung. Das geht aus einer repräsentativen Erhebung im Auftrag des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB) hervor, in deren Rahmen mehr als 1.000 private Bankkunden aus dem Freistaat zu ihren Nutzungsgewohnheiten befragt worden sind.

Kunden wählen ihren Kanal je nach Bedarf

Ein gutes Viertel der Umfrageteilnehmer (28 Prozent) gab an, Finanzdienstleistungen am liebsten in einer Filiale in An-

spruch zu nehmen. Knapp dahinter (24 Prozent) rangieren die Kunden, die ausschließlich auf digitale Zugangswege wie PC, Tablet oder Smartphone setzen. Zum Telefonhörer greift jeder Zwölfte (8 Prozent), wenn er

mit seinem Kreditinstitut in Kontakt treten will. Die meisten Befragten (36 Prozent) zählen jedoch zu den „hybriden“ Kunden: Sie präferieren keinen Zugangsweg per se, sondern wählen je nach Bedarf.

Hybride Bankkunden

„Überweisungen erledigen hybride Bankkunden online. Die neue Kreditkarte beantragen sie telefonisch. Zu komplexeren Fragen wie Vermögensanlage oder Baufinanzierung lassen sie sich bevorzugt persönlich und vor Ort in einer Geschäftsstelle beraten“, beschreibt GVB-Präsident Jürgen Gros das Verhalten dieser Kundengruppe beispielhaft.

Präsenz vor Ort bleibt wichtig

Die Bedeutung von Filialen für Bankkunden hat in den vergangenen Jahren abgenommen. Darauf haben viele Banken reagiert und ihre Infrastruktur konsolidiert. „Daraus die Schlussfolgerung zu ziehen, das Bankgeschäft der Zukunft sei rein digital, wäre jedoch voreilig“, hebt Gros hervor. „Die Präsenz vor Ort bleibt wichtig.“

In der Generation 60 plus sind Filialen laut der Umfrage noch immer für 43 Prozent der Kunden die ausschließliche Anlaufstelle. Unter jungen Erwachsenen bis 35 Jahre gilt das zwar lediglich für 15 Prozent. Doch gut

ein Drittel der Jungen (34 Prozent) zählt zur Gruppe der hybriden Kunden. Das heißt, dass knapp die Hälfte der unter 35-Jährigen nach wie vor eine Filiale oder Geschäftsstelle als Kontaktpunkt wünscht.

Volksbanken und Raiffeisenbanken bauen Omnikanalvertrieb aus

Für Bayerns Volksbanken und Raiffeisenbanken ist ihr flächendeckendes Netz aus deutlich mehr als 2.000 Filialen zwar weiterhin ein Wettbewerbsvorteil. Die Umfrageergebnisse zeigen aber auch, dass die Kreditgenossenschaften mit dem zuletzt forcierten Ausbau des Omnikanalvertriebs richtig liegen: „Die Kunden gehen zunehmend davon aus, dass sie auf unterschiedlichen Wegen ihre Bankgeschäfte erledigen können. Um diesen Anspruch zu erfüllen, ist es unerlässlich, Online-Banking, Mobile-Banking, Telefon-Banking, Kundenservicecenter und Filiale zu verzahnen“, stellt GVB-Präsident Gros fest.

Garden Tower in Frankfurt am Main:

MünchenerHyp finanziert Ankauf

Die MünchenerHyp finanziert für die GEG German Estate Group mit einem langfristigen Darlehen im dreistelligen Millionenbereich den Erwerb des Garden Towers im zentralen Geschäftsbezirk von Frankfurt am Main. Die Bank agiert dabei als alleiniger Underwriter.

Mit 127 Metern Höhe zählt der Garden Tower zu den markantesten Gebäuden Frankfurts. Über 27.000 qm Büroflächen sind langfristig an 17 Parteien vermietet.

„Wir freuen uns, mit der GEG, einer der führenden deutschen Investment- und Asset-Management Plattformen im gewerblichen Immobilienbereich, diese erste, gemeinsame Finanzierung zu realisieren. Die Transaktion ist Teil unserer Strategie, großvolumige Core-Investments als alleiniger Underwriter zu begleiten“, sagt Dr. Louis Hagen, Vorsitzender des Vorstands der MünchenerHyp. Christian Winges, Regionaldirektor für Gewerbe-

liche Immobilienfinanzierungen in Frankfurt, ergänzt: „Unsere Leistungsfähigkeit in Sachen Bearbeitungsgeschwindigkeit, Unterwritingkapazitäten und Verlässlichkeit durch den gesamten Bearbeitungsprozess gab den Ausschlag für diese neue Partnerschaft.“

Ulrich Höller, Vorsitzender des Vorstands der GEG: „Mit der Finanzierung des Garden Towers durch die MünchenerHyp können wir unsere Finanzierungsbasis weiter diversifizieren. Die MünchenerHyp hat uns in diesem Zusammenhang mit ihrem wettbewerbsfähigen Angebot und der sehr professionellen Abwicklung überzeugt.“

MünchenerHyp:

Ankauf des Bürogebäudes Helix in Eschborn

Die Münchener Hypothekbank eG (MünchenerHyp) finanziert mit einem Darlehen in Höhe von 74,3 Mio. Euro den Erwerb des in Eschborn gelegenen hochwertigen Bürogebäudes Helix. Die Bank agiert dabei als Underwriter und Sole Lender. Sponsor des Ankaufs ist der südkoreanische Investor Hana Financial Investments Ltd.

Als Investmentmanager ist das US-amerikanische Immobilienunternehmen Hines tätig. Das Helix umfasst über 36.000 Quadratmeter Bürofläche und ist im Rahmen eines Sale and Lease Back für 15 Jahre vollständig an die Commerzbank AG vermietet.

Zügige Transaktion

„Einmal mehr konnten wir einen renommierten südkoreani-

schen Investor mit einer verlässlichen und zügigen Umsetzung der Transaktion überzeugen“, sagt Jan Polland, Leiter Gewerbliche Immobilienfinanzierungen der MünchenerHyp. Thomas Völker, Leiter Gewerbliche Immobilienfinanzierungen Internationale Kunden, ergänzt: „Die Transaktion bestätigt unsere Strategie, das Geschäft mit internationalen und nicht-europäischen Investoren auszubauen.“

Bund der Steuerzahler fordert Wahlrechtsreform mit Mandats-Obergrenze

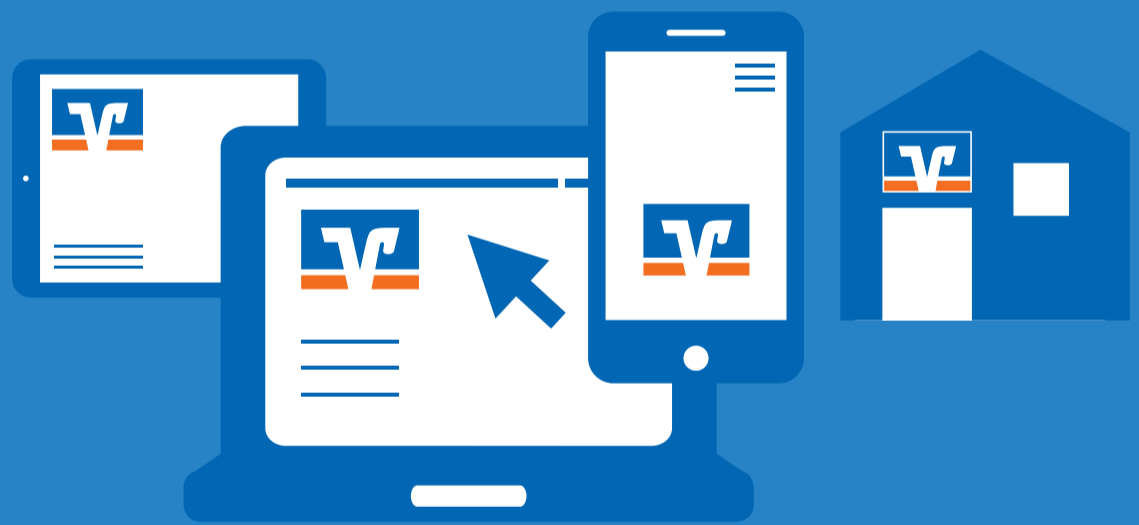
Der Bund der Steuerzahler fordert den Bundestag auf, die längst überfällige Wahlrechtsreform zügig anzupacken. „Wir brauchen jetzt eine ernsthafte Diskussion, damit die Größe des nächsten Bundestags für die Wähler endlich wieder berechenbar wird“, betont BdSt-Präsident Reiner Holznagel. „Weil eine Reform des komplizierten Wahlrechts zeitlichen Vorlauf braucht, dürfen die Abgeordneten keine Zeit mehr verlieren!“

Bundestags-Vizepräsident Thomas Oppermann hatte jüngst einen Vorschlag zur Verkleinerung des Bundestags vorgelegt. Damit ist Oppermann Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble einen Schritt voraus, der ursprünglich bis Ende 2018 einen fraktionsübergreifenden Reformvorschlag präsentie-

ren wollte. „Auf eine Initiative des Bundestagspräsidenten wartet die Öffentlichkeit bis heute!“, kritisiert Holznagel. „Der aktuelle Rekord-Bundestag mit 709 Abgeordneten ist von der gesetzlichen Soll-Größe in Höhe von 598 Abgeordneten meilenweit entfernt. Ohne eine schnelle Wahl-

rechtsreform droht ein noch viel größeres Parlament.“ Der Verband hat Zahlen für den teuren Bundestag ermittelt: Schon jetzt kostet das XXL-Parlament die Steuerzahler fast eine Milliarde Euro pro Jahr. Holznagel: „Ohne eine grundlegende Reform droht dem Bundestag der Kollaps – hier sehe ich ein Risiko für die parlamentarische Demokratie. Denn schon jetzt haben die Abgeordneten in ihren Fraktionen und im Plenum kaum Möglichkeiten, sich einzubringen. Wir brauchen eine Obergrenze für Mandate: 500 Abgeordnete sind genug!“

Banking, wann, wo, wie Sie wollen.



Über 80 digitale Services und unsere persönliche Beratung in Ihrer Filiale vor Ort.

Jeder Mensch hat etwas, das ihn antreibt.

Wir machen den Weg frei.

Wann Sie wollen. Wo Sie wollen. Wie Sie wollen: Wir sind auch online für Sie da. Erfahren Sie mehr über unsere digitalen Services in einer unserer Filialen oder auf bayern.vr.de

Volksbanken Raiffeisenbanken

Raus aus der Schule, rein ins Forschungsabenteuer

Wie ein phil:MINT-Projekt Naturwissenschaft und Philosophie verknüpft

Was ist Natur eigentlich? Welchen Einfluss hat der Mensch auf die Natur? Und wie sollten wir mit ihr umgehen? Anlass, über Umwelt und Natur nachzudenken, gibt es genug: Der stets voranschreitende Klimawandel beeinflusst die Zukunft der nächsten Generationen maßgeblich. ScienceLab e.V. erkannte die Begeisterung von Kindern für naturwissenschaftliche Phänomene und schuf mit „Natur-Welt bewegen!“ ein Format, in dem Kinder zu jungen Entdeckerinnen und Entdeckern werden und zugleich zum Nachdenken kommen.

Das bayernweite Projekt unter der Förderung der Bayerischen Sparkassenstiftung ist zugleich Teil der phil:MINT-Initiative. Diese widmet sich der Verknüpfung mehrerer Disziplinen in der Wissensvermittlung, sprich der MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik) mit der Philosophie – denn das eine kann ohne das andere nicht bestehen. So

lernen Schülerinnen und Schüler, größere Zusammenhänge zu erkennen, Neues zu verknüpfen und zugleich ihr eigenes Handeln zu reflektieren.

Spiel- und Fragerunden

Um viel Raum zum Entdecken zu bieten, finden die Projekttafeln an außerschulischen Lernorten statt. Dort dürfen die Schul-

kinder der 5. und 6. Klasse viel forschen, fragen und philosophieren. Durch komplexe Spiel- und Fragerunden, konzipiert vom Projektpartner „Abenteuer Philosophieren“, wird das gemeinsame Fragen und Diskutieren zum Erlebnis. Im vergangenen Schuljahr konnten bereits fünf Klassen aus Realschulen und Gymnasien bei „Natur-Welt bewegen!“ mitmachen – mit durchwegs positiver Resonanz. Die Schülerinnen und Schüler hatten viel Spaß an dem außergewöhnlichen Lernformat und die begleitenden Lehrkräfte waren beeindruckt, wie reflektiert und offen die Kinder zu den philosophischen Diskursen beitrugen.

Wie genau das Konzept funktioniert, wurde bei einer Pressekonferenz im Museum Mensch und Natur vorgestellt. Eine Schulklasse des Dante-Gymnasiums experimentierte an Forscherstationen und philosophierte anschließend über das Gelernte!

ScienceLab e.V.

Der ScienceLab e.V. ist eine gemeinnützige Bildungseinrichtung, die institutionell, wirtschaftlich und fachlich unabhängig arbeitet. Das Ziel von ScienceLab ist es, Kindern über deren Fragen naturwissenschaftliche Phänomene und Zusammenhänge näherzubringen. Gleichzeitig sollen sie positive Lernerfahrungen machen, Selbstvertrauen aufbauen und das Lernen lernen, um bereits frühzeitig den Grundstein für eine erfolgreiche Bildungskarriere zu legen.

Mit dem neuen GenerationenDepot Invest:

Das Familienvermögen sichern

Für ihr angespartes Vermögen oder verfügbares Kapital suchen vor allem ältere Menschen oft nach einer passenden Anlageform: Die Gelder - zum Beispiel aus einer Erbschaft oder fälligen Lebensversicherung - sollen sicher und steueroptimiert angelegt und für die Nachkommen erhalten werden. Wichtig ist außerdem, bei Bedarf rasch darauf zugreifen zu können. Alle diese Bedürfnisse bedient der Konzern Versicherungskammer seit Jahresbeginn mit seinem Produkt GenerationenDepot Invest.

Die fondsgebundene kapitalbildende Lebensversicherung auf den Todesfall gegen Einmalbeitrag wird von den drei Lebensversicherern im Konzern - Bayern-Versicherung, Öffentliche Lebensversicherung Berlin Brandenburg und SAARLAND Lebensversicherung - angeboten.

GenerationenDepot Invest kann bis zu einem Alter von 80 Jahren abgeschlossen werden und ist eine Vorsorgeform, in die einmalig ein Betrag von bis zu 1 Million Euro eingezahlt und lebenslang angelegt wird. Kunden können den Betrag aufstocken oder bei Bedarf Geld entnehmen. Die Erträge während der Laufzeit sind steuerfrei, lediglich bei einer Kapitalentnahme unterliegen die anteiligen Erträge der Abgeltungsteuer.

Attraktive Ertragschancen durch bewährte Anlagekonzepte

Der Kunde kann durch die Auswahl aus unterschiedlichen Anlagekonzepten nach seinem individuellen Sicherheitsbedürfnis selbst bestimmen, wie stark er von den Chancen am Kapitalmarkt profitieren möchte. Ein Teil der Einzahlung wird im Sicherungsvermögen angelegt. Für den anderen Teil entscheidet der Kunde, ob dieser in den bewährten, renditeoptimierten Kapitalanlagen (ROKs)

Abenteuer Philosophieren

Das Geheimnis hinter „Abenteuer Philosophieren“ liegt weniger darin, die beste oder aktuellste wissenschaftliche Theorie in einem förmlichen Vortrag als Antwort zu präsentieren, sondern baut viel mehr darauf auf, ein Erlebnis zu schaffen, in dem die entsprechenden wissenschaftlichen Hintergründe spielerisch kennengelernt und aus der eigenen Erfahrung heraus hinterfragt werden. Der Lohn für diesen Fokus auf das miteinander Fragen und Diskutieren anstelle eines frontalen Behauptens und Berichtens zeigt sich in der gemeinsamen Freude am philosophischen Abenteuer – egal ob bei Jung oder Alt.

phil:MINT

Die Initiative phil:MINT vereinigt und koordiniert Projekte aus staatlichen und nicht-staatlichen Einrichtungen, um die Verknüpfung philosophischer und naturwissenschaftlicher Ansätze zu fördern und Synergiepotentiale zu schaffen. Am Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung (ISB) wurde der Arbeitskreis phil:MINT ins Leben gerufen, mit dem Ziel, die Inhalte schulgerecht aufzubereiten.

Die Bayerische Sparkassenstiftung ist Ausdruck des gesellschaftlichen Engagements der bayerischen Sparkassen und ihrer Verantwortung für das Gemeinwohl. Sie fördert eine Vielfalt gemeinnütziger Projekte mit derzeit deutlichen Schwerpunkten in den Bereichen innovative Museumspädagogik, Umweltbildung und Telemedizin. Sie engagiert sich bei Vorhaben von überregionaler bis bayernweiter Bedeutung und ergänzt damit die gemeinwohlorientierte Arbeit der 110 bayerischen Sparkassenstiftungen vor Ort.



Dr. Ingo Krüger, Geschäftsführer der Bayerischen Sparkassenstiftung, bei der Pressekonferenz im Museum Mensch und Natur. □

Stiftung der Kreissparkasse für den Landkreis München:

Ausschüttung im Jahr 2018 in Höhe von 132.000 Euro

Acht regionale Einrichtungen nehmen 47.500 Euro aus der zweiten Teilausschüttung des Jahres entgegen

Rund 47.500 Euro hatte die Stiftung der Kreissparkasse für den Landkreis München anlässlich ihrer zweiten Teilausschüttung 2018 zu vergeben. Zur offiziellen Übergabe kamen Vertreter der acht begünstigten Einrichtungen in der Münchner Hauptstelle der Kreissparkasse zusammen.

Seit Jahren steht die Stiftung vor der gleichen Herausforderung: Zum Ausschütten wäre eigentlich kaum Geld da, denn die Stiftung erwirtschaftet mit ihrem Vermögen keine nennenswerten Zinserträge. Stiftungsvorstand Landrat Christoph Göbel weiß jedoch, dass er sich auf die Kreissparkasse verlassen kann. Dank kräftiger finanzieller Unterstützung konnte wieder acht Einrichtungen die Realisierung ihrer Projekte ermöglicht werden.

Größter Einzelbetrag für die Stockschützen

Der mit 13.000 Euro größte Einzelbetrag ging an den EC Planegg-Geisenbrunn e.V. Mit der Fördersumme werden zwei Pflasterstockbahnen neu überdacht. So können die Stockschützen ihren traditionsreichen Sport künftig wetterunabhängig ausüben.

Der AWO Kreisverband München-Land e. V. freute sich über 10.000 Euro für die Anschaffung eines Dienstwagens für die Obdachlosenberatung.

Ihre Zuwendung über 6.000 Euro investiert die BRK Kreiswasserwacht München in den Erwerb zweier Drohnen samt

Zubehör und legt damit den Grundstein für den Aufbau einer Drohnengruppe für Katastropheneinsätze.

Die Leonhard gemeinnützige GmbH aus Gräfelfing kann mit 5.487 Euro drei Studienplätze in ihrem Kurs für Unternehmer für Gefangene finanzieren.

Die Evangelische Kirchengemeinde Zum guten Hirten in Oberhaching erhält 4.000 Euro für den neu gegründeten Posanenchor.

Weitere Zuwendungen in Höhe von insgesamt 9.000 Euro gingen an das Lions Hilfswerk Schleissheim e. V., die Solidaris gGmbH und den Förderverein des Seniorenheims Unterschleißheims Freude im Alter e.V.

Die Stiftung für den Landkreis München ist die größte von insgesamt vier Stiftungen der Kreissparkasse. Gemeinsam mit der Kreissparkasse selbst beträgt das Engagement für gemeinnützige Projekte und Maßnahmen in den Landkreisen München, Starnberg und Ebersberg rund 1,3 Mio. Euro jährlich. Neben den öffentlichen Haushalten stellt dieses Engagement eine der wichtigsten Fördermöglichkeiten für die Einrichtungen unserer Region dar. □

Auf die Plätze, fertig, Haus!

Jeder vierte Mieter in Deutschland möchte laut TNS Trendindikator 2018 in den nächsten zehn Jahren in seiner eigenen Immobilie wohnen. Wer einen Neubau plant, hat die Wahl zwischen einem Haus vom Bauträger, einem vom Architekten geplanten Zuhause oder einem Fertighaus. Jede Bauart hat ihre Vorzüge – welche passt, ist eine individuelle Entscheidung.

„Ob das neue Heim gemeinsam mit einem Architekten entwickelt oder lieber schlüsselfertig übergeben werden soll, entscheiden neben Faktoren wie Zeit und finanzielle Mittel auch die persönlichen Vorstellungen“, erklärt Albrecht Luz von der LBS. Die Bauformen unterscheiden sich zum einen in der Planungs- und Bauzeit sowie den Einflussmöglichkeiten des Käufers.

Beim sog. Eigenbau gestaltet ein Architekt das Traumhaus individuell nach den Vorstellungen des Bauherren und steht während der gesamten Bauphase beratend und koordinierend zur Seite. Dabei gilt: Je umfassender die Betreuung, desto länger dauert der Bau. Ein Bauträger hingegen verkauft das Haus mit Grundstück schlüsselfertig und verantwortet das gesamte Bauvorhaben. Das bedeutet allerdings, dass der Käufer nicht Bauherr ist und weniger Einfluss auf Kosten und Gestaltung seines neuen Zuhauses hat.

Käufer, die sich für ein Fertighaus entscheiden, haben den

Vorteil, dass sie ihr zukünftiges Eigenheim vorab in Musterhaus-siedlungen besichtigen können und so einen Eindruck von der Gestaltung erhalten. Da die vorgefertigten Einzelteile für das Haus auf der Baustelle nur noch zusammengesetzt werden, ist die Rohbauphase zudem deutlich kürzer als bei der Bauweise Stein auf Stein. „Beim Vertragsabschluss sollten Bauherren die Baubeschreibung genau lesen“, rät Albrecht Luz. „Verkaufen Anbieter das Haus beispielsweise ‚ab Bodenplatte‘, fallen Zusatzkosten für das Einrichten der Baustelle, den Bau der Bodenplatte oder eines Kellers an.“

„Egal, wie das Haus letztlich gebaut wird, die Finanzierung muss auf einem soliden Fundament stehen“, so der Experte. Neben ausreichend Eigenkapital und einem klassischen Annuitätendarlehen, zählt dazu auch ein Bausparvertrag. Damit können Bausparer Eigenkapital aufbauen und erwerben gleichzeitig den Anspruch auf ein zinsicheres Darlehen. □



Georg Distler. □

wieder im Geschäftsgebiet reinvestiert. Frei nach dem Motto: Aus der Region – für die Region. Wir leiten dadurch weitere Finanzmittel in Infrastrukturprojekte und Erneuerbare Energien.

Öffentlich-Private Partnerschaften

Beispiele für konkrete Investitionen und Finanzierungen sind sogenannte Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP-Projekte) für z. B. Finanzierungen von Autobahnen und Schienenprojekten beteiligen wir uns überwiegend innerhalb eines Bieterkonsortiums. Seit Anfang 2018 erhielten wir so für vier Projekte mit insgesamt mehreren hundert Millionen Euro den Zuschlag. Eines dieser Projekte, eine Autobahnfinanzierung, konnten wir zusammen mit zwei Partnern aus dem Sparkassenverbund sowie der Europäischen Investitionsbank (EIB) gewinnen. Aufgrund der Größe der Versicherungskammer und des aufgebauten Know-hows

sind wir inzwischen in der Lage, vielfältige komplexe und große Projekte zu übernehmen und gemeinsam mit anderen Großanlegern zu finanzieren.

Das gesamte Investitionsvolumen in Infrastruktur und Erneuerbare Energien liegt für die Versicherungskammer inzwischen deutlich über einer Milliarde Euro. Für dieses Jahr haben wir etwa eine weitere Milliarde Euro in der Pipeline. Hinzu kommen weitere aussichtsreiche Investments in Infrastruktur und Erneuerbare Energien. Insbesondere in Bayern stehen immer wieder Ausschreibungen von Schienen- und Autobahnprojekten bereit, an denen wir uns gerne beteiligen. Als nächste sehr große Ausschreibung steht die Finanzierung der A3 an: Sechsstreifiger Ausbau ÖPP-Projekt Autobahnkreuz Biebelried bis Autobahnkreuz Fürth/Erlangen. Daran wollen wir uns beteiligen.

Perfekter Partner für Finanzierungen der öffentlichen Daseinsvorsorge

Ein großer werdendes Standbein für die Versicherungskammer sind weitere Investitionen in soziale Infrastruktur. Das sind z. B. Pflegeheime und Kindertagesstätten, aber auch Wasserver- und -entsorgung oder andere kommunale Wirtschaftsbetriebe von Städten und Kommunen, die Aufgaben der Grundversorgung der Bürger übernehmen. Als öffentlich-rechtliches Unternehmen mit regionaler Verantwortung liegt uns seit jeher die soziale Infrastruktur sehr am Herzen. So sind wir der perfekte Partner für Finanzierungen der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Unsere Eigentümer, die Sparkassen, stehen mit den Bürgermeistern in engem Kontakt. Weil Banken aufgrund der Regelungen nach Basel III etc. langfristige Finanzierungen nicht mehr in ausreichendem Umfang vergeben können, konnten wir, neben unserer Rolle als größter Kommunalversicherer, die Zahl der Finanzierungen für kommunale Wohnungsbaugesellschaften in den vergangenen Monaten deutlich steigern. □

Konzern Versicherungskammer:

Nachhaltig positive Entwicklung

Beitragsplus von insgesamt 2,4 Prozent
Geschäftsmodell als Versicherer der Regionen weiter entwickelt

Der Konzern Versicherungskammer blickt auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2018 zurück. Nach den vorläufigen Geschäftszahlen liegt das Beitragsvolumen im gesamten Versicherungsgeschäft bei 8,30 Mrd. Euro, im selbstabgeschlossenen Geschäft bei 8,22 Mrd. Euro; das entspricht einer Steigerung von jeweils 2,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr. „Mit innovativen Lösungen und marktgerechten Produkten haben wir uns in einem anspruchsvollen Markt sehr gut positioniert“, machte Dr. Frank Walthes, Vorsitzender des Vorstands des Konzerns Versicherungskammer, deutlich.

Der verwaltete Kapitalanlagenbestand des Konzerns Versicherungskammer (inkl. Drittgeschäft) wächst um rund 3 Prozent und liegt erstmals über 60 Mrd. Euro.

Schaden- und Unfallversicherung

In der Schaden- und Unfallversicherung konnte der Konzern Versicherungskammer die Beiträge um 3,4 Prozent auf 2,69 Mrd. Euro steigern. Die Kompositversicherer des Konzerns wachsen sowohl im Privat- als auch im Firmenkundengeschäft. Insbesondere in der Wohngebäude- und Haftpflichtversicherung wurde ein Zuwachs erzielt. „Unsere Leistungsfähigkeit und unsere Verlässlichkeit konnten wir angesichts einer Vielzahl

von Schäden unter Beweis stellen“, so Walthes. Allein für die Schäden der fünf Unwetter Burglind, Friederike, Wilma, Yvonne und Fabienne zahlte die Versicherungskammer fast 100 Mio. Euro an ihre Versicherungsnehmer aus.

Krankenversicherung

Die Krankenversicherer der Sparkassen-Finanzgruppe, die Bayerische Beamtenkrankenkasse und die Union Krankenversicherung, steigern die Beiträge um 2,4 Prozent auf 2,47 Mrd. Euro. Besonders gut hat sich das Geschäft in der Zusatzvorsorge zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung im privaten und betrieblichen Bereich entwickelt. Im Bereich der Pflege- und Krankenzusatzver-

sicherung belegen die beiden Krankenversicherer eine führende Position. Mit insgesamt über drei Millionen Versicherten bilden sie die drittgrößte private Krankenversicherungsgruppe in Deutschland.

Mit dem digitalen Gesundheitsportal MEINE GESUNDHEIT steht den privat krankenversicherten Kunden eine interaktive Plattform zur Verfügung. Diese bietet den Kunden eine digitale Patientenakte, ein elektronisches Rechnungsmanagement und umfangreiche Gesundheitsdienstleistungen, wie etwa Medikationsplan oder Arztsuche. „Wir sind Gesundheitspartner und Lotse unserer Kunden und bauen unsere digitalen Gesundheitservices weiter aus“, stellte Walthes fest.

Lebensversicherung

Die Lebensversicherer der Versicherungskammer steigern ihre Beitragseinnahmen um 1,7 Prozent auf 3,07 Mrd. Euro. Damit zeigt sich, dass gerade in Zeiten hoher Volatilität an den Kapitalmärkten, die Kunden der Lebensversicherung besonders vertrauen. Walthes: „Der Anteil

solvenzschonender Produkte am Neugeschäft liegt bei über 80 Prozent.“ Besonders erfreulich habe sich zudem die Mitte Mai neu eingeführte Risiko-Lebensversicherung entwickelt, die mit nur wenigen Gesundheitsfragen einfach und schnell abgeschlossen werden kann.

Erstmals wurde das gesamte Neugeschäft aller drei Risikoträger (Bayern Versicherung, Saarländische Lebensversicherung, Öffentliche Leben Berlin) im Konzern Versicherungskammer über eine einheitliche Produkt- und IT-Plattform bearbeitet und gesteuert.

Betriebliche Altersvorsorge weiter intensiviert

Des Weiteren hat der Konzern Versicherungskammer das Geschäft mit der betrieblichen Altersvorsorge konzernweit gebündelt und weiter intensiviert. Das seit Jahresbeginn 2018 angebotene Arbeitgeberportal wird bereits von 500 Unternehmen genutzt.

Zu der guten Gesamtentwicklung trugen alle Vertriebswege bei. Aufgrund des Multikanalvertriebs konnten sämtliche Zielgruppen über alle Geschäftsfelder erfolgreich und nachhaltig angesprochen werden.

Digitalisierung und Innovation

Im Bereich der Digitalisierung und Innovation arbeitet die Versicherungskammer überaus erfolgreich in unterschiedlichen Initiativen und richtet ihre Produkte, Vertriebswege und Prozesse fortlaufend auf die Bedürfnisse ihrer Kunden aus. „Die Zufriedenheit unserer Kunden haben wir als strategisches Kon-

Sehr gut für die Kommunen:

EuGH sieht § 6 a Grunderwerbsteuergesetz als EU-beihilfekonform an

Noch kurz vor Weihnachten entschied der EuGH, dass Umwandlungen im Konzern zulässigerweise nicht der Grunderwerbsteuer unterliegen. In dieser Steuerbefreiung ist also keine staatliche Beihilfe zu sehen, erklärt Rechtsanwalt Dr. Stefan Detig, DETIG: RSW.

Relevant ist dies auch für Gründungen von kommunalen Gesellschaften, wenn Grundstücke eines BgA (z.B. Wasserversorgung, Klinik, Bürgerhaus) von der Kommune auf das Unternehmen (z.B. Kommunalunternehmen, GmbH) übergehen. „Wir setzten uns bereits im August 2010 dafür ein, dass Kommunen nicht schlechter gestellt werden dürfen als private Unternehmen. Dem folgte die Finanzverwaltung bereits im Dezember 2010“, so Stefan Detig.

Die zwischenzeitlich bestehende Unsicherheit im Hinblick auf das EU-Beihilferecht ist nun Vergangenheit. Kommunale Umwandlungen haben daher grundsätzlich keine Grunderwerbsteuer mehr zu befürchten. □

zernziel verankert und sehen unseren Erfolg bereits in den jährlich erhobenen Werten“, unterstrich Walthes. Die Versicherungskammer setzt dafür Data Analytics ein, testet neue Geschäftsmodelle und arbeitet mit Startups eng zusammen. Darüber hinaus stellt sie ihre Data-Analytics-Fähigkeiten den öffentlichen Versicherern und Sparkassen in einem Dienstleistungsmodell zur Verfügung.

Geschäftsmodell als Versicherer der Regionen weiter entwickelt

Mit Wirkung zum 31. Juli 2018 hat der Konzern Versicherungskammer die SAARLAND Lebensversicherung AG und die SAARLAND Feuerversicherung AG vollständig übernom-

men. Die bislang an den Gesellschaften beteiligte Sparkassenorganisation Saar erhielt im Gegenzug Anteile an der Versicherungskammer Bayern, Anstalt des öffentlichen Rechts. Unter dem Dach der Versicherungskammer betreuen die SAARLAND-Versicherungen weiterhin von Saarbrücken aus die saarländischen Privat- und Gewerbekunden und stärken ihre Rolle als Versicherer in der Region Saarland.

„Wir verfügen über ein erfolgreiches funktionales Betriebsmodell, das es uns ermöglicht, Konzernstrukturen weiter zu vereinheitlichen sowie Kompetenzen und Fähigkeiten stets für den gesamten Konzern zu nutzen“, betonte Walthes abschließend. □

Sparkasse Eichendorf nach Umbau wieder eröffnet

Nach knapp dreimonatigen umfangreichen Umbaumaßnahmen ist die Eichendorfer Sparkassenfiliale offiziell eingeweiht worden. Rund 500.000 Euro hat das Geldinstitut in die Modernisierung des Hauses gesteckt. „Eichendorf ist ein Standort mit Tradition, aber auch mit Zukunft“, sagte Sparkassen-Vorstandsvorsitzende Walter Strohmaier in seiner Ansprache.

Zur Einweihungsfeier in der Sparkassenfiliale trafen sich zahlreiche Ehrengäste sowie am Bau beteiligte Firmen. Sparkassen-Vorstandsvorsitzende Walter Strohmaier begrüßte namentlich Pfarrer Adi Ortmeier, Landrat Heinrich Trapp, Bürgermeister Max Schadenfroh, den Vertreter der Schule Rektor Helmut Lallinger und vom Kinderland Arche Noah Leiterin Anita Stömmmer, den stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden Dr. Martin Kreuzer, den Geschäftsstellenleiter Thomas Marek und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sparkassenfiliale Eichendorf sowie Vorstandskollegen.

Klares Bekenntnis zur Region

Strohmaier betonte, dass Eichendorf ein sichtbarer Beweis ist, was Sparkasse eigentlich ist: Ein klares Bekenntnis zur Region, zur Heimat, zu den Menschen auch im ländlichen Raum. 2021 gibt es die Sparkasse in Eichendorf seit 100 Jahren: „Dies zeigt auf, welche Standhaftigkeit und welche Bedeutung diese Geschäftsstelle in Eichendorf hat“, sagte Strohmaier. „In den vergangenen zehn Jahren seit der Fusion wurden knapp 10 Millionen Euro in die Optimierung der Geschäftsstellenstruktur sowie in die Geschäftsstellen-Infrastruktur investiert und damit wurde ein ganz klares Bekenntnis abgegeben: Ja, wir wollen auch künftig in der Fläche präsent und erreichbar bleiben.“

Strohmaier dankte allen an den Umbaumaßnahmen beteiligten Firmen und freute sich sehr, dass man hier die heimische Wirtschaft im Geschäftsgebiet berücksichtigen konnte. Dies sei eine gelebte Partnerschaft, die man über Jahr-

zehnte pflegt, so der Vorstand. Pfarrer Adi Ortmeier erbat anschließend in einer festlichen Feierstunde Gottes Segen für die Geschäftsräume und allen Menschen, die dort arbeiten oder als Kunden ein und aus gehen, und weihte die neuen Räumlichkeiten ein. Der Geistliche segnete noch ein Kreuz für den Geschäftsraum.

Die Sparkasse als Direktbank

Als nächster Redner sprach der stellvertretende Vorstandsvorsitzende Martin Kreuzer, der auf das Thema Digitalisierung näher einging. „Sind Banken heute überhaupt noch notwendig – angesichts der vielen Internetbanken? Warum investiert die Sparkasse so viel Geld in ihre Banken?, fragte Kreuzer. Die Sparkasse sei eine Direktbank und um dies zu verdeutlichen, bat er alle Sparkassenmitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Filiale nach vorne: „Allesamt Direktbanker, sie sind jeden Tag für die Kunden da und können Probleme vor Ort lösen, was in der virtuellen Welt, also auf Distanz, nicht so einfach möglich ist.“

Zentrale Funktion der Marktgemeinde gestärkt

Direktbanker haben das Vertrauen der Kunden, betonte Kreuzer. Er sprach auch den Datenschutz an und betonte, bei der Sparkasse geht man mit der Zeit, der Kunde kann sich darauf verlassen, dass bei allen Kommunikationsmöglichkeiten der Schutz persönlichen Daten und der sorgfältige Umgang mit vertraulichen Informationen eine Selbstverständlichkeit ist.

Landrat Heinrich Trapp beton-

te in seiner Funktion als Verwaltungsratsvorsitzender der Sparkasse, die Sparkasse in Eichendorf sei stark und gut gewachsen und stärke auch die zentrale Funktion der Marktgemeinde Eichendorf. Gerade dem ländlichen Raum tue so eine Regionalbank gut, betonte Landrat Trapp. Bei ihrer Investition in Eichendorf sei die Sparkasse auf einem richtigen Weg und setze Signale.

Neue Perspektiven

Bürgermeister Max Schadenfroh begann seine Ansprache mit einem Zitat: „Geh mit der Zeit oder du gehst mit der Zeit.“ Dieses Sprichwort hat sich die Sparkasse schon immer zu Herzen genommen, so auch mit dieser Umbaumaßnahme und hat neue Perspektiven geschaffen. „Die Sparkasse ist für Eichendorf ein echter Gewinn, die Bank wird als Vermögensverwalter und Kreditvergeber gebraucht und den Mitarbeitern wird Vertrauen entgegen gebracht. Sie tragen ganz maßgeblich dazu bei, unsere Wirtschaft am Laufen zu halten“, hob Schadenfroh hervor.

Alle Redner wünschten der Sparkassenfiliale Eichendorf und allen Mitarbeitern mit Geschäftsstellenleiter Thomas Marek weiterhin alles Gute, viel Erfolg und zufriedene Kunden.

Dank an alle Beteiligten

Als letzter Redner sprach Geschäftsstellenleiter Thomas Marek zu den Anwesenden. Er dankte dem Sparkassenvorstand für die Investition in die Filiale Eichendorf. Ein Dank galt auch allen am Bau beteiligten Firmen. Allen Kunden galt ein herzliches Dankeschön für die Geduld und ihr Verständnis, das sie während der Bauphase mitbrachten. Einen Dank sprach der Geschäftsstellenleiter auch seinem Team aus für die „Meisterungen“, die es während der Umbaumaßnahme zu bewältigen galt. □



Klarheit ist einfach.



Wenn man kompetente Finanzpartner in der Nähe hat. Zu Ihren finanziellen Zielen und Wünschen beraten wir Sie ausführlich.

Schauen Sie bei uns vorbei.

Bayerischer Bankentag in München:

Brexit und Bildung

Die Auswirkungen des Brexit auf die globale Finanzwelt boten reichlich Stoff für den Bayerischen Bankentag in München. Darüber hinaus wurden die besten Absolventen des privaten Bankwerbes in Bayern geehrt.

„Wir können uns den aus dem Brexit resultierenden Unsicherheiten und notwendigen Veränderungen, insbesondere in der Finanzwelt, nicht verschließen. Alle Beteiligten, vor allem Banken und Regulierer, sollten diesen vielmehr aktiv begegnen. Abwarten und auf das Beste hoffen, ist in der gegenwärtigen, von Unsicherheit geprägten Situation, nicht die richtige Strategie. Oder anders ausgedrückt: „Manche planen, um nicht zu versagen. Andere versagen, weil sie nicht planen“, betonte Burkhard Balz, Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank.

Grenzüberschreitendes Geschäft neu ordnen

Im Vereinigten Königreich und in der EU niedergelassene Kreditinstitute müssen aufgrund des Brexit und den damit verbundenen regulatorischen Veränderungen ihr grenzüberschreitendes Geschäft neu ordnen. Nur so werden sie es gegebenenfalls in etwas geänderter Form fortführen können. Bisher konnten in der EU niedergelassene Kreditinstitute dank des europäischen Passes für Finanzdienstleistungen ihr EU-weites Geschäft auch aus dem Vereinigten Königreich heraus steuern. Das dürfte zukünftig nicht mehr möglich sein.

Verlagerung in die EU

Kreditinstitute mit grenzüberschreitendem Geschäft werden eine Verlagerung in die EU beziehungsweise die Erweiterung bereits bestehender EU-Standorte nicht vermeiden können, wenn sie ihre Geschäftstätigkeit in der EU fortsetzen möchten. Gleiches gilt höchstwahrscheinlich auch in der umgekehrten Richtung. Dies sollte die gegenwärtige Arbeitshypothese aller betroffenen Kreditinstitute sein.

Fundamentale Änderungen

Wir sollten uns nicht der Illusion hingeben, dass es schon irgendwie weitergehen wird. Ganz im Gegenteil: Der Brexit wird zu fundamentalen Änderungen in der globalen Finanzwelt führen. Die Frage ist meines Erachtens letztlich nur, wie schnell dies geschehen wird“.

stellte Balz fest, ehe er mit Dr. Michael Diederich, Präsident des Bayerischen Bankenverbandes und Sprecher des Vorstands der UniCredit Bank, sowie Professor Gabriel Felbermayr, Leiter des ifo-Zentrums für Außenwirtschaft, eine angeregte Diskussion führte.

Ehrung der Jahrgangsbesten

Der Bayerische Bankentag bot überdies den geeigneten Rahmen, um abschließend die besten Absolventinnen und Absolventen verschiedener Ausbildungs- und Studiengänge auszuzeichnen. Mit den Auszeichnungen unterstreicht der Bayerische Bankenverband die Bedeutung der bankfachlichen Aus- und Weiterbildung im Privaten Bankgewerbe.

Geehrt wurden die Jahrgangsbesten der Ausbildung zum Bankkaufmann sowie der Studiengänge Bankfachwirt, Bankbetriebswirt und Management der Frankfurt School of Finance & Management.

Wie Michael Diederich unterstrich, „haben die Absolventinnen und Absolventen mit dem Abschluss der Bankausbildung und der berufsbegleitenden Stu-

diengänge der Frankfurt School of Finance & Management einen Abschluss erworben, der in der deutschen Bankindustrie hohe Anerkennung genießt. Wir beglückwünschen sie dazu recht herzlich und wünschen ihnen für den weiteren Berufsweg viel Erfolg und alles Gute.“

Die Preisträger

Die Preisträger des Jahres 2018 sind Michael Hofrichter (bester Absolvent des Bankfachwirstudiengangs der Frankfurt School of Finance & Management), Marius Rückel (bester Absolvent des Bankbetriebswirt-Studiengangs der Frankfurt School of Finance & Management), Jürgen Barth (bester Absolvent des Diplom Bankbetriebswirt-Studiengangs der Frankfurt School of Finance & Management), sowie Sarah Behr (beste Absolventin der Ausbildung zum Bankkauffrau im Bezirk der IHK für München und Oberbayern).

Klaus Beinke, Direktor und Vizepräsident Professional & Executive Education der Frankfurt School, freute sich mit den Absolventinnen und Absolventen: „Durch die Auszeichnung motiviert der Bayerische Bankenverband junge Talente, weiterhin in Bildung zu investieren und somit den Grundstein für ihre Karriere zu legen.“

DK

Überhöhte Interbankenentgelte

EU-Kommission verhängt gegen Mastercard Bußgeld von 570 Millionen Euro

Die Europäische Kommission hat gegen den Kreditkartenanbieter Mastercard wegen Beschränkungen des grenzüberschreitenden Wettbewerbs eine Geldbuße von 570 Millionen Euro verhängt. Mastercard habe Händler daran gehindert, bessere Interbankenentgelt-Konditionen von Banken in anderen Mitgliedstaaten in Anspruch zu nehmen.

Nutzt ein Verbraucher zum Beispiel in einem Geschäft eine Debit- oder Kreditkarte, zahlt die Händlerbank („Acquirer“) der Bank des Karteninhabers („Issuer“) ein „Interbankenentgelt“. Der Acquirer wälzt dieses Entgelt auf den Einzelhändler ab, der es wie andere Kosten in den Endpreis einfließen lässt, den alle Verbraucher – auch die, die keine Karten verwenden – zahlen müssen.

Acquirer mussten Interbankenentgelte im Land des Einzelhändlers anwenden. Laut Kommission sahen die Regelungen

von Mastercard vor, dass die Acquirer die Interbankenentgelte des Landes anwenden mussten, in dem der Einzelhändler ansässig war. Vor der Einführung von Entgeltobergrenzen durch die Interbankenentgelt-Verordnung hätten sich die Interbankenentgelte im EWR von Land zu Land erheblich unterschieden. Aufgrund der Regelungen von MasterCard hätten Händler in Ländern mit hohen Interbankenentgelten nicht von niedrigeren Entgelten profitieren können, die von Acquirern in anderen Mitgliedstaaten berechnet worden seien.

Einzelhändler an Wahrnehmung günstiger Angebote gehindert

Ihre Untersuchung habe ergeben, dass Einzelhändler aufgrund der Regelungen von Mastercard für das grenzüberschreitende Acquiring mehr für die Kartenzahlungsdienste von Banken zahlten, als wenn sie günstigere Angebote hätten wählen können, so die Kommission. Die Regelungen hätten zu höheren Preisen für Einzelhändler und Verbraucher geführt sowie zu einer künstlichen Segmentierung des Binnenmarkts und hätten den grenzüberschreitenden Wettbewerb eingeschränkt. Der Verstoß gegen die EU-Kartellvorschriften habe geendet, als Mastercard seine Entgelte angepasst habe.

Da Mastercard mit der Kommission zusammenarbeite, gewährte die Kommission dem Unternehmen im Gegenzug eine Ermäßigung der Geldbuße um 10%.

Quelle: Redaktion beck-aktuell, Verlag C.H.BECK

LfA-Jahresbilanz 2018:

Rekordnachfrage bei Förderkrediten

Bayerische Wirtschaft mit 2,8 Milliarden Euro gefördert
4.800 Unternehmen und Kommunen unterstützt

Die LfA Förderbank Bayern hat 2018 die höchste Nachfrage nach Förderkrediten seit ihrer Gründung erlebt. Dabei wurde die bayerische Wirtschaft mit Darlehen in Höhe von rund 2,8 Milliarden Euro unterstützt. Bei den programmgebundenen Förderkrediten stieg das Zusagevolumen um knapp 18 Prozent auf 2 Milliarden Euro. Besonders gefragt war die Förderung für Gründer und Unternehmensnachfolger. Darüber hinaus gab es eine große Nachfrage beim Angebot für Energieeffizienzmaßnahmen, das im letzten Jahr optimiert wurde, u. a. durch die Einführung von Tilgungszuschüssen in weiteren Bereichen. Von den Fördervorteilen der staatlichen Spezialbank haben über 4.800 Mittelständler und Kommunen profitiert.

Starker, dynamischer Mittelstand

„Der Mittelstand in Bayern ist stark und dynamisch wie nie zuvor. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen sowie Handwerksbetriebe leisten einen wesentlichen Beitrag zum Erfolg der bayerischen Wirtschaft. Die hohe Nachfrage nach den Förderangeboten der LfA ist daher sehr erfreulich. Nur mit Investitionen in die Wettbewerbsfähigkeit können unsere Betriebe dauerhaft so erfolgreich und schlagkräftig bleiben. Hierfür ist das passgenaue, flexible Angebot der LfA von großer Be-

deutung“, so Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger.

Dr. Otto Beierl, Vorstandsvorsitzender der LfA, ergänzt: „Das Förderjahr 2018 war für uns das erfolgreichste in unserer Geschichte – und das in einem Marktumfeld mit niedrigen Zinsen und einer hohen eigenen Finanzierungskraft von Banken und Unternehmen. Die Optimierung der Gründungs- und Nachfolgeförderung zeigt weiterhin Wirkung, insgesamt haben wir allein in diesem Bereich Darlehen in Höhe von rund 490 Millionen Euro zugesagt. Darüber hinaus konnten wir insbesondere bei der Nachfrage nach unseren Angeboten für gewerbliche Umwelt- und Energiemaßnahmen deutliche Zuwächse verzeichnen. Die im letzten Jahr ausgebauten Investitionsanreize durch Tilgungszuschüsse im Energieeffizienzbereich werden vom Mittelstand hervorragend angenommen.“

Die LfA ist seit 1951 die staatliche Spezialbank zur Förderung des Mittelstands in Bayern. Die Förderkredite werden grundsätzlich bei den Hausbanken der Unternehmen beantragt und über diese ausgereicht. Um den Wirtschaftsstandort Bayern zu stärken, unterstützt die LfA auch Infrastrukturvorhaben.

Informationen zu den Finanzierungsmöglichkeiten bietet die LfA-Förderberatung: Tel: 0800/21 24 24 0 (kostenfrei), www.lfa.de.

Finanzminister Albert Füracker:

Erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Bayern und Tschechien

Gemeinsame Absichtserklärung für die weitere Zusammenarbeit unterzeichnet
Heimatminister übergibt sieben Förderbescheide

„Ende 2019 jährt sich der Mauerfall zum 30. Mal. Auch knapp 30 Jahre danach wollen wir weiter an der Brücke zwischen West und Ost bauen. Der Grenzraum zu unserem Nachbarn Tschechien ist eine einzigartige attraktive Heimat zum Leben und Arbeiten in der Mitte Europas. Wo immer wir unsere Stärken gemeinsam nutzen, wird der Grenzraum zum Begegnungsraum. Gerade hier trägt unsere bayerische Heimatstrategie Früchte. Motor des Erfolgs ist das Bayerisch-Tschechische Entwicklungsgutachten“, stellte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker beim Regionalforum Bayern-Tschechien in Schönsee, Landkreis Schwandorf fest.

Das Bayerische Heimatministerium und das Ministerium für Regionalentwicklung der Tschechischen Republik wollen die erfolgreiche Arbeit im Nachgang zum gemeinsamen Entwicklungsgutachten ausbauen. Deshalb unterschrieben Heimatminister Füracker und die Ministe-

rien für Regionalentwicklung der Tschechischen Republik, Klára Dostálová, eine gemeinsame Absichtserklärung zur weiteren Zusammenarbeit.

Grenzübergreifende Projekte

Beim Regionalforum startete die 2. Förderrunde des Heimatministeriums mit grenzübergreifenden Projekten. Ziel ist eine noch stärkere Verbindung zwischen Bayern und Tschechien. Füracker übergab sieben bayerische Förderbescheide mit einem Gesamtvolumen von über 3 Millionen Euro an folgende Projektträger:

- Das „Sekretariat für Kultur und Tourismus“ der ARBERLAND REGIO GmbH in Regensburg vernetzt die Akteure des Tourismus im Grenzraum noch stärker und erhielt 250.000 Euro.
- Das Beratungsbüro Oberpfalz in Cham berät kleine und mittlere Unternehmen im Bereich Technologieförderprogramme, unter anderem zur Einführung eines strategischen Innovationsmanagements, und erhielt 712.000 Euro.
- Das Beratungsbüro Oberfranken in Marktredwitz widmet sich einer besseren sprachlichen Verständigung, der Fördermittelberatung und der Netzwerktätigkeit. Es wird gefördert mit 576.000 Euro.
- Das Beratungsbüro Niederbayern in Freyung betreibt Netzwerkmanagement zwischen Wirtschaft und Wissenschaft und unterstützt Firmen im Bereich Fachkräftemangel. Es wird unterstützt mit 692.000 Euro.
- Der Trägerverein Europaregion Donau-Moldau e.V. in Freyung erarbeitet Konzepte zur

Verbesserung des grenzüberschreitenden ÖPNV Niederbayern-Südböhmen-Pilsen und erhielt rund 100.000 Euro.

• Das Centrum Bavaria Bohemia e.V. in Schönsee organisiert Veranstaltungen im Rahmen der „Kulturstadt Bayern-Böhmen“ mit einem breiten bayerisch-tschechischen Kulturprogramm und einer „Woche der Nachbarn“. Es wird gefördert mit 593.000 Euro.

• Das Regionalmarketing Niederbayern-Forum e.V. in Landshut setzt seinen Beitrag zur Schaffung einer attraktiven Grenzregion mit einer Förderung von rund 121.000 Euro in verstärktem Maße fort.

Viel bewegt mit Leuchtturmprojekten

Im Jahr 2016 hatte die 1. Förderrunde im Nachgang des Entwicklungsgutachtens Bayern-Tschechien begonnen. „Die vom Heimatministerium bereits geförderten grenzüberschreitenden Leuchtturmprojekte haben schon viel bewegt“, hob Füracker hervor. Wirtschaft und Wissenschaft stärken die „Bayerisch-Tschechische Hochschulagentur“ in Regensburg und die Regionalmarketings und Beratungsbüros.

Tourismus stärken

Den Tourismus im Grenzraum unterstützen etwa das „Sekretariat für Kultur und Tourismus“ in Regensburg, das Archäo-Zentrum und das Langlauf-Zentrum in Bärnau. Sprachliche Barrieren abbauen und den Kulturaustausch fördern – diese Aufgaben hatten das „Sprach-Kompetenzzentrum“ in Freyung, das „Zentrum für Pflege- und Gesundheitsbildung“ in Bad Kötzing sowie die „Kulturregion Bayern-Böhmen 2017“ in Zwiesel und Bayerisch Eisenstein übernommen. Angebote für Jung und Alt – dafür stehen das Demografie-Kompetenzzentrum in Kronach und das „Jugendfilmfestival 2017“ in Marktredwitz.

Gesetzesänderung seit 1. Januar:

Gemeinsame Schuldner- und Insolvenzberatung

Sozialministerin Schreyer: „Wer überschuldet ist, erhält Beratung und Hilfe künftig aus einer Hand“

Für Verbraucher im Freistaat trat zum 1. Januar 2019 eine wichtige Neuregelung in Kraft: Die Schuldnerberatung und die Insolvenzberatung werden zusammengelegt. Hierzu Bayerns Sozialministerin Kerstin Schreyer: „Dies ist im Interesse der Betroffenen, die sich in einer finanziellen Notlage befinden und überschuldet sind. Sie haben künftig nur noch eine Anlaufstelle, die ihnen bei der Lösung ihrer finanziellen Probleme hilft. Sie erhalten dort nachhaltige Beratung aus einer Hand.“

Bayern hat mit 7,43 Prozent die niedrigste Schuldnerquote aller Bundesländer und steht im Vergleich zum Bundesdurchschnitt von 10,04 Prozent sehr gut da. Dennoch gibt es auch im Freistaat Menschen mit großen finanziellen Problemen. „Wenn einem die Schulden über den Kopf wachsen, kann das schnell das gesamte Leben beherrschen. Wir stellen den überschuldeten Verbrauchern deshalb ein effizientes Hilfesystem mit verbindlichen bayernweiten Qualitätsstandards zur Verfügung. Zudem bauen wir die Beratungsstrukturen aus flächendeckend und bedarfsdeckend aus“, betonte die Ministerin.

Die bereits jetzt schon für die Schuldnerberatung zuständigen Landkreise und kreisfreien Städte übernehmen künftig auch die Insolvenzberatung. Den Kommunen erstattet der Freistaat die dafür entstehenden Kosten vollständig.

Quelle: Redaktion beck-aktuell, Verlag C.H.BECK

Finanzplatz München Initiative:

Positionspapier zum nachhaltigen Finanzwesen

Die Finanzplatz München Initiative hält ein stabiles, nachhaltiges Finanz- und Versicherungswesen in Europa für unerlässlich und selbstverständlich – ebenso den Einsatz der Unternehmen der Real- und der Finanzwirtschaft für den Klimaschutz. Daher appelliert die fpmi in ihrem Positionspapier „Nachhaltiges Finanzwesen“ an die Mitglieder im Europaparlament, die Vertreter in Generaldirektionen der EU-KOM und an die Mitglieder der nationalen Regierungen im EU-Ministerrat, keine Alleingänge zu planen, die die europäischen Unternehmen bzw. ganze Industriezweige im weltweiten Wettbewerb übermäßig belasten.

Darüber hinaus bittet die fpmi darum, in der Diskussion über neue Vorschriften zu berücksichtigen, dass Nachhaltigkeitsziele Stabilitätsziele in der Finanzwirtschaft nicht konterkarieren dürfen. Von Kreditinstituten und Versicherungsunternehmen erprobte Prozesse der Risikobeurteilung dürften nicht durch die Einbeziehung von Nachhaltigkeitskriterien einseitig verändert werden. Auch seien die von der EU-KOM in den

Blick genommenen Faktoren Umwelt, Soziales und Unternehmensführung (sog. ESG-Kriterien) gemeinsam und als Ganzes zu betrachten.

Leitlinien

Die isolierte Normierung von ökologischen Aspekten unter Außerachtlassung der beiden anderen Kriterien werde der Komplexität des Wirtschaftens nicht gerecht. Eine Gesamtbe-

trachtung und Abwägung aller Aspekte inklusive weiterer Interessen, beispielsweise von Arbeitnehmern und Investoren, sei zeitgleich notwendig.

Werden diese drei Leitlinien berücksichtigt, führt dies aus Sicht der fpmi zu folgenden konkreten Anforderungen, denen europarechtliche Regeln gerecht werden sollten: Für eine adäquate Risikobetrachtung und Risiko-steuerung ist die Einführung eines allgemein anzuwendenden „Green Supporting Factors“ ungeeignet. Pauschale Diskontierungssätze für „nachhaltige Risikoaktiva“ zur Senkung der Eigenkapitalanforderungen an Banken sollten daher weder im Standard (KSA) noch im ratingbasierten Ansatz (AIRB) vorgesehen werden. Die neuen Vorschläge dürfen zudem nicht dazu führen, dass andere Finanzmarktteilnehmer, wie

Berliner Klärschlammkonferenz:

Neue Verfahren in der Diskussion

Dem Thema Phosphorrückgewinnung galt die besondere Aufmerksamkeit der zweitägigen Berliner Klärschlammkonferenz. Während am ersten Tag in einer Plenarveranstaltung politische, rechtliche und strategische Themen sowie Übersichtsvorträge zu den technischen Grundlagen im Vordergrund standen, wurden am zweiten Tag Parallelveranstaltungen durchgeführt, bei denen rechtliche Grundlagen, Anlagenkonzepte, Projekte und technische Entwicklungen detaillierter vorgestellt wurden.

Die Neuordnung der Klärschlammverwertung zwingt nach Darlegung des Berliner Rechtsanwalts Stefan Kopp-Assenmacher zum Aufbau weiterer Verbrennungskapazitäten. Betreiber bestehender Anlagen und Vorhabenträger für neue Anlagen bedürften der Rechtssicherheit für ihre Investitionen. Transparenz und Öffentlichkeitsbeteiligung seien Teilaspekte einer ordnungsgemäßen Verfahrensführung.

Für Transparenz und Öffentlichkeitsbeteiligung

Die moderne Gesellschaft verlangt laut Kopp-Assenmacher nach dem gläsernen Anlagenbetreiber. Schon geringfügige Verfahrensfehler könnten gravierende Auswirkungen haben. Es genüge nicht mehr, sich auf die Rechtsauffassung der Genehmigungsbehörde zu verlassen. Die Öffentlichkeit muss aus Sicht des Anwalts vom Beginn einer Vorhabenplanung an mitbedacht werden. Transparenz und Öffentlichkeitsbeteiligung seien wesentliche Bausteine für ein erfolgreiches Genehmigungsverfahren.

Mit dem Beispiel einer zukunftsorientierten kommunalen Abwasserreinigung wartete Betriebsleiter Erwin Schäfer vom Zweckverband Klärwerk Steinhäule in Neu-Ulm auf. Schäfer zufolge wird durch die Einhaltung der Abwasserverordnung einschließlich ihrer Anhänge in Neu-Ulm die Vermeidung, Vorsortierung und Verwertung von Schadstoffen im Abwasser nach Herkunftsbereichen durchgeführt. Die Umsetzung dieser Vorschriften führt zu einer verursachergerechten Klärgeld und gewährleistet, dass bei der Abwasserreinigung ein schadstoffreduzierter Abwasser sowie ein schadstoffreduzierter Klärschlamm entsteht.

In der Wirbelschichtverbrennung werden die organischen Anteile des schadstoffreduzierten Klärschlammes thermisch zerstört. Die leicht flüchtigen Schwermetalle werden in der Rauchgasreinigungsanlage (Gewebefilter) abgeschieden. Die Inhaltsstoffe der Asche aus Kessel und Elektrofilter liegen al-

le unter den Anforderungen der Düngemittelverordnung.

Durch die Qualitätskontrolle der Abwasserreinigung und die Abreicherung der Inhaltsstoffe im Verbrennungsprozess liegen die Gehalte der maßgeblichen Substanzen alle unter den Anforderungen der Düngemittelverordnung (DüMV). Die Asche kann deshalb direkt als Düngemittel verwertet werden.

Geschäftsführer Bernhard Teiser vom Abwasserverband Braunschweig wies darauf hin, dass der Wasserbedarf in der Landwirtschaft durch den Klimawandel steigen wird. Die Düngegesetzgebungen machen aus seiner Sicht den Einsatz von Pflanzennährstoffen über Abwasser schwieriger. Die Zukunft der landwirtschaftlichen Klärschlammverwertung sei nach den augenblicklichen politischen Äußerungen zumindest ungewiss. Für die Zukunft werde der Einsatz von wiedergewonnenen Pflanzennährstoffen aus dem Abwasser (MAP, DAS) eine wichtige Komponente sein.

EuPhoRe-Verfahren

Siegfried Klose, Geschäftsführer der KLOSE GmbH, Andernach, informierte seinerseits über das EuPhoRe-Verfahren, ein mehrstufiges thermo-chemisches Behandlungsverfahren für Klärschlamm und andere Biomassen (Wirtschaftsdünger, Gärreste, ggf. Komposte) in Drehrohr-Reaktoren. Dabei handle es sich um die perfekte Synergie im Verbund mit Feststoffkraftwerken.

Der erste thermische Behandlungsschritt ist die Trocknung der entwässerten Schlämme, gefolgt vom Übergang in die Reduktionsphase der Pyrolyse. Die an- und abschließende Kohlenstoffverbrennung bei Temperaturen über 900 °C garantiert die Zerstörung sämtlicher organischer Schadstoffe. Gleichzeitig gewährleistet der unmittelbare Temperaturanstieg beim Übergang der Pyrolyse- zur Verbrennungsphase eine Umkristallisation der ursprünglichen Mineralsubstanz hin zu pflanzenverfügbaren Phosphaten.

Es erfolgt eine Phosphat-Rückgewinnung von über 98 %.

Die Pflanzenverfügbarkeit der Phosphate im Endprodukt ist gut. Durch den Austrag der organischen und mineralischen Schadstoffe wird die Düngemittelverordnung eingehalten. Der Klärschlamm wird in nur einem Durchgang behandelt – eine Vortrocknung oder weitere chemische oder thermo-chemische Aufschlüsse sind nicht erforderlich.

Besondere technische und ökonomische Vorteile entstehen in Kombination mit Feststoffverbrennungsanlagen (MVA, Biomasse-, Ersatzbrennstoff- oder Kohle-Kraftwerke). Durch Nutzung der sich ergebenden Synergien können Investitions- und Betriebskosten reduziert werden.

Phosphorrückgewinnung

Phosphor ist einer der wesentlichen Grundbausteine pflanzlichen und tierischen Lebens – und damit auch des Menschen. Da der Lebensbaustein immer knapper wird, intensiviert Remondis seine Aktivitäten im Bereich Phosphorrückgewinnung massiv, wie Prokurist Andreas Rak berichtete.

Mit der landwirtschaftlichen Klärschlammverwertung gehört das Unternehmen nicht nur zu den führenden „P-Recyclern“ in Europa, sondern ist auch ein wichtiger Lieferant des Fällungsmittels Alumin. Dieses wird benötigt, um in Kläranlagen Phosphate aus dem Abwasser zu eliminieren.

Mit dem seit 2013 erforschten Remondis TetraPhos-Verfahren wurde ein Weg gefunden, um im industriellen Maßstab kostengünstig ein hochwertiges Phosphat aus Aschen von Klärschlammverbrennungsanlagen zu gewinnen, nämlich Phosphorsäure. Aus 1.000 Kilogramm Asche können nicht nur bis zu 500 Kilogramm RePacid-Phosphorsäure gewonnen werden, sondern auch über 500 Kilogramm Gips für die Baustoffindustrie, aber auch Eisen- und Aluminiumsalze, die wieder als Fällungsmittel zur Abwasserreinigung in Kläranlagen recycelt werden können.

Das Verfahren ist somit eine ideale Ergänzung zu Monoverbrennungsanlagen auf Kläranlagen. In der Kombination von Verbrennung und TetraPhos kann, vor allem in Kombination mit Wirbelschichtfeuerungsanlagen, auch eine stoffliche Verwertung von Klärschlamm realisiert werden. DK

z. B. Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung, durch neue Vorgaben mit Nachhaltigkeitsbezug indirekt ebenfalls der Solvency II- statt der Solvency I-Regulierung unterliegen.

Darüber hinaus dürfe die Kundenberatung nicht überfrachtet werden. Eine Pflicht für Kreditinstitute und Vermögensberater, im Kundengespräch Nachhaltigkeitsziele abzufragen, sei nicht zielführend und wird deshalb von der fpmi abgelehnt. Ein insistentes Ausforschen von Anlegerpräferenzen dürfe nicht gesetzlich verlangt werden. Zudem führe eine undifferenzierte Erweiterung der Offenlegungspflichten zu Klimafaktoren nichtfinanzieller Unternehmen zu einer überbordenden Bürokratie, die im Rahmen des Jahresabschlusses inhaltsschwerere Passagen produziere. Solche Pflichten machten nur Sinn, wenn Nachhaltigkeitsthemen für den geschäftlichen Erfolg des Unternehmens wesentlich sind.

Weder erforderlich noch sinnvoll ist es nach Auffassung des fpmi, ESG-Kriterien zusätzlich zu schon bestehenden Vergütungsregeln für variable Gehaltskomponenten der Geschäftsleitungsmitglieder von Kreditinstituten und Versicherungsunternehmen einzuführen. Die bestehenden Vergütungsregeln seien ausreichend.

Und schließlich sei die Taxonomie mit quantifizierten Kriterien zur Bestimmung der Nachhaltigkeit von Wirtschaftstätigkeiten der Unternehmen sowie von Investitionen von so grundlegender Bedeutung, dass sie durch den europäischen Gesetzgeber definiert werden muss. Ihre Erarbeitung dürfe nicht der EU-Kommission in nachgelagerten Rechtsakten überlassen bleiben. DK

Bayern Kapital:

Erneute Beteiligung am Medizintechnik-Start-up Mecuris

Die Mecuris GmbH, ein Münchner Medizintechnik-Start-up mit Fokus auf die Digitalisierung von Prothesen und Orthesen, schließt erfolgreich eine Series-A-Finanzierungsrunde über 3,6 Mio. Euro ab. Neben den bestehenden Seed-Investoren Bayern Kapital und High-Tech Gründerfonds (HTGF) sind Vesalius Biocapital, Mulcan International Investments und eine der Top Fünf Krankenkassen in Deutschland neu mit an Bord.

Jeder Patient ist einzigartig. Ebenso komplex sind damit auch die Anforderungen, denen sich Orthopädietechniker in deren Versorgung stellen müssen – bei stetig wachsendem Kosten- und Zeitdruck. Daher finden bislang oft Orthesen oder Prothesen von der Stange Verwendung. Sie erfüllen zwar ihren Zweck, passen aber nicht ideal.

Lebensqualität steigern

Hier greift Mecuris in den Versorgungsprozess ein. Das junge Unternehmen will die Lebensqualität für Patienten erheblich steigern und gleichzeitig den Orthopädietechnikern Zeit und Geld sparen. Ziel ist es, gemeinsam mit Orthopädietechnikern und Trägern patientenspezifische Orthesen und Prothesen zu gestalten, die in ihrer Funktionalität ebenso individuell sind wie in Design, Farbe und Struktur. Dazu stellt Mecuris den Orthopädietechnikern eine einfach zu bedienende Online-Plattform zur Verfügung, die Mecuris Solution Platform, mit der sie Orthesen und Prothesen maßschneidern können. Diese werden mittels 3D-Druck gefertigt und innerhalb weniger Tage ausgeliefert. Darüber hinaus bietet das Start-up Services für Sanitätshäuser, um

orthopädische Produkte in eine digitale Prozesskette zu überführen, diese schnell an den Markt zu bringen und im Vertrieb skalierbar zu machen.

Der Ansatz, Digitalisierung für personalisierte Orthesen und Prothesen einzusetzen und zu monetarisieren, hat die neuen und bestehenden Investoren überzeugt. Für die Finanzierung der Series A konnte das Gründungsteam drei neue Investoren gewinnen: Vesalius Biocapital III SICAR, MII Mulcan International Investments GmbH und eine der fünf größten Krankenkassen in Deutschland und Europa. Letztere zielt darauf ab, die Digitalisierung für seine Partner – die Sanitätshäuser – zu erschließen. Darüber hinaus haben sich die Seed-Investoren Bayern Kapital GmbH und High-Tech Gründerfonds Management GmbH (HTGF) weiterhin für die Unternehmensziele eingesetzt.

Mecuris wird den Erlös aus der Finanzierungsrunde für die Erschließung des europäischen Marktes und zur Stärkung des Vertriebs nutzen. Darüber hinaus wird das Start-up weiterhin neue digitale Lösungen entwickeln, um das eigene Portfolio zu ergänzen und Marktlücken zu schließen, die andere Akteure bislang nicht bedienen können. □



Wer viel bewegen möchte, braucht gute Konditionen!

Die BayernLabo – Kommunalkredit- und Förderbank des Freistaats Bayern

Mit Zinsbindungen bis 30 Jahren im klassischen Kommunalkredit und zum Teil zinslosen Förderkrediten unterstützen wir bayerische Gebietskörperschaften bei der Realisierung ihrer Investitionsvorhaben (Stand 23.01.2019). Näheres erfahren Sie unter ► www.bayernlabo.de

Das Förderinstitut der BayernLB



Ministerrat beschleunigt Ausbau des Hochwasserschutzes:

Flutpolderprogramm wird im Dialog weiterentwickelt

Dezentrale Rückhaltmaßnahmen werden ausgebaut, Gewässer renaturiert

Der Ministerrat hat beschlossen, den laufenden Ausbau des Hochwasserschutzes für die bayerische Bevölkerung zu intensivieren und zu beschleunigen. Das Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz wurde beauftragt, bei der weiteren Umsetzung des Gewässeraktionsprogramms 2030 auch die dezentralen Rückhaltmaßnahmen in ganz Bayern auszubauen.

Durch Maßnahmen und Fördermöglichkeiten sollen beispielsweise 2.500 Kilometer Uferlänge an bayerischen Gewässern renaturiert werden.

Ziel ist insbesondere, den Schutz vor sogenannten Jahrhunderthochwassern also schweren Hochwassern, die statistisch einmal in hundert Jahren vorkommen, entlang der Donau schneller auszubauen, insbesondere im Abschnitt zwischen Straubing und Vilshofen. Insgesamt soll dieser sogenannte Grundschutz für weitere 150.000 Menschen in Bayern verwirklicht werden.

Das Umweltministerium wird außerdem prüfen, wie der Hochwasserschutz durch ein optimiertes Staufstufenmanagement weiter verbessert werden kann. Weiterentwickelt wird auch das Flutpolderprogramm.

Auf Grundlage eines vom Umweltministerium beauftragten Gutachtens, das in Kürze veröffentlicht werden soll, werden vertiefte Untersuchungen vor allem in Bezug auf Grundwasser durchgeführt, die neben einer Optimierung des Staufstufenmanagements auch weitere Rückhaltmöglichkeiten an den großen Zuflüssen der Donau (Isar, Naab/Regen und Inn) sowie die Wirkungen der Flutpolder östlich von Regensburg auf dem Donauabschnitt bis Passau behandeln werden. Dabei wird besonders im Fokus stehen, inwieweit Flutpolder an den Standorten Bertoldsheim, Eltheim und Wörthhof durch alternative Maßnahmen zu ersetzen sind.

Die Ergebnisse dieser Untersuchungen, ebenso wie die der laufenden Grundwasseruntersuchungen und der Bedarfsermittlung an den Standorten sollen jeweils veröffentlicht werden,

um Transparenz herzustellen und die Öffentlichkeit bestmöglich zu informieren. Ziel der Staatsregierung ist es, das Flutpolderprogramm und den Hochwasserschutz insgesamt im Dialog mit den Betroffenen weiterentwickeln, um die Menschen in Bayern möglichst wirksam vor Hochwasser zu schützen und das Hochwasserrisiko zu minimieren. Die Staatsregierung wird daher auch erst nach Vorliegen der Ergebnisse vertiefter Untersuchungen über die genaue Ausgestaltung des Flutpolderprogramms bezüglich der drei Standorte entscheiden und bis zur Entscheidung einen intensiven Dialog zum Hochwasserschutz mit den Betroffenen führen. Bis dahin bleibt auch die vorläufige Sicherung von Standorten bestehen. □

„Umgang mit der wertvollen Ressource Wasser optimieren“

Kaniber will Agrarforschung noch stärker darauf ausrichten

Die Agrarforschung soll künftig noch stärker auf die Herausforderungen durch den Klimawandel ausgerichtet werden. Ein zentrales Aufgabenfeld ist nach den Worten von Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber der Umgang mit der wertvollen Ressource Wasser.

„Der Jahrhundertsommer in diesem Jahr hat deutlich vor Augen geführt: Extreme Trockenheit und Starkregen werden immer häufiger und stellen vor allem unsere Landwirte vor große Probleme“, sagte die Ministerin beim Tag der Forschung im Münchner Agrarministerium, der unter dem Motto „Lebensgrundlage Wasser“ stand.

Die Forschungseinrichtungen ihres Ressorts sind bereits dabei, den Land- und Forstwirten, Winzern und Gärtnern standortgerechte Lösungsvorschläge an die Hand zu geben für die großen Herausforderungen zum Thema Wasser: Intelligente Bewässerung in Trockengebieten, Schutz vor Bodenerosion und die Verbesserung der Grundwasserqualität. So arbeiten die Forscher an neuen Bewässerungsstrategien, an trockenheitsresistenten Futterpflanzen, an einer neuen App zur Verbesserung des Erosionsschutzes oder auch an optimierten Bewirtschaftungstechniken zum Schutz von Gewässern. „Wichtig ist, dass die Ergebnisse der Praxis schnell zur Verfügung stehen“, so die Ministerin.

Eine praxisorientierte Agrarforschung ist ihren Worten zufolge die Basis für neue Technologien und Innovationen und damit gerade für die kleinstrukturierte bayerische Land- und Forstwirtschaft unerlässlich. Derzeit laufen bei den „Denkfabriken“, den drei Landesanstalten für Landwirtschaft (LfL), für Gartenbau und Weinbau (LWG) sowie für Wald und Forstwirtschaft (LWF), aber auch am Technologie- und Förderzentrum in Straubing, am Kompetenzzentrum für Ernährung und am Amt für forstliche Saat und Pflanzenzucht, über 190 Forschungsprojekte. Allein dafür stellt die Ministerin insgesamt jährlich mehr als 17 Millionen Euro bereit.

Weiterführende Informationen zur Tagung: www.landwirtschaft.bayern.de, Rubrik Forschung. □

Neue Konzepte für die Abwasserentsorgung der Zukunft

Glauber: Abwasser-Innovationspreis für wegweisende kommunale Projekte

Für wegweisende Projekte wurden der Zweckverband Zentralkläranlage Ingolstadt, die Gemeinde Kalchreuth und der Abwasser-Innovationspreis des Bayerischen Umweltministeriums ausgezeichnet. Mit der Preisverleihung ist eine Zusage für eine finanzielle Förderung der Projekte in Höhe von insgesamt rund 1,6 Millionen Euro verbunden.

Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber betonte bei der Preisverleihung: „Der Schutz von Ressourcen und ein sparsamer Umgang mit Energie gehören zu den großen Herausforderungen unserer Zeit. Abwasser ist eine wertvolle Rohstoff- und Energiequelle, die es zu nutzen gilt. Mit innovativen Verfahren und zukunftsweisenden Konzepten können wir die Abwasserentsorgung weiter optimieren.“

High-Tech-Kläranlagen schützen unsere Gewässer, sparen Energie und schonen das Klima. Unser Ziel ist es, neue Technologien und Ideen von Kommunen zu fördern. Der Preis für innovative Abwasserentsorgung zeigt, welche enormen Potenziale in diesem großen Thema der Daseinsvorsorge stecken.“

Im Jahr 2018 zeichnete das Umweltministerium insgesamt drei Projekte mit dem „Abwasser-Innovationspreis“ aus. Der Zweckverband Zentralkläranlage Ingolstadt und die Gemeinde Kalchreuth teilen sich den 1. Preis.

1. Preis: Der Zweckverband Zentralkläranlage Ingolstadt plant den Umbau einer bestehenden Anlage in ein Wirbelschwebbettverfahren zur gezielten Stickstoffentfernung. Diese Anlagentechnik wurde bisher noch nirgends eingebaut und kann Vorbild für weitere Kläranlagen werden. Dafür erhält der Zweckverband Fördermittel in Höhe von 720.000 Euro.

1. Preis: Die Gemeinde Kalchreuth will das Durchlaufbettcken vergrößern und einen Retentionsbodenfilter einbauen. Das verbessert die Reinigung des ablaufenden Mischwassers und spart Platz, denn es werden keine zusätzlichen Flächen verbraucht. Das Umweltministerium unterstützt dieses Vorhaben mit 520.000 Euro.

3. Preis: Der Abwasserverband Kempfen plant das Projekt „Vom Klärwerk zum Kraftwerk“. Dahinter steckt ein innovatives Konzept zur Trocknung von Klärschlamm. Damit wird der Kraft-Wärme-Wirkungsgrad erhöht. Ziel ist es, die Kläranlage künftig energieautark zu betreiben. 360.000 Euro erhält der Zweck-

verband für diese zukunftsweisende Idee.

Der Abwasser-Innovationspreis wird seit dem Jahr 2012 verliehen. Ausgezeichnet werden herausragende Verfahren beispielsweise der weitergehenden Abwasserreinigung, der Kanalsanierung oder der Energiegewinnung aus Abwasser. Die Ergebnisse der Projekte werden anderen bayerischen Kommunen als Entscheidungsgrundlage und Planungshilfe zur Verfügung gestellt. Die Fördersummen orientieren sich prozentual an den geschätzten Investitionskosten.

Moderne Kläranlagen schützen die Gewässer und leisten einen wichtigen Beitrag zum Ressourcen- und Klimaschutz. Rund 2.600 kommunale Kläranlagen in Bayern reinigen im Jahr mehr als 1,8 Milliarden Kubikmeter Abwasser, das entspricht etwa dem Volumen des Ammersees. Der Freistaat hat die Kommunen bei dieser Aufgabe in den letzten 70 Jahren mit Fördermitteln in Höhe von rund 9 Milliarden Euro unterstützt. □



Umweltminister Thorsten Glauber traf Regensburgs Landrätin Tanja Schweiger, um sich mit den Umständen vor Ort vertraut zu machen. Die Landrätin führte den Minister zum Schöpfwerk Auburg, zur Staustufe Geisling und nach Kiefenholz. Bei Auburg ist die Donau mit 320 Metern Breite völlig überdimensioniert; an der Staustufe Geisling beträgt die Fallhöhe sieben Meter und bei Kiefenholz liegt die Autobahn 15 Meter höher. Die Problematik des gespannten Grundwassers und der heterogenen Geologie wurde dabei ebenso erörtert, wie die Vielzahl der offenen Kiesabbauflächen und der insgesamt hohe Grundwasserstand. Bild: Stefan Lex

Bayern intensiviert Einsatz gegen Mikroplastik

Maßnahmenpaket gegen unnötige Kunststoffabfälle

Der Ministerrat hat weitere Schritte gegen die Verschmutzung durch Mikroplastik beschlossen. Der Einsatz von kleinsten Plastikteilen in Kosmetika und anderen Pflegeartikeln soll gestoppt werden, um der Verschmutzung von Gewässern und der Aufnahme von Mikroplastik-Partikeln durch Fische entgegen zu wirken. Kunststoffe sollen insgesamt reduziert und durch bessere Alternativen ersetzt, unnötige Kunststoff-Abfälle vermieden werden.

Der Ministerrat gab hierzu auf Vorschlag von Umweltminister Thorsten Glauber grünes Licht für ein umfassendes Maßnahmenpaket. Es beinhaltet u.a.

- eine gemeinsame Initiative mit der Wirtschaft zur Verringerung von Kunststoffeinträgen in die Umwelt,
- eine Ausweitung der Forschung zu Mikroplastik durch Forschungsprojekte beispielsweise zum Verhalten von Mikroplastik in Gewässerorganismen,
- eine intensivierte Forschung zu abbaubaren Biokunststoffen,
- die qualitative und quantitative Weiterentwicklung des Recyclings,
- den Ausbau der Verbraucherberatung und die Unterstützung der Kommunen bei der Vermeidung von Kunststoff-Abfällen

sowie eine bayerische Initiative im Bundesrat mit dem Ziel, dass die Bundesregierung bei der Europäischen Union auf ein Verbot von Mikroplastik in Kosmetika ab 2020 hinwirkt.

Bayern hat als erstes Bundesland bereits Anfang 2014 eine Initiative gegen Mikroplastik gestartet und hierzu u.a. Forschungsprojekte zu den Auswirkungen auf die Gewässer in Bayern in Auftrag gegeben. Mit der heute beschlossenen Initiative wird der Einsatz gegen die Verschmutzung durch Mikroplastik und andere Kunststoffe deutlich intensiviert. Die Staatsregierung bringt damit ein weiteres Vorhaben des Koalitionsvertrags im Bereich der Ökologie auf den Weg. □

Glauber informiert sich im Landkreis Regensburg:

Poldergegner fühlen sich bestätigt

Regensburg (RL). Das nun veröffentlichte 85-seitige Gutachten zum Grundwassermodell bestätigt nach Überzeugung von Landrätin Tanja Schweiger die Erkenntnisse, die die Bürgerinnen und Bürger vor Ort seit Jahren wiederholen. So sei beispielsweise mit einem „massiven Grundwasseranstieg durch die geplanten Polder zu rechnen“ – trotz Binnenentwässerung.

Dies vor allem im Bereich der Autobahn und der Staatsstraße 2146. Hier wird das Wasser voraussichtlich über die Geländeoberfläche ansteigen. Dem Gutachten ist zu entnehmen, dass bei ungünstiger Parameterkonstellation ein Anstieg des Grundwasserpotenzials in bewohnten Gebieten zu erwarten ist.

Unsicherheiten werden bestehen bleiben

Die Schlussfolgerung des Berichtes: „Alle Varianten für die Flutpolder Eltheim und Wörthhof können mit entsprechenden Gegenmaßnahmen so realisiert werden, dass keine nachteiligen Einflüsse auf das Grundwasser zu erwarten sind“, mag in der Theorie möglich sein. Mit der Einschränkung der Pläne: „Trotz der guten Datenlage bleiben Unsicherheiten bestehen“, stelle sich der Bericht jedoch selbst in Frage „und bestätigt unsere berechtigten Zweifel zur praktischen Umsetzbarkeit“, so die Landrätin.

Markus Hörner sieht den Be-

richt ebenfalls kritisch: „Dass man Grundwassererhöhungen von über vier Metern in den Griff bekommen will, widerspricht unseren praktischen Erfahrungen hier vor Ort“. Und Stefan Kramer ärgert sich darüber, dass die nun vorgelegten Gutachten der Bedarfsanalyse ein bis zwei Jahre in Schubläden verschwunden seien und nun plötzlich auftauchten. Er erinnerte daran, dass bisherige Schäden durch Flusshochwasser in Bayern vor allem auf unzureichend gesicherte oder zu niedrig bemessene Dämme zurück zu führen waren. Deshalb sei die Arbeit dort nachzuholen, wo sie die letzten 30 Jahre vernachlässigt worden sei.

Landrätin Schweiger und die Interessengemeinschaft Flutpolder sind sich nach Auseinandersetzung mit dem Gutachten einig, dass sie gemeinsam weiterhin mit fundierten Argumenten gegenüber dem Umweltministerium und der Staatsregierung auf die versprochene Abwägung und die Zusage pochen, dass nichts gebaut wird, was Schaden zufügt.

Drei Landräte warnen vor Polderverzicht

In einem offenen Brief warnen hingegen die donauabwärts gegebenenfalls massiv betroffenen Landräte Christian Bernreiter (Deggendorf), Franz Meyer (Passau) und Josef Laumer (Straubing-Bogen) vor einem Verzicht auf die Polder.

Der Umweltpolizeist der SPD, Florian von Brunn, wurde in seinen Vorwürfen sehr persönlich. In einer Erklärung der SPD-Landtagsfraktion ist die Rede von Ausnahmen vom Hochwasserschutz, die „für Freie-Wähler-VIP“ gelten. Der Vorwurf lautet auf „Freie-Wähler-Spezialwirtschaft“. Von Brunn zeigte sich „entsetzt, dass die Freien Wähler derart schamlos mit zweierlei Maß messen“. Hingegen sei dort, wo keine Freie-Wähler-VIPs betroffen sind, der Hochwasserschutz unvermeidbar, heißt es in der Mitteilung. □

Klärschlamm wird großteils thermisch entsorgt

Gut 72 Prozent der Klärschlammengen wurden im Jahr 2017 thermisch entsorgt

Wie das Bayerische Landesamt für Statistik mitteilt, wurden im Jahr 2017 von den öffentlichen Abwasserbehandlungsanlagen in Bayern rund 278.200 Tonnen Trockenmasse Klärschlamm entsorgt. In die mit steigender Tendenz genutzte thermische Entsorgung gingen mit knapp 200.400 Tonnen 72,0 Prozent der Gesamtmenge, die stoffliche Verwertung ist mit rund 77.300 Tonnen bzw. einem Anteil von 27,8 Prozent weiterhin rückläufig.

Im Jahr 2017 belief sich bei den knapp 2.400 im Rahmen der amtlichen Statistik erfassten öffentlichen Abwasserbehandlungsanlagen mit biologischer Behandlungsstufe in Bayern die Gesamtmenge des angefallenen Klärschlammes auf rund 278.200 Tonnen Trockenmasse. Wie das Bayerische Landesamt für Statistik weiter mitteilt, ist dies im Vergleich zum Vorjahr ein Rückgang um 2,5 Prozent. Knapp 200.400 Tonnen Trockenmasse (72,0 Prozent) gingen in die thermische Entsorgung, darunter 85.800 Tonnen in die Monoverbrennung und rund 108.700 Tonnen in die Mitverbrennung. Rund 77.300 Tonnen Trockenmasse (27,8 Prozent) wurden stofflich verwertet, darunter knapp 28.700 Tonnen in der Landwirtschaft und gut 46.600 Tonnen im Landschaftsbau. Der Anteil der thermischen Entsorgung an allen genutzten Entsorgungswegen ist seit Beginn der jährlichen Erhebung im Jahr 2006 von 44,3 Prozent auf 72,0 Prozent angestiegen. Dagegen zeigt die stoffliche Verwertung eine kontinuierlich abnehmende Tendenz, sie verringerte sich von 55,5 Prozent der insgesamt entsorgten Klärschlammmenge im Jahr 2006 auf 27,8 Prozent im Jahr 2017.

Bei vielen Kläranlagen fällt nicht in jedem Jahr Klärschlamm zur Entsorgung an, weil die Schlammräumung auch in mehrjährigen Abständen erfolgen kann. Knapp 70 Prozent der insgesamt befragten Abwasserbehandlungsanlagen haben im Jahr 2017 eine Maßnahme zur Klärschlamm Entsorgung durchgeführt. □

Güte sichern, Werte erhalten, Zukunft gestalten:

Was leistet RAL-Gütesicherung Kanalbau?

Gerade im Zusammenhang mit Bau und Sanierung unserer Abwassernetze hat das Thema Qualität herausragende Bedeutung, da entsprechende Investitionen üblicherweise auf eine sehr lange Nutzungsdauer ausgelegt sind. Netzbetreibern ist bewusst, dass von einer fachgerechten Ausführung nicht nur die Umwelt, sondern auch Stadtkasse und Bürger profitieren – insbesondere bei mittel- bis langfristiger Betrachtung der Wirtschaftlichkeits- und Nachhaltigkeitsaspekte.

Wenn qualitätsbewusste Auftraggeber auf fachkundige und zuverlässige Planer und ausführende Unternehmen treffen, können entsprechende Maßnahmen in aller Regel in der notwendigen Qualität realisiert werden. Auftraggeber prüfen daher vor der Vergabe konsequent die Eignung der Bieter und Dienstleister besonders in

Hinblick auf die Fachkunde.

Wirkungsvolles System

Seitens der Auftragnehmer ist dieser Nachweis eindeutig durch die Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB Teil A) gefordert. Hier heißt es, dass Bauleistungen an „fachkundige, leistungsfähige

und zuverlässige Unternehmen zu vergeben“ sind und die „Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit“ zu prüfen ist. Bei dieser Aufgabe kann der Auftraggeber auf das System der RAL-Gütesicherung Kanalbau zurückgreifen. Das System ist wirkungsvoll, vergaberechtlich geprüft und minimiert den Aufwand für alle Beteiligten.

Bieterprüfung obligatorisch

In der Gütegemeinschaft Kanalbau stimmen Auftraggeber und Auftragnehmer das zugehörige Anforderungsprofil für die fachliche Eignung der ausführenden Unternehmen regelmä-

ßig gemeinsam ab. Die in Form der Güte- und Prüfbestimmungen RAL-GZ 961 definierten Anforderungen richten das Augenmerk unter anderem auf die Erfahrung und Zuverlässigkeit des Unternehmens, die Qualifikation des Personals, die Beherrschung von Technik und Geräten, den Einsatz von Nachunternehmern und die Eigenüberwachung.

Die Anforderungen werden in Abhängigkeit der eingesetzten Verfahrenstechnik in unterschiedliche Beurteilungsgruppen unterteilt (z.B. „Gruppen AK3, AK2 oder AK1“ für Kanalbau in offener Bauweise, „Gruppen S“ für grabenlose Sanierung). Auftraggeber fordern die so definierte Eignung über die Gütesicherung Kanalbau RAL-GZ 961. Auftragnehmer weisen die Erfüllung der Anforderungen über das Gütezeichen Kanalbau bzw. einen entsprechenden Prüfbericht nach.

Fast 6.000 mal pro Jahr

Unternehmen, die das Gütezeichen Kanalbau führen, werden sowohl am Firmenstandort als auch auf den Baustellen von einem Prüfer mit entsprechender einschlägiger beruflicher Erfahrung regelmäßig geprüft. In diesem Zusammenhang führen die von der Gütegemeinschaft Kanalbau beauftragten Prüferingenieure bei Gütezeicheninhabern jährlich etwa 6.000 Prüfungen vor Ort durch. Werden hierbei Mängel festgestellt, kann auf Grundlage des Prüfberichts und der Stellungnahme des Gütezeicheninhabers ein hierfür gewähltes und neutral zusammengesetztes Gremium (Güteausschuss) Ahndungen veranlassen, bis hin zum Entzug des Gütezeichens.

Transparent und vergabesicher

Auf diese Weise kann der Auftraggeber die Fachkunde der

Bieter transparent, vergaberichtssicher und unaufwändig im Rahmen der öffentlichen Auftragsvergabe prüfen. Bei konsequenter Anwendung der RAL-Gütesicherung wird sichergestellt, dass die künftigen Vertragspartner den mit der Maßnahme verbundenen technischen Anforderungen gerecht werden. Fachkundige Unternehmen führen in Verbindung mit einer ebenso fachkundigen und vom Umfang angemessenen Bauüberwachung zum Werk-erfolg.

Eigenüberwachung

In diesem Zusammenhang ist ein weiterer Aspekt der Gütesicherung erwähnenswert: Ausführende Unternehmen mit Gütezeichen Kanalbau führen bei ihren Maßnahmen eine Eigenüberwachung durch und bei Fragen des Auftraggebers bzw. Ingenieurbüros im Rahmen der Bauüberwachung können sich diese auch an den zuständigen Prüferingenieur des Güteschutz Kanalbau wenden.

Geprüfter Mustertext vorhanden

Vor diesem Hintergrund genießt das System Gütesicherung Kanalbau heute Vertrauen bei bundesweit mehr als 3.000 Vergabestellen. Diese machen das Anforderungs-niveau RAL-GZ 961 bei ihren Vergaben zur Voraussetzung und prüfen die Erfüllung der Anforderungen z. B. über das Gütezeichen Kanalbau.

Ein Mustertext zur Forderung der RAL-Gütesicherung Kanalbau steht auf www.kanalbau.com unter Auftragsvergabe/Vergabebedingung/Anwendungshilfen zum Herunterladen bereit. Er wird von Auftraggebern seit vielen Jahren überwiegend in der angebotenen Form als Eignungsanforderung im Vergabeverfahren verwendet.

Eignungsnachweis für Planer/Auftraggeber

Doch wie sieht es mit den anderen Beteiligten der Bau- oder Sanierungsmaßnahme aus? Für eine erfolgreiche Realisierung von Baumaßnahmen ist der Auftraggeber in aller Regel natürlich ebenso auf einen fachkundigen Partner für Ausschreibung und Bauüberwachung angewiesen. Folgerichtig steht daher auch für Ingenieurbüros ein abgestimmtes Anforderungsprofil zur Verfügung. Büros, die die Erfüllung der Anforderungen RAL-GZ 961 nachgewiesen haben, führen ebenfalls das Gütezeichen Kanalbau. Analog zu der Prüfung der Bieterprüfung können Planer ihre Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit belegen.

Qualität ist das Ziel

Ein funktionierendes Zusammenspiel zwischen Auftraggeber, Planer und ausführenden Unternehmen ist die Grundlage für die erfolgreiche Durchführung von Bau- und Sanierungsmaßnahmen. Die Prüfung der Bieterprüfung auf Basis der RAL-Gütesicherung Kanalbau ist seit vielen Jahren in weiten Teilen des Bundesgebietes Standard. Mehr und mehr neben der fachlichen Eignung des Auftragnehmers auch die Eignung der Ingenieurbüros auf Grundlage der RAL-Gütesicherung Kanalbau geprüft.

Darüber hinaus profitieren die Fachleute von einem stetig wachsenden Qualifizierungsangebot der Gütegemeinschaft. Durch einen einfachen und oftmals kostenfreien Zugang zu Schulungen und Arbeitshilfen werden Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und letztlich die Ausführungsqualität gefördert. Zu diesem Zweck bietet die Gütegemeinschaft regelmäßig regionale Fachveranstaltungen sowie E-Learning-Kurse, Arbeitshilfen und Sammlungen „Technischer Regeln“ an. □

Trinkwasserqualität systematisch sicherstellen

Im Forschungsprojekt TRUST entwickeln Disy und Partner ein Trinkwasser-Monitoringsystem nach dem Water-Safety-Plan-Konzept der WHO

Im Rahmen des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Forschungsprojekts TRUST entwickelt die Disy Informationssysteme GmbH aus Karlsruhe zusammen mit renommierten Projektpartnern ein benutzerfreundliches Monitoringsystem für die systematische Qualitätssicherung in der Trinkwasserversorgung. Seine Struktur orientiert sich an den Trinkwasserleitlinien, die die Weltgesundheitsorganisation (WHO) in ihrem Water-Safety-Plan-Konzept (WSP) aufgestellt hat. Diese Lösung schafft erheblichen Mehrwert, auch weil sie durch die Verarbeitung von Geodaten die räumliche Komponente beinhaltet.

Der Klimawandel verschärft den Wassermangel vor allem in Regionen, die bereits heute mit Wasserknappheit kämpfen. Gleichzeitig steigt weltweit der Bedarf an sauberem Trinkwasser, Bewässerungswasser für die Landwirtschaft und Brauchwasser für die Industrie. Im Verbundprojekt TRUST arbeiten deshalb Experten renommierter Projektpartner aus Wissenschaft und Forschung zusammen, unter anderem auch die Karlsruher Disy Informationssysteme GmbH, und entwickeln Planungswerkzeuge und Konzepte für eine nachhaltige Wasserversorgung. Das Projekt TRUST ist ein „Forschungs- und Entwicklungsprojekt für eine gerechte und ökologisch verträgliche Trinkwasserversorgung in Wassermangelregionen“ und wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen der Fördermaßnahme „GRoW – Globale Ressource Wasser“ gefördert.

WSP-Konzept der WHO gilt als global anwendbares Instrument

Koordiniert vom Zentrum für Interdisziplinäre Risiko- und Innovationsforschung (ZIRIUS) der Universität Stuttgart arbeiten in TRUST sieben Partner verschiedener Disziplinen zusammen, um die weltweite Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen weiter voranzubringen. Das Projekt hat eine Laufzeit von drei Jahren und startete 2017. Die Pilotentwicklungen finden im Wassereinzugsgebiet der Region Lima in Peru statt, in Kooperation mit lokalen Akteuren. Dabei erfolgen aber alle Projektarbeiten auch mit Blick auf Übertragbarkeit auf andere Gebiete. Teilweise werden die entwickelten Methoden und Technologien auch in Deutschland anwendbar sein.

Ein Aufgabenschwerpunkt von Disy besteht darin, ein benutzerfreundliches und nachhaltiges Entscheidungsunterstützungssystem (EUS) gemäß

der methodischen Vorgehensweise zum Risikomanagement in der Trinkwasserversorgung aufzubauen. Die Methodik hierzu wurde von den Experten des DVGW-Technologiezentrum Wasser (TZW) entwickelt. Dessen Struktur orientiert sich am Water-Safety-Plan-Konzept (WSP) der Weltgesundheitsorganisation (WHO).

Dieses Konzept wird als global anwendbares Instrument empfohlen, um die strategischen Entwicklungsziele für sauberes Trinkwasser auf lokaler Ebene sicher erreichen zu können. Das von Disy entwickelte EUS unterstützt ein zielgerichtetes Management von Wasserressourcen und bietet eine Grundlage für die Entwicklung von Monitoringsystemen und weiteren Maßnahmen zur Sicherung der Wasserqualität.

Entscheidungsunterstützung System basiert auf GIS-Werkzeug Cadenza Web

Auf der Ebene des Einzugsgebiets einer Trinkwasserversorgung geht es bei TRUST vorrangig um das Management von Risiken. Eine besondere Schwierigkeit besteht darin, dass man in großen Einzugsgebieten auch viele Einflussfaktoren, beispielsweise die Wasserbelastungen durch landwirtschaftliche Aktivitäten, betrachten muss, die außerhalb der Kontrolle der Wasserversorgungsunternehmen liegen.

In dem aktuellen Ausbaustand soll das EUS zunächst die Erfassung und Bewertung dieser Risiken für die Wasserqualität unterstützen. Damit die Landnutzung, das damit verbundene Gefährdungspotenzial aber auch die Schutzwirkung des Bodens räumlich zugeordnet werden könnte, war es naheliegend, ein solches System mit einem GIS-Werkzeug aufzubauen.

Interaktive Fachanwendung

Das im Forschungsprojekt TRUST entwickelte EUS ist eine

interaktive Fachanwendung auf Basis der Disy-Software Cadenza Web. Sie ermöglicht die Erfassung und Bewertung von Risiken im Einzugsgebiet, deren Verknüpfung mit dem entsprechenden geografischen Objekt sowie die Dokumentation von Maßnahmen zur Risikobeherrschung. Durch die Speicherung in einer zentralen Datenbank sind keine redundanten Eingaben bei der Risikoabschätzung erforderlich. Zudem wird eine einheitliche Dokumentation ermöglicht und der Aufwand für die Pflege minimiert.

Risikokarte

Mit dem EUS kann der Anwender mit überschaubarem Aufwand Daten und Eintrittswahrscheinlichkeiten erfassen, aber auch Schadensausmaß und Schutzfunktionen über einfache, semi-quantitative Skalen definieren. So bedeutet beispielsweise eine „sehr hohe“ Eintrittswahrscheinlichkeit, dass ein Ereignis einmal im Jahr oder häufiger erwartet wird. Die Verrechnung dieser Werte erfolgt dann über einfache Entscheidungstabellen, die der Anwender ebenfalls frei definieren kann.

Durch die Aggregation aller Risiken entsteht die initiale Risikokarte. Wird diese Risikokarte mit der Schutzwirkung des Bodens verschnitten, erhält man die Rohwasserrisikokarte, die dem Risikomanager des Wasserversorgers aufzeigt, wo der größte Handlungsbedarf besteht und wo Maßnahmen zur Risikobeherrschung erforderlich sind.

Mehrwert durch räumliche Komponente

Das prototypische System wurde bereits mit anderen Projektbeteiligten sowie mit Praktikern aus der Pilotregion in Peru diskutiert und bewertet. Die Einschätzungen waren überwiegend positiv; weitere Arbeitspunkte für die Vervollständigung des Systems wurden bereits spezifiziert. Einen maßgeblichen Mehrwert gegenüber bereits verfügbaren Hilfsmitteln bietet die räumliche Komponente, die für ein zielgerichtetes Einzugsgebiet-Risikomanagement unentbehrlich ist. Neben Informationen zur Flächennutzung können Daten zu Gebieteigenschaften, wie Hangneigung und Bodenart sowie Entfernung zur Entnahmestelle, in die Bewertung einbezogen werden. □

TV BAYERN
LIVE

Ganz Bayern in 60 Minuten.



Ganz nah bei den Zuschauern Bayerns. Von Aschaffenburg bis Berchtesgaden.

- Aktuelle Themen
- Regionale Nachrichten
- Berichte von Land und Leuten
- Information und Service aus Ihrer Region

* Ab jetzt immer samstags von 17:45 bis 18:45 Uhr im Programm von RTL und jeden Sonntag um 17:00 Uhr auf den bayerischen Lokalprogrammen.

Mehr unter: www.tvbayernlive.de

„Technologischer Quantensprung“

Das Schwimmbad der Stadtwerke Rödental kommt fast komplett ohne Chlor aus

Mit ihrer innovativen Filtertechnik schlagen die Stadtwerke Rödental drei Fliegen mit einer Klappe: Der Filter aus High-Tech-Keramik, der seit Herbst 2012 das Badewasser reinigt, spart Energie, Chlor und Wartung. „Er stellt einen technologischen Sprung dar“, schwärmt Michael Eckardt, Leiter der Stadtwerke von Rödental, einer 14.000-Einwohner-Kommune im oberfränkischen Landkreis Coburg. Das gesamte Badewasser wird in nur zwei Stunden auf sanfte Weise „erneuert“.

In einem Schwimmbad tumeln sich die unterschiedlichsten Charaktere. Nicht jeder Besucher ist so reinlich, dass er sich vor dem Schwimmen duscht. Um das, was „Schmutzfinke“ eintragen, in den Griff zu bekommen, wird das Rödentaler Badewasser noch minimal gechlort. Doch die Menge ist im Vergleich zu früher vernachlässigbar. Ansonsten werden Hautschuppen, Haare und Bakterien durch die Mikroporen des High-Tech-Filters aus Sinterkeramik beseitigt. Via Druckverlustmessung kann festgestellt werden, wann der Filter voll ist. Eckardt: „Dann wird die Filterung kurz unterbrochen, die Filterkammer abgesperrt und der Filter durch einen Sprühstoß ausgespült.“

Pro Jahr hat das Rödentaler Schwimmbad 80.000 Besucher – was viel ist für eine so kleine Stadt. In dem Bad lernen Schulkinder schwimmen, Sportvereine trainieren, vor allem aber

nutzen Senioren das Bad. Am Tag des Filtereinbaus sprang eine Truppe von Mitarbeitern jener Firma ins Becken, die das High-Tech-Produkt aus Spezialkeramik fabriziert hat. An diesem ersten Tag, so Eckardt, bestand die innovative Technik bereits ihre Bewährungsprobe: „Der Badewasserfilter kam bei uns deutschlandweit erstmals zum Einsatz.“ Und zwar mit ausgezeichnetem Erfolg.

Mutige Maßnahme

Ein Anlass für die mutige Maßnahme der Stadtwerke war laut dem Umweltingenieur eine vom Umweltbundesamt veröffentlichte Studie, wonach die Zerfallsprodukte von Chlor im Badewasser im Verdacht stehen, bei Kleinkindern Allergien und Asthma auszulösen. Abgesehen davon sei die „Chloratmosphäre“ in Schwimmbädern prinzipiell unangenehm: „Bei uns ha-

ben die Badegäste nun das Gefühl, einfach nur im warmen Wasser zu schwimmen.“ Die minimalen Chlormengen, die in Rödental noch angewendet werden, reagieren nicht, sie schwimmen einfach im Wasser herum: „Chlorgeruch bleibt aus, denn Chlor riecht nur, wenn es zur Reaktion kommt.“

Unfallgefahr gebannt

Dass der alternative Filter in puncto Hygiene über jeden Zweifel erhaben ist, bewiesen etliche Untersuchungen. Aber auch die Sicherheit wurde erhöht, so Eckardt: „Denn wir brauchen keine Chlorgasflaschen mehr.“ Chlorgasflaschen stellen immer ein Risiko dar. Oft kommt es zu Unfällen – mit teilweise gravierenden Auswirkungen. So starb vor drei Jahren eine Seniorin bei einem Chlorgasunfall in einem Hotel im niederbayerischen Bad Füssing. Vor einem Jahr mobilisierte ausgetretenes Chlorgas im Passauer Erlebnisbad ein Großaufgebot an Feuerwehr und Rettungskräften. Überdruck in einer Gasflasche hatte damals zum Gasaustritt geführt.

In Rödental betrat man mit dem High-Tech-Filter nicht zum

ersten Mal einen neuen Weg. Die von Eckardt geleiteten Stadtwerke suchen stets nach Optimierungsmöglichkeiten. Dafür allerdings, so der Werksleiter, braucht es Mitstreiter. Im Falle der Filtertechnik war das Coburger Gesundheitsamt von großer Bedeutung: „Dort hat man unser Vorhaben begrüßt.“ Der damalige Hygieneinspekteur, ebenfalls Umweltingenieur, hatte erkannt, das es sich bei dem neuen Filter um einen technologischen Quantensprung handelt.

In der Vergangenheit benötigte das Rödentaler Bad im Übrigen auch viel mehr Energie als heute: Im Vergleich zu 2009 werden jährlich 100.000 Euro allein an Ausgaben für Wärme gespart. Das liegt an einer energetischen Sanierungsmaßnahme, die 2010 und 2011 realisiert wurde. „Als sie bereits beendet war, informierte uns die lokale Firma über ihre neuen Keramikfilter“, berichtet Eckardt. Das Bad wurde daraufhin noch mal für neun Monate geschlossen, um die neue verfahrenstechnische Anlage zu planen, einzubauen und zu testen.

Für den Stadtwerkschef ist ein Schwimmbad unabhängig für eine Kommune von der Größe Rödental. Obwohl die Einrichtung viel kostet: „Vor zehn Jahren hatten wir uns aus finanziellen Gründen auch die Sinnfrage gestellt.“ Sollte man sich den Luxus eines eigenen Bads weiterhin leisten? Das Investitionsprogramm, das die Bundesregierung angesichts der Wirtschaftskrise vor zehn Jahren auflegte, um die heimische Wirtschaft zu stützen, gab den Ausschlag dafür, das 1972 errichtete Bad zu sanieren. Vier Millionen Euro flossen in das Projekt.

„Monsterthema“ Klimaschutz

Die Umweltbilanz weiter zu verbessern, gehört nach wie vor zu Eckardts täglichen Aufgaben. „Unser Monsterthema ist der Klimaschutz“, sagt der experimentierfreudige Werksleiter: „Wir müssen uns die Erde freundlich gewogen halten, das ist wichtiger als alles andere.“ Da müssten auch die kleinen Stadtwerke im Freistaat ran und „Regsamkeit“ entwickeln: „Und zwar gerade wir kleinen, denn wir sind sehr viele.“

Außerhalb Rödental schätzt man, was in dem kleinen Stadtwerk passiert. Michael Eckardt wird ständig eingeladen, Vorträge über die Zukunftspläne seines Werks zu halten. Wohin sich die Stadtwerke in Zeiten der Energiewende entwickeln wollen, ist in einem Strategiepapier „2040“ festgehalten. Demnach bereiten sich die Stadtwerke unter anderem auf neue Vermarktungsmo- delle mit Hilfe der Block Chain vor. „Wir wollen in Zukunft eine Plattform in unserem Netz zur Verfügung stellen, über die der Nachbar seinen lokalen Strom dem anderen Nachbar anbieten, verkaufen und abrechnen kann“, heißt es in dem Papier. Das gehe im „Internet of Things“ in Echtzeit. **Pat Christ**

Marktreifes Produkt im Visier

Über einen Zeitraum von zwei Jahren hat Lucca Brocca den Ansatz seines Teams in der Urmia-Ebene im Iran sowie in Spanien in Kombination mit Bodenmessungen getestet. Der Sieg in der BayWa Smart Farming Challenge ermöglicht nun, die Praxisversuche unter anderem auf Europa auszuweiten. Mentoren der BayWa, FarmFacts und Vista unterstützen mit ihrer Expertise und ihrem Netzwerk dabei, den Prototypen zu einem marktreifen Produkt weiterzuentwickeln.

Die BayWa Smart Farming Challenge wurde in diesem Jahr als eine von 16 Kategorien des internationalen Copernicus Masters Wettbewerbs ausgelobt. 2011 von der Europäischen Weltraumorganisation ESA und dem Anwendungszentrum Oberpfaffenhofen AZO initiiert, werden auf diesem Weg jedes Jahr Innovationen für den zivilen Einsatz von Satellitendaten ausgezeichnet. **□**

Smart Farming Challenge im Copernicus Masters

Raumfahrt-Technologie gegen Wassermangel: Italienische Forscher gewinnen BayWa Wettbewerb

Eine Forschergruppe des National Research Council, Italien, hat die erste BayWa Smart Farming Challenge innerhalb des Copernicus Masters Wettbewerbs gewonnen. Gemeinsam mit den Preisträgern in 15 weiteren Kategorien wurden die Wissenschaftler bei den „Space Oscars“ im Rahmen der European Space Week im französischen Marseille ausgezeichnet. Mit ihrem Ansatz, den Wasserverbrauch mittels Satelliten großflächig zu überwachen und ökologisch zu bewerten, haben sich die Forscher in der Kategorie „Smart Farming“ gegen 28 internationale Mitbewerber durchgesetzt. Das nächste Ziel ist nun, die Innovation gemeinsam mit Mentoren der BayWa und ihrer Beteiligten FarmFacts und Vista zur Marktreife zu bringen.

„Bewässerung ist für die Nahrungsmittelproduktion notwendig, mit globalen Auswirkungen auf die Wirtschaft und Gesellschaft“, sagt Jörg Migende,

bereits erfolgreich satellitengestützte Lösungen an, um den Wasserbedarf der Pflanzen exakt zu bedienen und gleichzeitig Wasserverluste zu vermeiden.



Unser Bild zeigt die siegreiche Forschergruppe aus Italien. **□**

der die Bereiche Agrar Vertrieb und Digital Farming bei der BayWa leitet und die Preisverleihung vornahm. So habe wachsendes Vertrauen in die künstliche Bewässerung weltweit zu einer Verdopplung der landwirtschaftlichen Produktion in den vergangenen 40 Jahren geführt. Umgekehrt seien aber heute schon mehr als zwei Milliarden Menschen auf der Erde von Wasserknappheit betroffen – eine Zahl, die aufgrund von Bevölkerungswachstum und Klimawandel in Zukunft steigen werde. Jörg Migende: „Für landwirtschaftlich genutzte Flächen, zum Beispiel in Afrika, bieten wir

Aber dies ist bisher immer nur eine Betrachtung für das einzelne Feld. Nun wird es erstmals möglich sein, den Wasserverbrauch global zu quantifizieren.“ „Rund 70 Prozent des weltweit verfügbaren Wassers werden von der Landwirtschaft verbraucht“, sagt Luca Brocca, Leiter der Forschungsgruppe am National Research Council. „Um aber den globalen Wasserverbrauch exakt bestimmen und entsprechend intervenieren zu können, waren uns bisher Grenzen gesetzt – nicht nur technisch beim Einsatz passender Monitoringprogramme, sondern auch dann, wenn Wasser kostenfrei

Auszeichnung für Flussparadies Franken

Das Flussparadies Franken ist vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz für drei weitere Jahre mit dem Qualitätssiegel „Umweltbildung.Bayern“ ausgezeichnet worden. Positiv hat die Bewerbungskommission vor allem die vielfältigen Angebote zu verschiedensten Themen einer nachhaltigen Entwicklung sowie die Vermittlerrolle zwischen Umweltbildung und Tourismus hervorgehoben.

„Für mich ist Umweltbildung etwas, das den Alltag betrifft“, so Anne Schmitt, Geschäftsführerin des Flussparadies Franken. „Daher ist es mir bei meiner Arbeit sehr wichtig, wo immer möglich, auf die tollen Angebote der Umweltbildungsinstitutionen in der Region hinzuweisen. Vor allem Kinder haben aus meiner Sicht sogar ein

Recht auf Naturerfahrung. Und gute Umweltbildung schafft es, dass sich aus dem Naturerleben ein Verständnis für das Zusammenspiel von Mensch und Natur entwickelt.“

Das Flussparadies Franken wurde erstmals 2006 ausgezeichnet und muss die Qualitätskriterien in Verlängerungsanträgen regelmäßig neu erfüllen. **□**



Oberer Reihe v. l.: Christian Fendt (Stadtwerke Bamberg), Dr. Thomas Schönfeld (Rechtsanwalt), Bürgermeister Klaus Homann (Markt Hirschaid), Bürgermeister Wolfgang Desel (Gemeinde Strullendorf), Dieter Thormann (DB Netz), Hans Hemmerlein (Wasserwirtschaftsamt Kronach), Dr. Manfred Löbl (Regierung von Oberfranken), Hans-Joachim Rost (Regierung von Oberfranken). Untere Reihe v. l.: Landrat Johann Kalb (Landratsamt Bamberg), Sven Pienitz (Stadtwerke Bamberg). **□**

Erfolgreicher Abschluss langjähriger Verhandlungen

Vergleich zum Wasserschutzgebiet Bamberg unterzeichnet

Die Konflikte um das Wasserschutzgebiet zum Schutz der Trinkwasserversorgung der Stadt Bamberg dauern bereits seit Jahrzehnten an und beschäftigten den Wasserversorger, die betroffenen Kommunen, Landwirte, Gewerbetreibende, Private, Behörden und nicht zuletzt die Politik gleichermaßen. Nun ist es nach langwierigen rechtlichen Auseinandersetzungen und Verhandlungen gelungen, eine Lösung zu erarbeiten, bei der alle Seiten einen Schritt aufeinander zugegangen sind.

Landrat Johann Kalb: „Das Ergebnis ist für alle Beteiligten ein echter Meilenstein und stellt eine wichtige Weiche für die Zukunft dar. Wir sichern die Trinkwasserversorgung der Stadt Bamberg nachhaltig. Gleichzeitig haben wir die Voraussetzungen für bedeutende Infrastrukturmaßnahmen, wie z.B. die Südanbindung der Gemeinde Strullendorf und einen zweiten Anschluss des dortigen Gewerbegebietes ermöglicht. Auch eine künftige Umfahrung von Hirschaid und Strullendorf wird damit denkbar. Zusammen mit den Verhandlungsergebnissen um den Ausbau des ICE eröffnen wir hervorragende Entwicklungsperspektiven für die Kommunen und den gesamten Landkreis Bamberg.“

Im Rahmen einer gemeinsamen Abschlussveranstaltung im Landratsamt Bamberg unterzeichneten die beteiligten Parteien auf Einladung von Landrat Johann Kalb jetzt einen Vergleich, der die bereits seit Jahrzehnten andauernden Konflikte um das vom Landratsamt Bamberg im Jahr 2011 festgesetzte Wasserschutzgebiet zur Sicherung der öffentlichen Wasserversorgung der Stadt Bamberg zu einem einvernehmlichen Abschluss führt.

Größtes Wasserschutzgebietsverfahren im Freistaat

Die Stadtwerke Bamberg betreiben auf dem Gebiet der Stadt Bamberg, aber auch im Gemeindegebiet von Strullendorf und Hirschaid eigene Trinkwassergewinnungsanlagen. Erste Überlegungen für eine Neufestsetzung des dazugehörigen Wasserschutzgebietes stammen bereits aus den 70er Jahren. Die alten Wasserschutzgebiete konnten den Anforderungen eines zukunftsorientierten vorsorglichen Trinkwasserschutzes nicht mehr gerecht werden. Nachdem sich größere Flächenanteile des Wasserschutzgebietes auch auf das Gebiet des Landkreises Bamberg erstrecken – betroffen sind v. a. die Gemeinden Strullendorf und Hirschaid – hatte die Regierung von Oberfranken das Landratsamt Bamberg als zuständige Festsetzungsbehörde bestimmt.

Der Beginn des Festsetzungsverfahrens für das komplexe Vorhaben zögerte sich mehrfach hinaus, z. B. durch zwischenzeitlich angelaufene Flurbereinigungsverfahren und nicht zuletzt die Gebietsreform. Erst 2001 kam es

schließlich zur öffentlichen Auslegung des Entwurfes der geplanten Wasserschutzgebietsverordnung. Rund 4.500 Hektar bzw. rund 5.900 Grundstücke waren für die Einbeziehung in das damals größte laufende Wasserschutzgebietsverfahren in Bayern vorgesehen. Im Zuge der Auslegung haben betroffene Kommunen, Landwirte, Gewerbetreibende, Private und Träger öffentlicher Belange ca. 1.600 Einwendungen erhoben und Stellungnahmen abgegeben.

Das Landratsamt hatte daraufhin einen gänzlich neuen Weg beschritten und ohne rechtliche Verpflichtung vier unterschiedliche und sehr zeitintensive Arbeitskreise eingerichtet, die von Oktober 2004 bis April 2009 tätig gewesen sind. Die Bürgermeister der Kommunen Strullendorf und Hirschaid unterstützen diese Vorgehensweise ausdrücklich. Diese Vorgehensweise trug erheblich zu einer Versachlichung der Auseinandersetzung und einem verbesserten gegenseitigen Verständnis bei.

Etliche Konfliktpunkte

Dennoch zeigte sich beim zweitägigen Erörterungstermin in der BROSE-Arena im Dezember 2009, an dem mehrere hundert Personen teilgenommen hatten, dass in etlichen Konfliktpunkten eine einvernehmliche Lösung wohl nicht zu erzielen sein würde. Im November 2011 erließ das Landratsamt nach einem umfangreichen Abwägungsprozess schließlich die neue Wasserschutzgebietsverordnung, woraufhin die Gemeinde Strullendorf, der Markt Hirschaid, die DB Netz AG und einige Privatpersonen einen Antrag beim Bayerischen Verwaltungsgerichtshof gestellt hatten, um diese Verordnung gerichtlich für nichtig erklären zu lassen. Das Gericht teilte am letzten Tag der Verhandlung am 25. März 2015 mit, dass der Ausgang des Verfahrens letztendlich völlig offen sei und hatte den Parteien einen Vergleich empfohlen. Alle Parteien hatten in der Folge ihr grundsätzliches Interesse an einem Vergleichsabschluss signalisiert und Verhandlungen aufgenommen.

Nach mehreren intensiven Verhandlungsrunden unter Leitung des Landrats konnte schließlich im September 2018 der Durchbruch erzielt und die von allen Beteiligten gewünschte Planungs- und dauerhafte Rechtsicherheit durch den nun abgeschlossenen Vergleich erreicht werden. **□**

Bayerischer Heilbädertag in Bad Reichenhall:

Sonderlasten finanziell ausgleichen

Geht es nach dem Willen des Bayerischen Heilbäder-Verbandes (BHV), soll die Bayerische Staatsregierung die hochprädiagnostischen bayerischen Heilbäder und Kurorte finanziell stärker fördern. Wie der wiedergewählte BHV-Vorsitzende Klaus Holetschek beim Bayerischen Heilbädertag in Bad Reichenhall deutlich machte, „wollen wir eine Anhebung der Investitionspauschale um fünf Millionen Euro. Der Betrag soll auf die hochprädiagnostischen Kurorte und Heilbäder verteilt werden. Sie brauchen das Geld, um in Qualität und Infrastruktur zu investieren.“

Angesichts knapper Haushaltslagen könnten Holetschek zufolge dringend notwendige Investitionen nicht durch Fremdenverkehrs- und Kurbeiträge gedeckt werden. Hochprädiagnostische Kurorte und Heilbäder müssten mehr in ihre Infrastruktur investieren als herkömmliche Kommunen, so etwa in Kurhäuser, Kurgärtnerien und Freizeiteinrichtungen. Und viele Investitionen seien eben auch Voraussetzung für die Prädiagnostisierung.

Der Verbandspräsident verweist auf den Kommunalrechts-Experten und früheren Präsidenten der Hochschule für den Öffentlichen Dienst, Dr. Hermann Büchner. Er vertritt die Auffassung, dass die Aufgaben, die von den Heilbädern und Kurorten im Rahmen ihrer staatlichen Anerkennung zu erfüllen sind, zu den Pflichtaufgaben zählen müssen. Büchner begründet dies mit dem Inhalt der Anerkennungsverordnung. Danach sind die Gemeinden nach Verleihung des Prädikats weiterhin zur Erfüllung der Voraussetzungen verpflichtet. Zur Sicherung der Aufgabenerfüllung können sogar nachträglich Auflagen verfügt werden.

Holetschek zeigte sich zuversichtlich, dass man sich mit der Staatsregierung einigen werde. „Im Koalitionsvertrag zwischen CSU und Freien Wählern sind die Heilbäder und Kurorte ausdrücklich erwähnt. Ich bin sicher, dass wir unsere gute Zusammenar-

beit fortsetzen werden.“ Heilbäder und Kurorte seien mit einer Bruttowertschöpfung von 4,5 Milliarden Euro und 100.000 Arbeitsplätzen im ländlichen Raum ein starker Pfeiler des Tourismus und der Gesundheitswirtschaft.

Fokus auf ganzheitliche Medizin

Mehr in den Fokus gerückt werden soll demnächst das Thema „Ganzheitliche Medizin mit den Kräften der Natur“. Nach Holetscheks Auffassung ist integrative Medizin ein Zukunftsthema. Natur, Medizin und Schulmedizin gehörten zusammen. Von den Krankenkassen werde erwartet, hier in Zukunft mehr zu erstatten.

Auch für Berufsgruppen wie die Physiotherapeuten will sich der Verband stark machen. „Wir begrüßen ausdrücklich, dass der Freistaat Bayern das Schulgeld für Physiotherapeuten übernommen hat. Physiotherapie ist ein wichtiger Bestandteil der Behandlungskonzepte in unseren Heilbädern und Kurorten.“

Ebenfalls ganz oben auf der Agenda bleibt für den Bayerischen Heilbäder-Verband das Thema Prävention. „Hier fehlt es noch an systematischer Aufarbeitung dieses Themas durch die Politik“, stellte Holetschek fest. „Das Präventionsgesetz des Bundes ist viel zu zahm und hat bisher nicht verhindert, dass die Gesetzlichen

Krankenkassen nur 1 Prozent ihrer Leistungsausgaben in Präventionsangebote investieren.“

Gemeinsam mit dem Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste (bpa) und der Ludwig-Maximilians-Universität München führt der BHV derzeit das Pilotprojekt „PFLEGEprevent“ durch. Ziel ist ein maßgeschneidertes Präventionsangebot für Pflegekräfte. Das Projekt ist mit den ersten Teilnehmern in Bad Reichenhall gestartet und wird wissenschaftlich begleitet.

Prävention und Betriebliches Gesundheitsmanagement

Die Themen Prävention und Betriebliches Gesundheitsmanagement beleuchtete der Leiter der Landesvertretung Bayern, Dr. Ralf Langejürgen, aus Sicht des Verbandes der Ersatzkassen (vdek). Nach seinen Worten wurde die Landesrahmenvereinbarung (LRV) Prävention von Gesundheitsministerin Melanie Huml für den Freistaat Bayern sowie den Spitzenvertretern der Gesetzlichen Krankenversicherung, der Deutschen Rentenversicherung und der Gesetzlichen Unfallversicherung im Juni 2017 feierlich unterzeichnet. Dabei handelt es sich um ein grundsätzliches Dokument, das die Zusammenarbeit der vier Beteiligten auf dem Gebiet der Gesundheitsförderung und Prävention regelt.

Besondere Beachtung bei der Planung von gemeinsamen Projekten soll die Verminderung sozial bedingter sowie geschlechtsbezogener Ungleichheit von Gesundheitschancen finden. Bei der Umsetzung von Maßnahmen haben Bedarfe, Nachhaltigkeit, Evaluation und Qualitätssicherung einen hohen Stellenwert.

Wie Langejürgen erläuterte, zählten die Verbesserung der bedarfsbezogenen Abstimmung, Koordination und Zusammenarbeit sowie die Schaffung verbindlicher (Dialog-) Strukturen zu den positiven Impulsen. Außerdem führe das Präventionsgesetz zu einer Stärkung der betrieblichen Gesundheitsförderung und der Prävention für vulnerable Zielgruppen in nichtbetrieblichen Lebenswelten. Bei einer Verdreifachung der Ausgaben sowie einer deutlichen Steigerung der erreichten Lebenswelten stelle die weitere Stärkung gemeinschaftlichen Vorgehens mit Lebensweltverantwortlichen in Kommunen eine besondere Herausforderung dar.

Kritik übte Langejürgen dagegen an der einseitigen und krankenkassenfokussierten Ausrichtung: Gemäß Präventionsgesetz seien nur die gesetzlichen Krankenkassen verpflichtet worden, Gelder für die Finanzierung präventiver Maßnahmen auszugeben. Wichtige Beteiligte wie PKV, Bund, Länder, Kommunen und weitere SV-Träger blieben außen vor. Es gelte, die Öffentlichkeit für die Bedeutung des Themas Prävention und Gesundheitsförderung zu sensibilisieren. „Vorsorge vor Reparatur“ laute die Maxime, unterstrich der vdek-Repräsentant.

Neues Siegel

Der Bayerische Heilbäder-Verband e.V. (BHV) lässt seine allergikerfreundlichen Heilbäder und Kurorte von TÜV Rheinland prüfen und vergibt nunmehr das neue Siegel „Für Allergiker qualitätsgeprüft“, berichtet schließlich BHV-Projektleiterin Anja Bode. Das Siegel signalisiert den Urlaubern, dass der Kurort ein nach den Kriterien des Bayerischen Heilbäder-Verbandes e.V. zertifizierter Urlaubsort ist, der eine umfassende Infrastruktur allergikerfreundlicher Angebote entlang der gesamten touristischen Servicekette bietet.

TÜV Rheinland wird die Heilbäder und Kurorte, die das neue Siegel erhalten wollen, auf Herz und Nieren gemäß des BHV-Standards prüfen, so Bode. Das Siegel des Bayerischen Heilbäder-Verbandes gilt drei Jahre. Es gibt angekündigte und unangekündigte Zwischenprüfungen in den allergikerfreundlichen Betrieben.

Für das Siegel hat der BHV Mindestkriterien festgelegt. So muss die Kommune mindestens als Luftkurort prädiagnostisiert sein, ein branchenübergreifendes Netzwerk auf Ortsebene besitzen und bei öffentlichen Neubepflanzungen allergenarme Pflanzen berücksichtigen. Mindestens 10 Prozent der vorhandenen Gästebetten aller Unterkunfts-kategorien müssen für Allergiker geeignet sein.

Der Bayerische Heilbäder-Verband unterstützt seine Mitgliedsorte ganz praktisch beim Aufbau des allergikerfreundlichen Netzwerks vor Ort. Zuständig dafür ist Projektleiterin Bode. „Wir führen Informationsveranstaltungen in den Orten durch, wir helfen bei der Akquise, schulen Tourismusorganisationen und leisten Unterstützung in der Öffentlichkeitsarbeit. Außerdem betreuen wir die Orte auch zwischen den Erst- und Folgezertifizierungen.“

Die so vom Bayerischen Heilbäder-Verband e.V. aufgebauten und bisher bestehenden allergikerfreundlichen Kurorte ragen durch ihr qualitätsgeprüftes Angebot hervor. Nicht nur touristische Schwergewichte wie Bad Füssing, Bad Hindelang oder Oberstdorf setzen mit ihren vielen allergikerfreundlichen Unterkünten Maßstäbe für zeitgemäßen Allergikertourismus. Auch vergleichsweise kleine Orte wie Bad Aibling sind mit der allergikerfreundlichen Profilierung durch den Bayerischen Heilbäder-Verband e.V. im weiter wachsenden Zukunftsmarkt „Menschen mit Allergien“ hervorragend gestellt. **DK**



Die Erlebnisholzkuugel bietet dem Besucher eine Entschleunigung der besonderen Art. Bild: obx-news/inMotion Park/Klaus Schicker

Neue Touristenattraktion in Ostbayern:

Premiere für die größte „Erlebnisholzkuugel“ der Welt

Steinberg am See (obx) - Sie soll zu einem neuen Urlaubermagnet der Superlative in Bayern werden: eine rund 5,5 Millionen Euro teure und rund 40 Meter hohe hölzerne „Erlebnisholzkuugel“ im Oberpfälzer Seenland. Nach mehr als einem Jahr Bauzeit feierte die Kugel bei Steinberg am See (Kreis Schwandorf) jetzt ihre offizielle Besucherpremiere.

Die nach Angaben der Investoren größte „Erlebnisholzkuugel“ der Welt ist ab sofort täglich von 9.30 Uhr bis 16.30 Uhr geöffnet. „Wir freuen uns, dass wir jetzt fertig sind und allen Besuchern ein tolles Erlebnis bieten können“, sagten die beiden Geschäftsführer der inMotion PARK Seenland GmbH Tom Zeller und Kim Kappenberger, die das Projekt initiierten.

Der rund 700 Meter lange, barrierearme Aufstieg sowie 24 Bewegungs- und Entspannungsstationen im Innern der Kugel und um die Konstruktion herum sollen den Park zu einer Attraktion für Groß und Klein werden lassen. Die Stationen verknüpfen nach Angaben der Initiatoren Elemente von Hochseilanlagen und Trimm-Dich-Pfaden in verschiedenen Schwierigkeitsstufen und Höhen.

Grundlage für den künftigen Erfolg des Parks sollen daneben die Panorama-Aussichten auf das Oberpfälzer Seenland sein.

Alein die Grundkonstruktion der Kugel besteht aus rund 880 Kubikmetern Fichten- und Lärchenholz, rund 200 Tonnen Stahl, rund 40.000 Schrauben und 18.000 Bol-

zen und Stabdübeln. 2016 hatten die Initiatoren der inMotion Park GmbH aus Regensburg die Pläne für das Leuchtturmprojekt gemeinsam mit Kommunalpolitikern aus der Region erstmals offiziell vorgestellt - und trafen von Beginn an auf offene Ohren. „Denn das Konzept des Freizeitparks ist einzigartig. Im Gegensatz zu reinen Fun- und Actionparks vermittelt es motorisches, sport- sowie gesundheitspädagogisches Wissen“, sagte Kappenberger.

Baumwipfelpfad als Vorbild

Eines der Vorbilder der Regensburger Planer ist der Baumwipfelpfad bei Neuschönau im Bayerischen Wald: Weit mehr als zwei Millionen Abenteuerlustige erleben seit der Eröffnung vor rund sieben Jahren auf dem längsten Baumwipfelpfad der Welt einzigartige Panorama-Ausblicke. Die Betreiber der „Erlebnisholzkuugel“ rechnen mit rund 150.000 Besuchern jährlich. Sie sollen aus einem Umkreis von rund 200 Kilometern kommen.

www.dieholzkuugel.de □

Aiwanger erfreut über neue Tourismuszahlen

Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger sieht den Bayerntourismus sehr gut aufgestellt, will das Potenzial aber weiter ausschöpfen. „Die neuesten Zahlen des Landesamts für Statistik unterstreichen unseren Anspruch, ein Wachstumsstandort für den Tourismus zu sein. Wir schaffen die Rahmenbedingungen, dass es auch gut weitergeht.“

„Mit unserer Tourismusoffensive fördern wir gerade im Klein- und mittelständischen Bereich wichtige Zukunftsinfrastrukturen wie etwa Online-Buchungssysteme. Aber auch unsere Modellprojekte „Digitales Dorf Bayern“, „Digitales Alpendorf“ und „Digitale Hörnerdörfer Allgäu“ sind wichtige Weichenstellungen. Ebenso setzen wir auf die wachsende Bedeutung des Gesundheitstourismus“, erklärt Aiwanger. Das Gaststätten-Modernisierungsprogramm soll nach Ansicht Aiwangers die bestehenden Kapazitäten im Gastronomiebereich erhalten, ausbauen und zukunftsfähig machen.

Zugleich fordert der Minister aber auch im Bereich der Flexibilisierung der Arbeitszeiten im Hotel- und Gaststättenbereich Bewegung ein: „Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter würden gerne länger arbeiten oder sich neben ihrem Hauptjob anschließend als Bedienung etwas dazu verdienen. Die aktuelle Gesetzeslage verbietet den Menschen aber, länger als acht Stunden zu arbeiten. So besteht die Gefahr, dass wir der Wachstumsbranche Tourismus nicht die Rahmenbedingungen bieten, die sie verdient hätte. Daher muss der Bund die Mög-

lichkeiten der EU-Arbeitszeitrichtlinie nutzen und die Flexibilität für die Arbeitnehmer schaffen – wenn diese selbst mehr arbeiten wollen. Das bayerische Gastgewerbe ist in Bayern mit rund 40.000 Betrieben, 10.000 Auszubildenden ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und hat mit 400.000 Beschäftigten eine vergleichbare Größenordnung wie die Automobilindustrie.“

Besonders beliebt: Urlaub auf dem Campingplatz

Die Zahl der Übernachtungen wuchs von Januar bis November 2018 um fast 5 Prozent auf 92,4 Millionen. Laut Landesamt für Statistik stiegen die Gästeankünfte von Urlaubern aus dem In- und Ausland im selben Zeitraum um 5,2 Prozent auf 36,5 Millionen. Besonders beliebt war im vergangenen Jahr der Urlaub auf dem Campingplatz: Die Zahl der Gäste und Übernachtungen stieg um mehr als zehn Prozent. Laut Statistik verlief auch der Start in die Wintersaison erfolgreich: Sowohl die Zahl der Gästeankünfte (plus 9,1 Prozent) als auch die der Übernachtungen (plus 7,9 Prozent) lagen im November deutlich über den Werten des Vorjahresmonats. □

vbw und DEHOGA Bayern:

Tourismus und Gastgewerbe sind wichtige Wirtschaftsfaktoren

Die vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. und der Bayerische Hotel- und Gaststättenverband DEHOGA Bayern e. V. bekräftigen die Bedeutung der Tourismuswirtschaft als wichtigen Wirtschaftsfaktor Bayerns. Beide Verbände begrüßen die Impulse von Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger, die Potenziale in diesem Bereich gezielt auszuschöpfen.

„Bayern ist nach wie vor das Tourismusziel Nummer eins in Deutschland und Motor für Wachstum und Beschäftigung im Freistaat. Auch andere Branchen, wie zum Beispiel das Beförderungsgewerbe, der Einzelhandel oder Freizeit- und Kulturinstitutionen, profitieren davon in starkem Maße“, unterstreicht vbw Hauptgeschäftsführer Bertram Brossard. Die bayerische Tourismuspolitik muss daher die passenden Rahmenbedingungen sicherstellen, damit diese Spitzenposition gehalten wird. „Wir haben die wichtigsten Punkte gemeinsam mit weiteren im Tourismus aktiven Verbänden in einem Papier im Vorfeld der Landtagswahl zusammengestellt. Es freut mich sehr, dass der neue Wirtschaftsminister diese Anliegen aufgreift“, so Brossard.

Tourismuspolitik ist Standortpolitik

Angela Inselkammer, Präsidentin des DEHOGA Bayern e. V., betont: „Tourismuspolitik ist Standortpolitik. Die Bedeutung der Branche wächst von Jahr zu Jahr, Hotellerie und Gastronomie als deren Hauptleistungsträger sind mittlerweile dieregionalen Wirtschaftsmotoren. Sie sind Garant einer positiven regionalen

Entwicklung. Denn touristische Unternehmen findet man in allen Regionen unseres Freistaates, insbesondere dort, wo sich andere Branchen zum Teil seit Jahren zurückgezogen haben. Zudem sind diese Betriebe absolut standorttreu, sie produzieren vor Ort und sind zwingend auf Produzenten, Handwerker und Dienstleister vor Ort angewiesen. Der Tourismus ist mittlerweile systemrelevant für den Erfolg Bayerns!“

Arbeitszeitflexibilisierung als ein Kernanliegen

Die Arbeitszeitflexibilisierung in der Branche ist eines der Kernanliegen. Dabei geht es nicht um eine Erhöhung des Arbeitszeitvolumens, sondern um die flexible Gestaltung. Statt die tägliche Arbeitszeit auf maximal zehn Stunden zu begrenzen, fordern die Verbände, sich an den Europäischen Richtlinien zu orientieren, die eine wochenbezogene Betrachtung und eine Wochenarbeitszeit von durchschnittlich maximal 48 Stunden vorsieht. Beschäftigte und Betriebe gewinnen dadurch Flexibilität bei der Verteilung der Arbeitszeit. vbw und DEHOGA begrüßen, dass Staatsminister Aiwanger diese Forderung aktiv unterstützen will.

Weitere wichtige Aspekte sind

Instrument mit Schlagkraft

Mitgliederversammlung der Euregio Egrensis Arbeitsgemeinschaft Bayern

Ganz im Zeichen des 25-jährigen Jubiläums der Euregio Egrensis stand die jüngste Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft Bayern in den Räumen der Ostbayerischen Technischen Hochschule in Amberg. Hausherrin und Hochschulpräsidentin Prof. Dr. Andrea Klug, Mitglied im Präsidium der Euregio, stellte ihre Hochschule mit dem Doppelstandort Amberg-Weiden vor. Mit Unterstützung des Freistaats Bayern wird dort ein Kompetenzzentrum Bayern-Mittelosteuropa eingerichtet. Es werden Studiengänge geschaffen, die fachlich und sprachlich auf Mittel- und Osteuropa ausgerichtet sind.

Wie Euregio-Präsidentin Dr. Birgit Seelbinder in ihrem Rechenschaftsbericht darlegte, unterstützt die AG seit der Grenzöffnung Kooperationen, Partnerschaften und Maßnahmen mit Tschechien sowie mit Sachsen und Thüringen. Sie habe sich zu einem schlagkräftigen regionalpolitischen Instrument entwickelt. Im Vergleich zu anderen europäischen Grenzräumen habe die Euregio Egrensis in verhältnismäßig kurzer Zeit die Annäherung zwischen den Nachbarregionen befördert und maßgeblich zur Vertrauensbildung zwischen Deutschen und Tschechen in Politik und Gesellschaft beigetragen. Die Zusammenarbeit aller drei Euregio-Arbeitsgemeinschaft sei gerade jetzt sehr bedeutsam, weil derzeit die Weichen für die künftige EU-Förderpolitik neu gestellt werden.

Vor zwei Jahren hat die bayerische Euregio-Arbeitsgemeinschaft laut Seelbinder weitere staatliche Aufgaben übernommen: „Mit personeller und finanzieller Förderung durch das Staatsministerium für Finanzen und Landesentwicklung konnten wir unsere Netzwerkarbeit verstärken und weitere Beratungsangebote für die EU-Programme Interreg B und Interreg Europe in unser Portfolio aufnehmen. Dies hat unsere fachlichen Kapazitäten maßgeblich gestärkt und auch unseren räumlichen Wirkungsbereich in Oberfranken und in der Oberpfalz erweitert.“

Interreg-Programm

Aus dem Interreg-Programm wurden nach Angaben der Präsidentin zahlreiche bedeutende Groß- und Kleinprojekte unter-

stützt. Als Beispiele für bedeutsame Großprojekte im Euregio-Gebiet nannte sie „Das Tor ins Erdinere“ der Montanstiftung Nordostbayern am Besucherbergwerk Gleissinger Fels in Fichtelberg im Landkreis Bayreuth und das ArchäoCentrum Bayern-Böhmen in Bärnau im Landkreis Tirschenreuth, dessen gläserne Archäo-Werkstatt feierlich eröffnet wurde.

Groß- und Kleinprojekte

Projektanträge für Großprojekte können laufend über das Online-Portal des Interreg-Programms beantragt werden. Für die Bearbeitung und Prüfung von Großprojekten sind im Euregio-Gebiet die Regierungen für Oberfranken und der Oberpfalz zuständig.

Stichwort Kleinprojekte: Im Auftrag des bayerischen Wirtschaftsministeriums setzt die Euregio Egrensis Arbeitsgemeinschaft Bayern den Dispositionsfonds zusammen mit der Euregio Egrensis Arbeitsgemeinschaft Böhmen eigenverantwortlich um. Birgit Seelbinder zufolge stehen auf bayerischer Seite dafür für den gesamten Förderzeitraum insgesamt 2 Mio. Euro Fördermittel aus dem Interreg-Topf zur Verfügung, „das heißt

jährlich rund 300.000 Euro für bayerische Antragsteller aus unserem Euregio-Gebiet“.

Im Berichtszeitraum fanden drei Sitzungen des bilateralen Vergabegremiums statt, bei denen 25 bayerische und 30 tschechische Projekte genehmigt wurden. Insgesamt wurden seit dem Start des Dispositionsfonds 66 bayerische und 69 tschechische Projekte bewilligt. Auf bayerischer Seite sind damit insgesamt rund 770.000 Euro EU-Fördermittel gebunden. Nach Seelbinders Worten sind in dieser Förderperiode Kinder- und Jugendprojekte besonders nachgefragt, weil diese aus dem jetzigen Programm vielfältig unterstützt werden können.

Ende Mai veröffentlichte die EU-Kommission einen Verordnungsentwurf für die künftige Ausgestaltung der Europäischen territorialen Zusammenarbeit bzw. Interreg und nannte darin erste Eckpunkte. Ausdrücklich positiv hob die Präsidentin hervor, dass auch weiterhin die grenzübergreifende Zusammenarbeit

zwischen angrenzenden Regionen (bisherige Ausprägung Interreg A), transnationale (bisher Interreg B) und interregionale Zusammenarbeit (Interreg Europe) durch die EU gefördert werden – was keinesfalls selbstverständlich gewesen sei. Darüber hinaus soll es weitere, neue Interreg-Bestandteile geben.

Eine deutliche Aufwertung erfahren im Verordnungsentwurf die Kleinprojekte. Sie sind erstmals, seitdem es Kleinprojekte gibt, textlich ausdrücklich im Entwurf der Verordnung verankert. Seelbinder: „Dies begrüßen wir außerordentlich. Es zeigt, dass sich unsere Arbeit lohnt und von der EU anerkannt wird. Der Fördersatz wird allerdings in der neuen Förderperiode voraussichtlich 70 Prozent (statt bisher 85 Prozent) betragen, was dem geschwächten EU-Haushalt infolge des Brexit geschuldet ist.“

Mit Blick auf die wichtigsten Euregio-Aktivitäten im vergangenen Berichtsjahr nannte Seelbinder den grenzüberschreitenden

Rettungsdienst. Die Zusammenarbeit von Mitarbeitern des Rettungsdienstes im bayerisch-tschechischen Grenzraum müsse nämlich vor allem sprachlich erleichtert werden. „Dazu soll unsere neue zweisprachige Publikation beitragen, die wir Anfang Mai vorgestellt haben. ‚Praxiswörterbuch Rettungsdienst – Gemeinsam helfen‘ heißt das deutsch-tschechische Heft, das im Rahmen der Sprachoffensive der Euregio herausgegeben wird“, betonte die Präsidentin.

Sprachbarrieren abbauen

Um einen Abbau der Sprachbarriere zwischen Bayern und Tschechien bemüht sich die Euregio Egrensis Arbeitsgemeinschaft Bayern seit 2005 mit ihrer Sprachoffensive. Das Bayerisch-Tschechische Gastschuljahr prägte ihre Arbeit schon seit über 20 Jahren. Mehr als 600 tschechische Gymnasiasten konnten im Lauf der Jahre ein Gastschuljahr an einem Gymnasium im bayerischen Teil der Euregio verbringen.

Für Generalkonsulin Kristina Larischová sind die derzeitigen bayerisch-tschechischen Beziehungen robust, vertrauensvoll und nachhaltig. Bayern und Tschechien seien wichtige Wirtschaftspartner, so die Gastrednerin. Bis heute sei die Zusammenarbeit geprägt von Wertschätzung und Freundschaft. Wichtig sei dabei vor allem die praktische Kooperation auf kommunaler und regionaler Ebene. **DK**

Eröffnung der „Jugendhilfe vor Ort“ in Puchheim

Eine effektive Jugendhilfe basiert auf einer intensiven Zusammenarbeit aller beteiligten Akteure und einem engen Kontakt zu den Menschen vor Ort. Um die Leistungen des Jugendamtes des Landkreises Fürstentfeldbruck zu optimieren, wird in einem dreijährigen wissenschaftlich begleiteten Modellprojekt sozialräumliches Arbeiten erprobt und evaluiert. Hierfür hat die neue Außenstelle „Jugendhilfe vor Ort“ in der Stadt Puchheim eröffnet.

Zur offiziellen Einweihung sprachen neben Landrat Thomas Karasin der Bürgermeister der Stadt Puchheim, Norbert Seidl, sowie Prof. Dr. Andreas Kirchner von der Katholischen Stiftungshochschule München. Der Landrat zeigt sich optimistisch, dass das Projekt gute Ergebnisse hervorbringt und so zu einer Neuausrichtung der Jugendhilfe im gesamten Landkreis führt: „Auf diese Weise kann eine wirkliche ‚Hilfe zur Selbsthilfe‘ gelingen, was sich positiv auf die Effizienz des Hilfesystems auswirkt. Das Jugendamt wird als vertrauensvoller Partner wahrgenommen, der Menschen miteinander ins Gespräch bringt, lebensweltliche Ressourcen aktiviert und nur im akuten Gefährdungsfall in das Zusammenleben von Familien eingreift.“

Die in der Boschstraße 1 tätigen fünf sozialpädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jugendamtes wollen durch intensive Vernetzung mit Einrichtungen und Vereinen in Puchheim eine vertrauensvolle Zusammenarbeit erreichen. Zudem soll die Hemmschwelle bei

der Kontaktaufnahme mit dem Jugendamt sinken, was sich positiv auf die Akzeptanz von Hilfenmaßnahmen auswirken dürfte. Junge Menschen oder Familien sollen künftig in einem „Familienrat“ mit möglichst vielen Freunden, Verwandten und Bekannten über die Problematik beraten und so weit wie möglich aus eigener Kraft zu einer guten Lösung kommen. Das Jugendamt steht bei der Installation von Maßnahmen eher begleitend und unterstützend zur Seite, um möglichst passgenaue Hilfen einzuleiten.

Soziale Problemlagen in der „Planie“

Die Wahl des Standortes für das Modellprojekt ist deshalb auf Puchheim gefallen, da sich dort vor allem in der sogenannten Planie die sozialen Problemlagen zuspitzen, was auch die Kosten für die Jugendhilfe deutlich in die Höhe treibt. Prozessen sozialer Abschottung, wie sie in der Planie zunehmend zu beobachten sind, kann durch eine sozialräumliche Ausrichtung der Arbeit effizient entgegen gewirkt werden. Das Jugendamt will erreichen, dass ein möglichst großer Teil der sozialpädagogischen Tätigkeiten direkt in den Sozialräumen der betroffenen Familien und jungen Menschen stattfindet. Gelingt dieser Prozess in Puchheim, wird er bald auch auf andere Gebiete im Landkreis angewandt.

Zur Evaluation des Projektes erhebt die Katholische Stiftungshochschule München Daten, die sich auf die Effekte seitens der Mitarbeitenden des Jugendamts, der Akteure in Puchheim sowie natürlich der Leistungsberechtigten, den Bürgerinnen und Bürgern, beziehen. Schlussendlich soll die Frage beantwortet werden können, ob die „Jugendhilfe vor Ort“ spürbare Veränderungen mit sich bringt und sich eine Ausweitung auf andere Gebiete rentiert.

Weitere Kooperationspartner des Landkreises für das Projekt sind die Stadt Puchheim, die die Räumlichkeiten zur Verfügung stellt sowie die GJFH, die Gesellschaft für Jugend- und Familienhilfe e.V., die die Koordinatorinnen und Koordinatoren für die Familienräte ausbildet, bereithält und einsetzt. **DK**

Jahrespressekonferenz des Landkreises Erding:

Vielfältige Aktivitäten

Auf einem guten Weg sieht Landrat Martin Bayerstorfer den Landkreis Erding. Vor Pressevertretern stellte der Landkreischef zahlreiche Maßnahmen und Aktionen vor, die im vergangenen Jahr in die Wege geleitet bzw. durchgeführt wurden.

Zunächst konnte Bayerstorfer über eine rege Bautätigkeit im Landkreis berichten. Auch für das Jahr 2018 meldete die Untere Bauaufsichtsbehörde am Landratsamt Erding konstant hohe Zahlen für Bauverfahren: So wurden im Rahmen von Genehmigungs-, Freistellungsverfahren, denkmalrechtlichen Erlaubnissen sowie Grundstücksverkehrsangelegenheiten insgesamt 1.144 Fälle bearbeitet und im Idealfall einer Genehmigung zugeführt (Stand: 01.10.2018).

Auch die Anzahl der „Sonderbauten“ ist im Landkreis Erding im Jahr 2018 mit 56 Großprojekten konstant hoch. Es handelt sich hierbei etwa u.a. um Verkaufsstätten (mit einer Fläche von mehr als 800 m²), Versammlungsstätten, sonstige Einrichtungen zur Unterbringung von Personen sowie Wohnheimen oder auch Gebäude mit schlicht mehr als 1600 m² Fläche.

Planungsfreudig waren heuer auch wieder die Gemeinden im Landkreis. Im Rahmen von Flächennutzungsplan-, Bebauungsplan- oder diversen Satzungsverfahren wurden in insgesamt 116 Fällen die Gemeinden unterstützt bzw. deren Verfahren einer Genehmigung zugeführt. Einhergehend mit der konstanten Höhe der Bauantragszahlen sind auch die Baukosten bzw. genehmigten Baukosten weiterhin exorbitant. So wurden 2018 bis dato ca. 189 Mio. Euro umgesetzt.

Wie Bayerstorfer zudem berichtete, haben Landkreis und Klinikum das 90-jährige Jubiläum der Klinik Dorfen gefeiert. An dem Standort wurde in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder gerüttelt, weil er zu klein sei. Der Landrat hat sich in seiner Eigenschaft als Verwaltungsratsvorsitzender allerdings immer für das Haus eingesetzt, da es für den östlichen Landkreis und darüber hinaus sehr wichtig sei.

Gemeinsam mit den Mitarbeitern der Klinik ist es Landrat und Landkreis gelungen, den Standort zu sichern. Sowohl Beweis als auch Grund hierfür sind unter anderem die jüngsten Erweiterungen: die Schmerztherapie und die Schlafmedizin. Diese wurden gezielt

dort eingerichtet, um das Angebot auszubauen und jenes in Erding zu ergänzen. Mit diesen Erweiterungen ist die Klinik Dorfen für die Zukunft gerüstet.

Zudem sind im Lauf der Jahre verschiedene Maßnahmen durchgeführt worden, um die Klinik Dorfen zu erhalten. Eine der wegweisendsten war die Sanierung der Klinik im Jahr 2003, die mit dem Anbau des Ärztehauses in privater Trägerschaft in unmittelbarer Nachbarschaft zur Klinik einherging. 2006 wurde auf Betreiben des Landrats der Notarztstandort an der Klinik Dorfen eingerichtet. Und die Maßnahmen hatten Erfolg: Die Klinik Dorfen ist stabil auf hohem Niveau; seit Jahren werden dort etwa 2.000 Patienten jährlich behandelt. 1969 wurde die Klinik vom Landkreis übernommen – 1995 erfolgte schließlich die offizielle Zusammenlegung mit dem Klinikum Erding.

Neues Bildungszentrum für Gesundheitsberufe

Eine moderne, innovative Lernumgebung nach den neuesten technischen Rahmenbedingungen bietet laut Bayerstorfer das neue Bildungszentrum für Gesundheitsberufe, das im Rahmen einer festlichen Veranstaltung an die Nutzer übergeben wurde. Hierbei habe der Landkreis einen geringen Erhaltungsaufwand, da der Betrieb (u.a. Instandhaltung, Energiemanagement, technische Hausmeisterleistungen, Gebäudereinigung, Außenanlagenpflege) über 25 Jahre Nutzungsdauer zu vorher vereinbarten Preisen an die Goldbeck Public Partner GmbH übergeben worden ist.

Wie der Landrat weiter ausführte, wurde zum 1. April 2018 die Stelle der Integrationslotsin am Landratsamt Erding geschaffen. Ziel ist es, durch die Beschäftigung eines hauptamtlichen Integrationslotsen die ehrenamtliche Tätigkeit im Bereich der Asylbewerber, aber auch der anerkannten Flüchtlinge weiter zu stärken und professionell in der Arbeit zu unterstützen und zu schulen. Weiterhin richtet sich das Angebot der Integrationslotsin an al-

le Akteure im Landkreis, die mit Menschen mit Flucht- oder Migrationshintergrund zusammenarbeiten (z. B. Firmen, Schulen, Kindertagesstätten).

Für 2019 sind laut Bayerstorfer unter anderem eine Informationsveranstaltung des NETZWERK Unternehmen integrieren Flüchtlinge (Stärkung von Firmen, die bereit sind anerkannte Asylbewerber einzustellen, und um den Integrationsprozess in die Firma zu erleichtern) und Projekte zur gezielten Aufgabenverteilung ehrenamtlicher Helfer (z.B. Sport und Musik, Sprachförderung, Job-Training für anerkannte Asylbewerber, Familienpatenschaft für Familiennachzüge) ebenso geplant wie eine Informationsveranstaltung durch das „Netzwerk gegen Salafismus“ und Unterstützungsmaßnahmen im Projektmanagement sowie im Bereich Gesundheit und Hygiene durch die Sozialarbeit in den Schulen. Außerdem wird es auch 2019 ein Supervisionsangebot geben.

Mehr Familienangebote in den ländlichen Raum bringen

Da der Landkreis Erding seine Eltern in der Erziehung ihrer Kinder unterstützen will, sollen mehr Angebote für Familien in den ländlichen Raum gebracht werden. Außerdem sollen alle Angebote übersichtlicher und besser auffindbar werden, z.B. durch ein neues online-Familienbildungs-Portal auf der Homepage des Landkreises.

Seit März 2018 nimmt der Landkreis am Förderprogramm zur strukturellen Weiterentwicklung kommunaler Familienbildung und von Familienstützpunkten des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales teil. Damit soll die Erziehungskompetenz der Eltern gestärkt sowie ein flächendeckendes und koordiniertes Bildungs- und Unterstützungsangebot für Familien geschaffen werden, orientiert an den tatsächlichen Bedarfen und den Wünschen der Eltern.

Eigene kommunale Wohnberatung

Bayerstorfer zufolge wird der Landkreis Erding ab 1. April 2019 eine eigene kommunale Wohnberatung anbieten. Bereits ab Jahresbeginn werden die Anstrengungen

Bayerische Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Monika Steer
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Lutz Roßmann (Landtag)
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebs:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 53 vom 01.01.2019
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.



Schülerinnen und Schüler des Staffelsee-Gymnasiums Murnau und des Bundesrealgymnasiums Reutte/Tirol mit Landrat Anton Speer (8. v.l.); Landkreis-Koordinator Dr. Nikolaus Faulstich (4. v.r.); Euregio-Geschäftsführerin Erna Andergassen (1. v.r.); Jürgen Janku, Geschäftsführer der Firma Seitwerk GmbH (2. v.r.); Magdalene Wünsch, Lehrerin am Staffelsee-Gymnasium (3. v.r.); Heidi Korte, Lehrerin am Staffelsee-Gymnasium (5. v.r.); Josef Holzmann, Schuldirektor des Staffelsee-Gymnasiums (6. v.r.); Manuel Sarapatka, Lehrer am Bundesrealgymnasium Reutte (4. v.l.) (alle stehend). □

Auf den Spuren der Wittelsbacher

In einem grenzüberschreitenden Projekt haben Schülerinnen und Schüler aus Murnau und Reutte/Tirol ein Wander- und Erlebnismedium entwickelt

Wer wollte nicht schon einmal auf Königswegen wandern? Ganz einfach möglich ist das jetzt mit einem Kartenquartett mit QR-Codes, die auf die Internetseite www.königswege.bayern führen. Entwickelt wurde dieses medienübergreifende Wander- Erlebnismedium im Rahmen eines grenzüberschreitenden Schülerprojekts. Anstoß dazu gab die Bayerische Landesausstellung 2018 „Wald, Gebirg und Königstraum – Mythos Bayern“.

Bereits im September 2017 Projekt ist im Rahmen der Bayerischen Landesausstellung etnen und -schüler des Staffelsee-Gymnasiums in Murnau und des Bundesrealgymnasiums Reutte/Tirol unter dem Titel „Königswege und Bergresidenzen im Voralpenland von Bayern und Tirol“ mit ihrer Projektarbeit. Die Murnauer Schü-

lerinnen und Schüler haben die Arbeit im Rahmen eines Projekt-Seminars und eines Wahlkurses durchgeführt und die Tiroler Schülerinnen und Schüler im Wahlpflichtkurs Geschichte. In gemischten tirolerisch-bayerischen Teams erforschten die Schülerinnen und Schüler das grenzübergreifende Wirken der Wittelsbacher im 19. Jahrhundert. Neben gemeinsamen Besichtigungen, Wanderungen und Treffen waren sie sowie die beteiligten Lehrkräfte über eine Cloud miteinander vernetzt, um Ideen und Materialien auszutauschen.

Förderung aus dem Fonds für Regionale Entwicklung

Gefördert wurde das Projekt von der Europäischen Union aus Mitteln des Fonds für Regionale Entwicklung „Interreg Österreich-Bayern 2014-2020“. Leadpartner des Projekts war der Landkreis Garmisch-Partenkirchen mit Unterstützung des katholischen Kreisbildungswerks Garmisch-Partenkirchen und der Geschäftsstelle der Euregio Zugspitze-Wetterstein-Karwendel.

Als externer Partner unterstützte die Firma Seitwerk GmbH mit Technik und Design, insbesondere bei der Erstellung der responsiven Internetseite. Sachkundige Historiker teilten ihr Wissen mit den Schülerinnen und Schülern. Unterstützt wurde die Arbeit zudem vom Museum der Bayerischen Könige, vom Geheimen Hausarchiv und vom Haus Wittelsbach selbst. □

Psychiatrischer Krisendienst Niederbayern etabliert sich

Landshut. Vertreter des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes waren zu Gast in der Hauptverwaltung des Bezirks Niederbayern in Landshut. Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich und Experte der Sozialverwaltung diskutierten aktuelle Themen mit Peter Weiß, Vorsitzender des Bezirksverbandes Niederbayern/Oberpfalz des Paritätischen in Regensburg, Bezirksgeschäftsführerin Andrea Ziegler sowie Robert Hanke, Leiter der Regionalstelle der Bayerischen Gesellschaft für psychische Gesundheit in Passau.

Dazu gehörte vor allem der psychiatrische Krisendienst Niederbayern, der unter Federführung des Bezirks eingerichtet werden soll. Der Bayerische Bezirkstag ist gerade dabei, landesweit einheitliche (Qualitäts-) Standards für die Ausgestaltung solcher ambulanten Krisendienste zu formulieren. Das wichtigste Ziel ist es, Menschen in akuten psychischen Notlagen zu unterstützen. Ein Krisendienst Psychiatrie steht unter fachärztlich-psychiatrischer Leitung. Die Leitstelle für Niederbayern soll nach einem Beschluss des Bezirksausschusses vom September 2018 am Bezirkskrankenhaus Landshut beheimatet sein. Dort werden derzeit die räumlichen Voraussetzungen geschaffen. Die

sogenannten aufsuchenden Krisendienst-Teams sollen mit den Trägern der Sozialpsychiatrischen Dienste und den Anbietern sozialpsychiatrischer Hilfen unter der Federführung der Sozialverwaltung des Bezirks aufgebaut werden. „Qualität geht hier vor Schnelligkeit“, betonte Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich. „Wir wollen zwar möglichst rasch starten, doch das Angebot für Hilfesuchende soll von Anfang an gut funktionieren.“

Bei einer Informationsveranstaltung noch im ersten Quartal wolle man alle ansprechen, die in Sozialpsychiatrischen Diensten tätig sind – alle, die Interesse haben, sich in Krisensituationen zu engagieren. Danach sollen Arbeitsgruppen gebildet wer-

GZ

GESTERN hat mein Chef gesagt ...



„Ich bin stolz auf die ganze Mannschaft. Toll gemacht! Wenn es um die Wurst geht, stehen die Bayern halt immer noch solidarisch zusammen.“ Mein Chef, der Bürgermeister, begrüßte die Feuerwehrleute zurück bei uns in der Stadt, die ausgerückt waren, um Hilfe bei der Bewältigung der Schneemassen in besonders betroffenen Gegenden zu leisten.

Und Recht hat er. Es gibt immer mal wieder Situationen, da reichen die eigenen Kräfte nicht aus und man ist darauf angewiesen, dass sich weitere helfende Hände finden, die anpacken und einen mit aus dem Schlamassel ziehen. Das ist bei Überschwemmungskatstrophen der Fall oder – wie dieses Jahr – wenn in zu kurzer Zeit zu viel Schnee auf einmal fällt.

Lieber eine Extrastunde Physik oder Mathe statt nur einfach Schule schwänzen

Wir in der Stadt liegen recht tief, so dass wir, wenn es mal schneit, eher das Gefühl eines Weihnachtsstillebens aus verzuckerten Häusern und weißbedeckten Wiesen haben – allerdings nur kurz, denn in der Regel wird aus der weißen Pracht grauer Matsch, ehe man den Anblick so richtig genießen kann.

Anders in den Alpen und den Mittelgebirgen in diesem Jahr. Da türmte sich zeitweilig der Schnee mannshoch, machte Straßen unpassierbar, knickte Bäume wie Streichhölzer und lag schwer, oftmals gefährlich schwer auf den Dächern von Häusern und Hallen. Da war dann jede helfende Hand und jede verfügbare Schneeschaufel gefragt. Nachdem die weiße Plage so übermächtig und so langwierig auf die Erde kam, waren natürlich irgendwann die örtlichen Helfer erschöpft. Auch Polizei und Bundeswehr brauchten mal eine Pause. Also zogen unsere Feuerwehrler und die Kolleginnen und Kollegen vom THW mit Kameraden aus dem ganzen Freistaat in die besonders schwer getroffenen Gebiete und halfen, wo Hilfe gebraucht wurde.

Wie schon beim letzten Hochwasser, kann man auch bei dem Schneedesaster nur sagen: Alles war – unter den gegebenen Umständen – perfekt organisiert und wo improvisiert werden musste, spürte man die Professionalität aller Beteiligten. Das gilt für die Koordination

der Einsätze ebenso wie für die Versorgung der Bürger in bedrohten Orten oder die klaren Ansagen, wo Unterricht ausfällt oder wo Straßen gesperrt wurden.

Das alles war ganz konkrete Arbeit für die Bürger. Jetzt, nachdem das Größte fürs Erste überwunden ist, kommt natürlich die große Stunde der Theoretisierer und Ursachenforscher.

Ungeachtet der Tatsache, dass es im Winter in Bayern in höheren Lagen immer mal wieder zu Schneefällen kommt, die auch mal ergiebig ausfallen und den Leuten echt den letzten Nerv rauben können, muss es dieses Jahr zwingend auf den menschengemachten Klimawandel zurückzuführen sein. Um die Beweisketten zu verstehen, die ausgebreitet werden, muss man wohl zumindest den Bachelor in Physik haben, ich jedenfalls hab nix verstanden. Aber ein Extremwetterereignis ohne Hinweis auf die Erderwärmung – nahezu undenkbar.

Dabei leugnet ja außer dem amerikanischen und neuerdings brasilianischen Präsidenten niemand, dass der Mensch eine der Ursachen für die Erwärmung des Weltklimas ist. Ob das nur negative Auswirkungen hat oder ob Temperaturen, die an das mittelalterliche Klimaoptimum heranreichen, nicht auch etwas Gutes haben, wird sich weisen. Dennoch ist es sicherlich sinnvoll, durch Maßnahmen wie den Kohleausstieg den CO₂-Ausstoß zu verringern. Aber warum immer gleich so hysterisch und alarmistisch reagieren?

Mein Chef, der Bürgermeister, ärgert sich dabei besonders über die Aktivisten, die jetzt Schüler dazu anstacheln die Schule zu schwänzen, um gegen den Klimawandel zu protestieren. Schließlich werden wir zur Bewältigung der Folgen der Erderwärmung Naturwissenschaftler und Ingenieure brauchen und keine fanatisierten Protestler. Also wäre eine Extrastunde Mathe oder Physik sinnvoller als das Malen von Parolen auf Pappschilde.

Im Übrigen empfiehlt er einigen die Gelassenheit des amerikanischen Journalisten Frank McKinny Hubbard: „Schimpfen Sie nicht auf das Wetter; neun Zehntel aller Menschen könnten kein Gespräch anfangen, wenn es sich nicht gelegentlich ändern würde“.

ihre Sabina



v. l.: Robert Hanke, Andrea Ziegler und Peter Weiß (Paritätischer Wohlfahrtsverband), Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich, Johannes Fauth und Claudia Holzner (Sozialverwaltung Bezirk Niederbayern)

Bild: Bezirk Niederbayern/Bäter

der Paritätische 22 Mitgliedsorganisationen von der Arbeitsgemeinschaft Riedlhütte im Landkreis Freyung-Grafenau über das Landshuter Netzwerk bis hin zum Deutschen Kinderschutzbund Kreisverband Straubing-Bogen. – ch –

WinterTour von Wilhelm Mayer Nutzfahrzeuge und Knoblauch:

Fachveranstaltung für Kommunaltechnik

Vom Kleinfahrzeug über E-Mobilität, Kehrtechnik und Arbeitsgeräte bis hin zum 300 PS starken Unimog: Erleben Sie das umfassende Leistungsspektrum namhafter Fahrzeug- und Gerätehersteller in einer aktiven, anwendungsorientierten Präsentation mit Experten vor Ort. Zusätzlich erwarten Sie Fachvorträge zu den Themen Kehrtechnik, e-Mobilität und Telematik.

12.02.2019, ab 9 Uhr, Segelflugplatz, Sandberg 1, 73441 Bopfinger

14.02.2019, ab 9 Uhr, Gebetsstätte, Kirchstr. 18, 88145 Wigratzbad

19.02.2019, ab 9 Uhr, Parkplatz an der Schluchseehalle, 79859 Schluchsee

21.02.2019, ab 9 Uhr, Fautenhau Alm, Fautenhau 1, 71546 Aspach

Weitere Informationen:

per eMail an nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com

www.wilhelm-mayer.com/index.php/221-wintertour2019 □

Wander- und Erlebnismedium

Im Rahmen einer Präsentation im Landratsamt Garmisch-Partenkirchen wurde das fertig ausgearbeitete Wander- und Erlebnismedium nun vorgestellt. Thematisch dreht sich dabei alles um die bayerischen Hoheiten König Max II., Königin Marie und Märchenkönig Ludwig II. sowie um die Jagdhütten, Reitwege, Königsstraßen und Wanderrouten der bayerischen Herrscher.

Die Schülerinnen und Schüler berichteten von ihren zahlreichen Exkursionen, z.B. nach Schloss Linderhof und ins Tiroler Lechtal, oder von den Drohnenvideos am Schachen, die für die Internetseite erstellt wurden. Landrat Anton Speer dankte in seiner Begrüßung allen am Projekt Beteiligten sehr herzlich und hob hervor: „Mit diesem

Ilse Aigner plädiert für „Politik inmitten der Gesellschaft“

„Politik muss inmitten der Gesellschaft stattfinden“, so die neue Landtagspräsidentin Ilse Aigner beim Neujahrsempfang und Ehrenamtsempfang der CSU-Kreisverbände Erlangen und Erlangen-Höchstadt. Menschen, die sich in Gesellschaft und Politik auch ehrenamtlich engagieren, seien die Grundlage für gutes Zusammenleben und Miteinander. Auch im Staatenverbund brauche es wieder mehr konstruktive Kooperation und deshalb dürfe die Entwicklung in Europa niemanden kalt lassen, wenn am 26. Mai die Wählerinnen und Wähler die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments neu bestimmen.

Weltweite Veränderungen und undemokratische Entwicklungen verursachen neue Herausforderungen für die innere und äußere Sicherheit, aber auch für die Wirtschaft mit Auswirkungen auf Arbeitsplätze und soziale Leistungen. „Wir müssen nach mehr als 70 Jahren Frieden in Europa auf gemeinsamen Werten weiter aufbauen“. Ilse Aigner schlug einen Bogen von der Sozialen Marktwirtschaft über die Rechtsstaatlichkeit bis hin zur freiheitlichen Grundordnung.

Europawahl ist „Richtungsentscheidung“

Europa sei für freie Märkte, eine stabile Währung, sichere Außengrenzen und hohe Standards von existenzieller Bedeutung. „Deshalb geht es im Mai um eine europäische Richtungsentscheidung“, sagte die Landtagspräsidentin, wo „der mehr werden den Zustimmung zu Radikalen von rechts und links Einhalt geboten“ werden sollte. Aigner sah wie auch alle anderen Redner mit der Bewerbung von Manfred Weber als gemeinsamer Spitzenkandidat von CDU und CSU eine „potentielle Chance“, erstmals den Kommissionspräsidenten stellen zu können.

Die oberbayerische CSU-Betriebsvorsitzende plädierte für insgesamt wieder mehr Subsidiarität beim Zusammenwirken der politischen Ebenen. Ilse Aigner: „Das beginnt bei den Kommunen, die vor Ort vieles besser regeln können als wenn es von oben vorgegeben wird, und geht bis Europa, welches sich wieder mehr auf die Kernaufgaben konzentrieren sollte“.

Der Erlanger Stimmkreisabgeordnete im Bayerischen Landtag, Staatsminister Joachim Herrmann, hielt ein flammendes Plädoyer für Europa: „In den letzten Jahren hat kein anderes Land so viel von Europa profitiert, wie Deutschland“, meinte der Bezirksvorsitzende der CSU-Mittelfranken.

Verbunden mit dem Dank für vielfältiges ehrenamtliches Engagement appellierte er für wieder mehr Zusammenhalt in der Gesellschaft. Es gehe um die Zukunft jedes Einzelnen und um den Erhalt des wirtschaftlichen und sozialen Wohlergehens. „Unsere Erregenschaften sind keine Selbstverständlichkeit“ und ebenso wenig selbstverständlich und gleichzeitig großartig sei ein Text aus der dritten Strophe des Deutschlandliedes, welchen er zum Motto für die Arbeit in 2019 ausrief: „Einkunft und Recht und Freiheit sind des Glückes Unterpfand“.

Nach Ansicht von Joachim Herrmann gehöre zur lebendigen Demokratie, dass möglichst viele sich irgendwo und irgendwie einbringen. Gerade die Kommunalwahlen böten eine ausgezeichnete Gelegenheit zum Engagement auch durch aktives kandidieren.

Durch das Programm, vom Musikverein Eltersdorf unter Leitung von Gerd Brehm mit schmissiger Musik schwungvoll begleitet, führte die Erlanger Kreisvorsitzende Alexandra Wunderlich, die seit Herbst letzten Jahres neu dem mittelfränkischen Bezirkstag angehört. Sie baute eine inhaltliche Brücke zwischen den Ereignissen und Wahlen des vergangenen Jahres bis hin zu Europa.

Erfolge in den Vordergrund stellen

Wunderlich stimmte dem Unions-Spitzenkandidaten Manfred Weber auch darin zu, dass „Europa den Menschen zurückgeben“ werden müsse. Es sollten nicht immer nur die Probleme im Mittelpunkt der Diskussion stehen, sondern mehr „die großartigen Erfolge wie die Sicherung von Freiheit und Frieden und ein freier Binnenmarkt“.

In diesem Zusammenhang begrüßte sie den regionalen Europakandidaten der CSU und Bezirksvorsitzenden der Jungen Union, Konrad Körner. Gekommen waren auch zahlreiche Repräsentanten des Öffentlichen Lebens, wobei in allen Reden und mit Verweis auf die aktuelle Schneekatastrophe in den Alpen der Dank an die haupt- und ehrenamtlichen Sicherheitskräfte zum Ausdruck kam.

Mehr als 500 Gäste aus Erlangen und ganz Mittelfranken waren wieder zum Neujahrsempfang der CSU in die Lades-Halle gekommen, auch um viele Einzelgespräche mit den CSU-Mandatsträgern führen zu können, darunter zum Beispiel Landtagsabgeordneter Walter Nussel, Bezirksrätin Dr. Ute Salzner und Landrat Alexander Tritthart.

Stefan Müller, CSU-Kreisvorsitzender von Erlangen-Höchstadt und Parlamentarischer Geschäftsführer der CSU-Bundestagsfraktion, sah in dem erneut großen Zuspruch einen Beleg dafür, dass die CSU mit der begonnenen personellen, inhaltlichen und strukturellen Erneuerung

auf dem richtigen Weg sei. „Als frische und vitale Volkspartei kämpfen wir bei den Europawahlen in 2019 und Kommunalwahlen in 2020 auch um den gesellschaftlichen Zusammenhalt vor Ort und überregional“.

pmw

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage des Verlags C. H. Beck bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □



V. l.: Bezirksrätin Dr. Ute Salzner, Bundestagsabgeordneter Stefan Müller, Bezirksrätin Alexandra Wunderlich, Landtagspräsidentin Ilse Aigner, Staatsminister Joachim Herrmann, Gerswid Herrmann, Landtagsabgeordneter Walter Nussel, Europakandidat Konrad Körner und Landrat Alexander Tritthart. □

Zukunftsstiftung Ehrenamt Bayern:

Starthilfe für Ehrenamtsprojekte in Oberbayern

Unsere Demokratie lebt davon, dass sich Menschen für Andere einbringen und sich freiwillig engagieren. Ihr Einsatz für die Gesellschaft ist unverzichtbar und verdient besondere Anerkennung. Deshalb unterstützt die Zukunftsstiftung Ehrenamt Bayern neue Ideen und Strukturen für ein gelingendes Ehrenamt.

Sozialministerin und Vorstandsvorsitzende Kerstin Schreyer freut sich, dass die Stiftung nun Projekte aus Bayern finanziell fördert: „Erstmals erhalten 20 herausragende Beispiele für bürgerschaftliches Engagement eine Starthilfe. Dafür nimmt die Zukunftsstiftung Ehrenamt Bayern 100.000 Euro in die Hand. Diese Projekte zeigen auf vielfältige Weise, wie der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft gestärkt wird.“

Die Zukunftsstiftung Ehrenamt Bayern unterstützt neun innovative Projekte in Oberbayern. Beispielsweise bringt das Projekt „Uni in Aktion“ der Freiwilligen-Agentur Tatendrang in München das Thema Ehrenamt an die Münchner Universitäten. Studierende erhalten vielfältige Anre-

gungen und Informationen, um sich sinnvoll gesellschaftlich engagieren zu können. Im Rahmen eines Ehrenamts können sie theoretisch Erlerntes in der Praxis ausprobieren, neue Erfahrungen sammeln und sich zusätzlich qualifizieren. Je früher sich Menschen freiwillig engagieren, desto wahrscheinlicher ist, dass sie dies auch in späteren Lebensphasen tun. Das Projekt will das Engagement von Studierenden fördern und studentische Initiativen miteinander vernetzen. Kontakt: Renate Volk www.tatendrang.de

Das Projekt „Haydns Schöpfung – Klassik meets SOS-Kinderdorf“ des Münchner Oratorienchors bringt am 18.5.2019 im Herkulesaal die „Schöpfung“ von Joseph Haydn zu Gehör. Dem traditions-

reichsten Konzertchor Münchens ist es ein besonderes Anliegen, das gemeinsame musikalische Erbe auch Kindern mit schwierigen Startvoraussetzungen nahezubringen. Es ist geplant, das Werk im Vorfeld zum Konzert im Rahmen eines musikalisch-künstlerischen Workshops mit Kindern von SOS-Kinderdorf München didaktisch ansprechend zu erarbeiten. Kontakt: Dr. Kathrin Bilgeri, www.muenchneroratorienchor.de

Der ambulante Hospiz- und Palliativdienst DaSein e.V. begleitet Schwerstkranke und deren Angehörige mit und ohne Migrationshintergrund in der Endphase des Lebens. Eine kultursensible Begleitung verschafft dabei Sicherheit, Wohlbefinden sowie Vertrautheit. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, will DaSein die ehrenamtliche Begleitung weiter ausbauen und daher Menschen mit Migrationshintergrund für das Ehrenamt in der Hospizarbeit gewinnen sowie ausbilden. □

Vorschau auf GZ 4

In unserer Ausgabe Nr. 4, die am 14. Februar 2019 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- IT · eGovernment · Breitband · Mobilfunk
- Umwelttechnologien und Ressourcenschutz
- Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung Facility Management
- Schulungen für Kommunalpolitiker und kommunale Angestellte

LIEFERANTEN



NACHWEIS

Absperrpfosten



Heinkelstraße 44,
71384 Weinstadt
Tel.: 07151/99 51 643

Hugo Knödler GmbH
www.ansperrpfosten.com

Fahnenmasten



Heinkelstraße 44,
71384 Weinstadt
Tel.: 07151/99 51 641

Hugo Knödler GmbH
www.fahnenmast.com

Abzeichen

FAHNEN
KOCH
COBURG



Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstraße 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN
KOCH
COBURG



Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstraße 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com

ERLUS
Qualität aus Deutschland

**FAHNEN
KÖSSINGER**

Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel. 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de

Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Gewerbebau



Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500

Kindergärten · Turnhallen · Mehrzweckhallen
Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

www.laumer.de · info@laumer.de

Kommunale IT

www. **AKDB** .de

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de

Bayern Labo



Das GZ-Netzwerk

Diskutieren Sie kommunale Themen direkt mit Personen, die ähnliche Herausforderungen meistern.

www.anmelden.gemeindezeitung.bayern

Recyclingbaustoffe

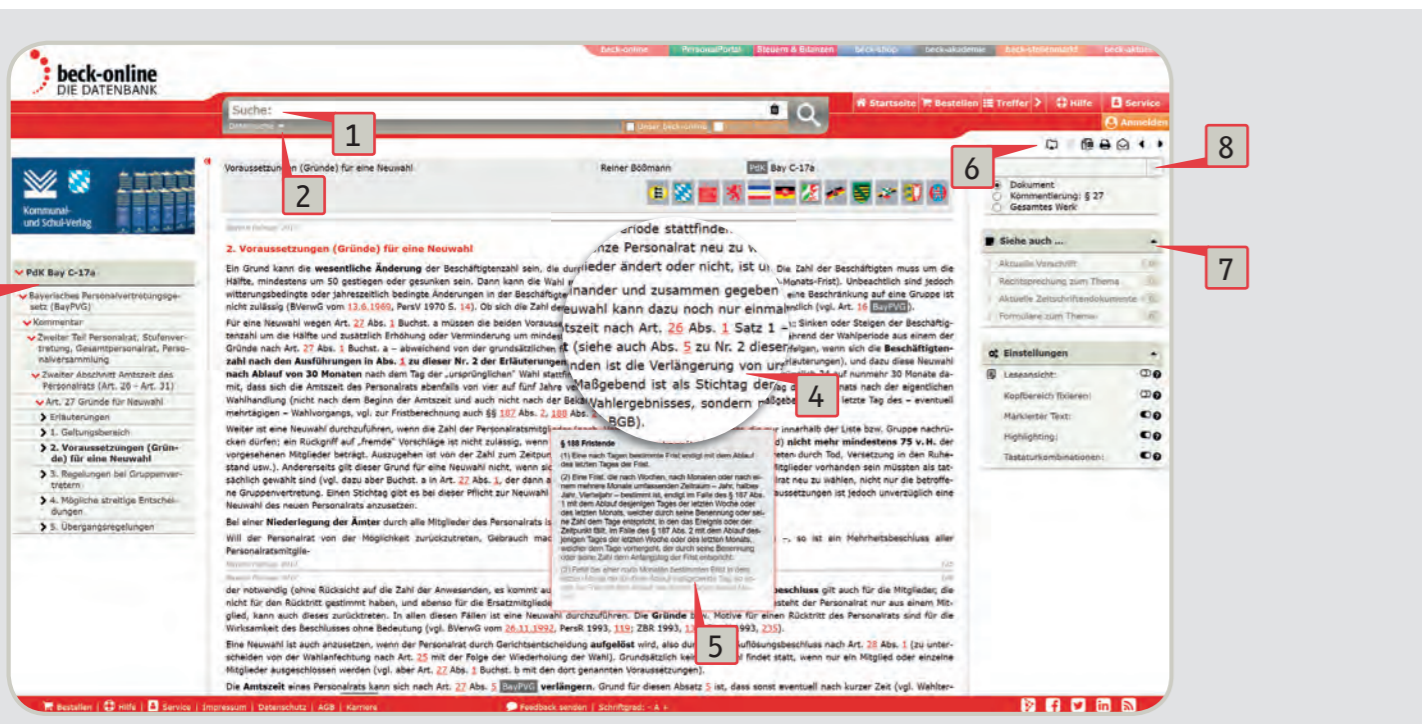


**BAUSTOFF
RECYCLING
BAYERN**
Teilnehmer aus BAYERN

Kommunale Neuigkeiten

Legen Sie für die Rufnummer +49 1579 2451592 einen Kontakt an und senden Sie die Nachricht „Start“ per WhatsApp an diese Nummer.

JETZT | 4 Wochen kostenlos und unverbindlich testen
 ☎ 089/38189-747 | ✉ beck-online@beck.de | bestellen.beck-online.de
 oder bei Ihrem Buchhändler



So einfach arbeiten Sie mit beck-online!

Die Vorteile Ihrer beck-online Datenbank

beck-online weist Ihnen den **kürzesten Weg zum Recht**. Ob Sie vom Gesetzestext ausgehen, von einem Aktenzeichen oder nach einem Schlagwort suchen, stets landen Sie schnell bei der gewünschten Information. Die **intelligente Tooltip-Technik** verrät Ihnen, was sich hinter einem Link verbirgt, und zwar schon bevor Sie das zitierte Dokument selbst aufrufen. Damit behalten Sie Ihr Ziel viel leichter im Auge. Und Sie **sparen jede Menge Zeit** bei der Recherche. Durch eine behutsame **Anpassung von Farbgebung, Aufbau und Benutzerführung** hat dieser Bereich nochmals an Übersichtlichkeit zugelegt.

Täglich nutzen.

- Umfassende Sammlung von Kommentaren und Handbüchern zu Ihrem Rechtsgebiet.
- Dazu umfangreiche Rechtsprechung im Volltext sowie alle wichtigen Gesetze.
- Übersichtlich aufbereitet, einfach zu bedienen.

Einfach suchen.

- Recherchieren nach Schlagwort, Paragraphen, Fundstellen, Aktenzeichen, ... **1**
- Treffer eingrenzen nach Rechtsgebieten, Publikationstypen, Normen, Gerichten, ...

Komfortable Detailsuche.

Über die Detailsuche kann z.B. auf Rechtsgebiete, Publikationstypen, Normen, Behörden oder Gerichte eingeschränkt werden. **2**

Schnell finden.

- Einfach navigieren über Inhaltsverzeichnisse, Links, Verweise oder einfach per Blättern wie im Buch. **3**
- Direkte Verlinkungen zu zitierter Rechtsprechung, einschlägigen Vorschriften oder weiterführender Literatur. **4**
- Schnelle Informationen zu weiterführenden Dokumenten und zu Fußnotentexten durch Mouseover-Dialog. **5**

Effizient organisieren.

- Dokumente per Dokumentmanager in verschiedenen Formaten herunterladen und dauerhaft archivieren. **6**

Immer aktuell und zitierfähig.

Die neuesten Gesetze, Urteile und Erlasse – tagesaktuell und redaktionell bearbeitet sowie alle aktuellen Fachaufsätze. Und alles zitierfähig wie aus dem gedruckten Buch. Inhalte für Zitate übernehmen – per copy and paste in die individuelle Textbearbeitung.

Intelligente Verknüpfungen.

Redaktionell erstellte Hinweise zu verwandten Themen, weiterführende Zeitschriftendokumente und aktuelle Entwicklungen. **7**

Neu | Suche in Dokument, Kommentierungen und Werken. **8**

Hervorhebung der entsprechenden Treffer im Dokument, im Werk oder in eigenen Kommentierungen zu einer Norm (bei Kommentaren).



NomosOnline Kommunaljurist | Neu

Das neue Modul bietet zahlreiche verwaltungsrechtliche Kommentare zu den klassischen Rechtsgebieten mit hohem Beratungsbedarf, etwa zum Baurecht, Tarifrecht, Vergaberecht, Ausländerrecht, Verkehrsrecht, Sozialrecht oder zum OWiG.



Kommentare und Handbücher

- Bönker/Bischopink (Hrsg.), Baunutzungsverordnung
- Schrödter (Hrsg.), Baugesetzbuch | **Highlight**
- Mann/Sennekamp/Uechtritz (Hrsg.), Verwaltungsverfahrensgesetz
- Sodan/Ziekow (Hrsg.), Verwaltungsgerichtsordnung
- Burger (Hrsg.), TVöD I TV-L
- Fehling/Kastner/Störmer (Hrsg.), Verwaltungsrecht
- Eiding/Hofmann-Hoeppel (Hrsg.), Verwaltungsrecht
- Pünder/Schellenberg (Hrsg.), Vergaberecht
- Hofmann (Hrsg.), Ausländerrecht
- Hömig/Wolff (Hrsg.), Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
- Sydow (Hrsg.), Europäische Datenschutzgrundverordnung
- Blum/Gassner/Seith (Hrsg.), Ordnungswidrigkeitengesetz
- Haus/Krumm/Quarch (Hrsg.), Gesamtes Verkehrsrecht | **Highlight**
- Ehmann/Karmanski/Kuhn-Zuber (Hrsg.), Sozialrechtsberatung
- Schäfer u.a. (Hrsg.), Rechtsgestaltung in der kommunalen Praxis
- Gern/Brünung (Hrsg.), Deutsches Kommunalrecht
- KommJur – Kommunaljurist, ab Mitte 2005

Gesetze und zitierte Entscheidungen aus BeckRS

Monatspreis 79,-*
Vorzugspreis für Bezieher Beck-KOMMUNALPRAXIS, die ein zahlungspflichtiges Abonnement haben oder der Zeitschrift KommJur 72,-*
 * (Preise pro Monat, zzgl. MwSt., 6-Monats-Abo)



JETZT
 4 Wochen
 kostenlos
 testen
 beck-online.de



Verlag C.H. BECK · Wilhelmstraße 9 · D-80801 München
 Amtsgericht München, HRA 48045 · www.beck-online.de
 Tel.: 089/38 189-747 · Fax: 089/38 189-297
 facebook.com/verlagchbeck | twitter.com/beckonline



169979 Anfahrtskarte, 17. Dezember 2016, Alle Preise zzgl. der gesetzl. MwSt., soweit nicht anders angegeben. Irrtümer, Preisänderungen und Druckfehler vorbehalten. Verlag C.H. BECK GmbH, Wilhelmstraße 9, 80801 München · Amtsgericht München HRA 48045

